DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

181 16. JAHRGANG Oktober '99 8,00 DM

ALTERNATIVEN ZUR NEOLIBERALEN SOZIALPOLITIK

Zur Zukunft des Sozialen

Es wird wieder Grundsätzliches diskutiert: Entwürfe für ein besseres und gerechteres soziales System sind gefragt, denn die neoliberale Sozialpolitik drängt immer mehr Menschen an den Rand dieser Gesellschaft. Zur Diskussion um die Zukunft des Sozialen und um Ideen von unten vom Ehrenamt bis zur solidarischen Ökonomie bietet das Sozialpolitische Forum vom 22. bis 24. Oktober in Nürnberg ausreichend Gelegenheit. Unser Schwerpunktthema auf den Seiten 7 bis 9.

Foto: Petra Piepenbring

Peter Streiff, Redaktion Stuttgart ● »Arbeit und soziale Gerechtigkeit« hatten die Gewerkschaften noch im Bundestagswahlkampf vor einem Jahr gefordert und damit die neue Regierung wohl mit ins Amt gehoben. Von Aufbruchstimmung war damals die Rede und wer an Veränderungen durch Wahlen glaubte, hoffte auf einen Wandel hin zu einer Entlastung der Armen in dieser Gesellschaft. Nun ist die Stimmung einer kollektiven Frustration gewichen, die von ZeitungskommentatorInnen nach den letzten Landtagswahlen bereits als resignierende Abstinenz bezeichnet wurde.

Das erhoffte Signal für arme, erwerbslose und sozialhilfebeziehende Menschen blieb aus – im Gegenteil: Die soziale Ausgrenzung geht unvermindert weiter, wie die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen feststellt: »Die Ökosteuer belastet Armenhaushalte mehr als energieintensive Unternehmen, Steuerentlastungen und Kindergelderhöhungen gehen komplett an uns vorbei, im Bündnis für Arbeit wird über unsere Köpfe hinweg verhandelt und aus dem Finanzministerium wird schon wieder altbekannt mit dem Säbel gerasselt.« Als »notwendige Einsparungen im Sozialhaushalt« würde beispielsweise die geplante Pauschalierung der Leistungen in der Sozialhilfe von der Regierung angepriesen. Diese Pläne verurteilen die betroffenen Initiativen in ihrer Stellungnahme, die wir auszugsweise abdrucken, als »Experiment mit neoliberaler Eigenverantwortungsideologie« und belegen dies mit Zahlen aus der Praxis.

Diese Ideologie sei bei Erwerbslosen bereits weitgehend verbreitet, wie unser zweiter Autor feststellt. Als Einzelkämpfertum bezeichnet er die Haltung vieler erwerbsloser Menschen, die zudem unterstützt werde durch ein Beratungssystem, das dem »Glauben individueller Machbarkeit« verpflichtet sei und sich nur mit den einzelnen Personen beschäftige, statt Erwerbslosigkeit als gesellschaftliches Problem anzugehen. Er stellt fest, dass dadurch die Spaltung und Polarisierung in gesellschaftliche GewinnerInnen und VerliererInnen immer deutlicher wird, und fordert »eine gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeit«.

Im zentralen Beitrag unseres Schwerpunktthemas, der die Krise des bundesdeutschen Sozialstaats ausführlich untersucht, wird diese Forderung ebenso von Gisela Notz aufgestellt. Statt ehrenamtlicher Arbeit, die meist in ungesicherten und und damit unsicheren Arbeitsplätzen verrichtet werden muss und zudem mit dem ideologischen Mäntelchen menschlicher Wärme zugedeckt wird, weil sie meist von Frauen ausgeführt wird, müsse der Kernpunkt einer reformierten Sozialpolitik eine andere Arbeitsmarktpolitik sein. Eine Lösung für die Zukunft gebe es nur, »wenn es gelingt, die begrenzt vorhandene, existenzsichernd bezahlte Arbeit und die im Überfluss vorhandene, unbezahlte Arbeit auf mehr Menschen und auf die Menschen beiderlei Geschlechts zu verteilen.«

Das Thema Sozialpolitik beschränkt sich diesmal nicht nur auf die Schwerpunktseiten: Die seit einiger Zeit geführte Debatte um verschiedene Formen eines Existenzgeldes für alle wird von Dieter Koschek fortgeführt, indem er auf die Kritik in der letzten CONTRASTE detailliert eingeht. Außerdem untersucht Helmut Creutz den Zusammenhang zwischen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik und vergleicht unsere heutige Situation mit der vor siebzig Jahren.

Diskussionsstoff genug – das Sozialpolitische Forum in Nürnberg verspricht vielfältig und spannend zu werden. Details zum Programm und Anmeldeinformationen auf Seite 2.●

AUS DEM INHALT:

15 JAHRE CONTRASTE

Im Oktober 1984 erschien die erste Ausgabe der CONTRASTE, zunächst unter dem Titel »Wandelsblatt«. Eigentlich ein Grund zu feiern – statt dessen mussten wir uns neue Redaktionsräume suchen und umziehen. Die alten Räumlichkeiten, die unser Herstellungsbetrieb »Zündsatz GbR« vor genau 20 Jahren (noch ein Jubiläum) angemietet hatte, mussten wir nach einem verlorenen Prozess aufgeben. Mehr dazu auf Seite 2.

RADIO Z GEFÄHRDET

»In Bayern ist es offenbar möglich, sich Frequenzen zu kaufen, Großkonzerne haben freie Hand, wir kleinen Anbieter müssen um unsere Frequenz fürchten«, so die Geschäftsführerin des Nürnberger »Radio Z«. Das Radio teilte sich bisher mit dem französischen Radiomulti »Radio Energy« eine gemeinsame Frequenz. Seite 3

NEUE RUBRIK

Eine neue CONTRASTE-Redaktion ist im Aufbau. Unter der Rubrik »Umweltschutz von unten« will die Redaktion »Emanzipatorischer Umweltschutz« in Zukunft mehr oder weniger regelmäßig auf je 1-2 Seiten inhaltliche Beiträge und Kurzberichte aus dem Umweltschutz veröffentlichen, um so die Debatte um einen Umweltschutz von unten sichtbar zu machen. Theorie und Praxis werden im Mittelpunkt dieser Rubrik stehen. Den Anfang macht die neue Redaktion in dieser Ausgabe auf Seite 4/5.

KREATIV-ZENTRUM WOLFEN

In Wolfen läuft der Versuch, mit einer sozialen Erfindung aus Bayern neue Arbeit zu schaffen – auch und vor allem für die vielen Arbeitslosen, die der Strukturwandel im ehemaligen DDR-Chemiedreieck hervorgerufen hat. Jetzt sind es die Macher des Zentrums selbst, denen der Rückfall in die Arbeitslosigkeit droht. Seite 6

NEUWERKGENOSSENSCHAFT

Bildende Künstler, Musiker und Theaterleute sind seit vielen Jahren im Künstler- und Handwerkergewerbehof NEUWERK in Konstanz tätig. Im April diesen Jahres verabschiedete der Konstanzer Gemeinderat einstimmig ein von den derzeitigen Nutzern ausgearbeitetes Konzept, das u.a. den Zusatz »Gewerbe trägt Kultur« enthält und so kann die gewachsene Struktur auch in Zukunft erhalten werden. Seite 12

UCKERMARK

Am 21. August öffnete der Kunsthandwerkerhof Thomsdorf in der brandenburgischen Uckermark offiziell seine Tore – der Vergangenheit zum Trotz als Genossenschaft. Seite 13

www.contraste.org

D 8008

10 JAHRE BRDDR: ZEHN JAHRE VEREINIGUNG IN ZWIST UND ENTZWEIUNG – EIN MÜRRISCHER RUNDGANG

Einigkeit und recht viel Freizeit

Gregor Kunz, Dresden ● Das Wort Wende habe ich nie gemocht. Es ist historisch besetzt seit dem Sturz Helmut Schmidts durch Helmut Kohl 1982 und mit jenem 1871er Spruchband über dem Brandenburger Tor verbunden: »Welch Wendung durch Gottes Fügung«. Dass es ausgerechnet die Pappnase Krenz war, die diesen Ball ins Feld spielte, macht die Sache doppelt peinlich.

Wende heißt, auf der Stelle kehrtmachen und gegebenenfalls zurücklaufen. Wie denn anders als auf Kommando? Wende klingt blöd und riecht wie Aufschwung nach Turnhalle. Das Wort Wende, soviel dürfte damit klar sein, war die Vokabel der Wahl. Die sprachliche Besetzung von Geschichte ist Inbesitznahme (nicht nur) von Geschichte. Was an Sprachregelungen folgte, entsprach diesem Muster der einvernehmenden Reduktion: Unrechtsstaat, Diktatur, verordneter Antifaschismus, Bevormundung, Altlast, Mitläufer, unbescholten, marode und Schuld, Schuld und marode... Dieser Sprachgebrauch – vor allem in den überregionalen Medien und in der Politik geprägt und gepflegt – lässt weder differenzierte Betrachtung zu, noch die eingeforderte Aufarbeitung der deutsch-deutschen Vergangenheit. Wohl aber taugt er trefflich für Verweise und lässt auf Interessen schließen. Die Grenze zwischen unbescholten und schuldig liegt damit fest und kann in jedem historischen Atlas nachgeschlagen werden. Und nicht nur die: Ost ist wahlweise nostalgisch, trotzig, undankbar, jammrig, unaufgeklärt, demokratieunfähig, rassistisch, gewalttätig, faul, träge und minderwertig ... Deutungshoheiten haben was, wenn man sie hat, und Projektionen desgleichen, wenn man sie loswerden kann.

Günter Gaus, ehedem Ständiger Vertreter der Bundesrepublik in Ost-Berlin, findet für den Prozess Deutsche Einheit harte Worte: »Die deutsche Vereinigung ist als gestaltete Problemlösung gescheitert. Über den geistigen Horizont eines antikommunistischen Kreuzzugs, bei dem Beutemachen zu den Freiheiten gehörte, die man mit sich führte, ist der Vereinigungsprozess kaum je hinausgegangen. Sehr seltene Ausnahmen einer differenzierenden Betrachtung der gestellten Aufgabe bestätigen die Regel. Nach der herrschenden westdeutschen Vorstellung, die sich im Umgang mit den Ostdeutschen auslebte, sind die Menschen in der DDR 40 Jahre lang, soweit sie nicht Verbrecher waren, nichts anderes gewesen als verkappte Westdeutsche, die, nachdem sie endlich die Masken fallen lassen konnten, ganz und gar so sein würden, so denken und empfinden wie ihre westdeutschen Vormünder. (...)

Als die Ostdeutschen nach einer Phase der Besinnungslosigkeit auf ihren ostdeutschen Biografien beharrten, erkannte die Mehrheit der Westdeutschen daran nicht, dass sie sich geirrt hatte, sondern erhob sich, halb beleidigt und halb herablassend amüsiert, über solche angebliche Nostalgie.«

Die Anfänge waren schön. Einen dieser Anfänge erlebte ich in West-Berlin. Es war ein Freitagabend im November, die Mauer grad auf und ich etliche Stunden an ihrer anderen Seite entlanggelaufen – eine Mark in der Tasche, sehr viel Neugier und etwas Beklommenheit im Herzen. irgendwann geriet ich in eine Menschenansammlung, die aus trunkenen Berlinern bestand, trunkigen Sachsen, angeheiterten Schwaben ... Jedenfalls nach dem geurteilt, was die Leute so hören ließen: Haut ab, ihr Pfeifen – Wir woll'n feiern – Nasenbär – Wat will'n der hier, ey – Flaschen – Buuh ... Von weiter her übertrug ein Lautsprecher die Stimmen diverser Politgrössen – Momper, Brandt, Genscher, Kohl. ...

Fortsetzung auf Seite 3

INTERN

Umzug in neue Redaktionsräume

Im September bekamen wir es vom Heidelberger Amtsgericht schriftlich: Unsere bisherigen Redaktionsräume müssen an die Erben unserer verstorbenen Vermieterin herausgegeben werden. Vorbei die schönen Zeiten im Hinterhaus mit Garten in der Heidelberger Weststadt. Unser neues Domizil befindet sich jetzt im Heidelberger Stadtteil Kirchheim und hat von vornherein zwei Minuspunkte: Es befindet sich im wohl konservativsten Stadtteil Heidelbergs und wir werden ohne den schönen Garten auskommen müssen.

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Aber wir haben wieder ein kleines Seitengebäude ganz für uns und sogar einen kleinen Innenhof, den wir nutzen können. Fehlen wird uns der kleine Tagungsraum und die Gruppen und Projekte, die diesen bisher nutzten.

Da stand also noch ein Umzug an – notgedrungen in noch kleinere Räumlichkeiten. Die große Lösung, ein neues Autonomes Zentrum, ist leider nicht in Sicht – trotz eindeutiger Zusagen für Ersatzräume durch die Heidelberger Oberbürgermeisterin. Im Februar wurde das alte AZ – nach Übergabe der Schlüssel an die Stadt – noch in der selben Stunde abgerissen. Seither wuchert das Unkraut auf dem Gelände – beschützt durch Bauzäune. Im derzeit laufenden Kommunalwahlkampf macht die CDU Stimmung gegen das AZ – heute abend (13.10.) gibt es eine Veranstaltung mit dem Titel »Kein Geld für ein Autonomes Zentrum« mit dem baden-württembergischen Innenminister Schäuble.

Zurück zum CONTRASTE-Umzug: Zu tun gab es viel in den letzten Wochen – Möbel und Geräte, die nicht mehr in das neue Domizil passen, mussten aussortiert und ein Sperrmülltermin vereinbart werden. Für unsere alte Reprokamera, Leuchttische, Entwicklungsmaschinen und ein Kontaktkopiergerät, die in früherer Zeit der Produktion dienten, wurden Inserate aufgegeben, unser Archiv wurde neu sortiert und ausgedünnt. Die Telekom sorgte für zusätzlichen Stress, fünf Tage ohne Telefon, Fax, E-Mail – trotz Terminabsprachen... Hinzu kamen alle die ganz normalen Dinge, die zu einem Umzug gehören.

Nebenher liefen zwei Zeitungsproduktionen, in unserer Septemberausgabe vergaßen wir eine Autorenangabe (siehe Leserbrief auf Seite 5) und die Euch jetzt vorliegende Ausgabe erscheint verspätet – auf der Terminseite sind einige Termine zum Thema Frankfurter Buchmesse schon überholt. Verschieben müssen wir die für Ende des Jahres geplante Neuauflage der Bunten Seiten auf den Spätsommer 2000.

Jetzt sitzen wir in der Redaktion zwischen halb ausgepackten Kisten, planen die nächsten Ausgaben, Aktivitäten, Veranstaltungen und die Einrichtung der neuen Büroräume.

Freuen würden wir uns über Euren Besuch an unserem Stand auf der 4. Linken Literaturmesse in Nürnberg (s.u.).●

Übrigens: Unsere Postanschrift, Telefonnummern, E-Mail hat sich nicht geändert.●

4. Linke Literaturmesse Nürnberg

Die Messe findet vom 12.-14.11.99 wie in den vergangenen Jahren wieder im Nürnberger K4 (ehemals KOMM), Königstr. 93, statt. Auf dem Begleitprogramm stehen zahlreiche Veranstaltungen, Lesungen, Diskussionen und Filme. Aus Platzgründen hier nur eine unvollständige Aufstellung: »Manifest gegen die Arbeit« (Gruppe KRISIS), »Woher der Wind weht. Eine Geschichte des Weather Underground« von Ron Jacobs (ID Verlag) – 12.11.99. »Aber wir haben immer auf das Leben gesetzt...« Frauen aus Uruguay, Buchvorstellung mit Monika Berberich (Verlag Libertäre Assoziation). »Was ich bin, was mir stinkt, was ich will«, Angela Marquart (Kiepenheuer & Witsch). »Kolumbien, schmutziger Krieg und Aufstandsbewegung«, Raul Zelik (Neuer ISP-Verl.). »Marx neu gelesen«, Eike Kopf (UZ). »Nach dem Krieg – Ist vor dem Krieg«, Uli Cremers und Norman Paech (VSA-Verlag). / Diskussion mit französischen (radikalen) Linken über die aktuelle Debatte der französischen Linken – 13.11.99. »Meine Wendezeit, Erinnerung, Erwägungen, Erwartungen«, Harri Czepuck (Dietz-Verlag). »Linke Geschichte – Warum, wieso, weshalb«, Unrast Verlag, Buchvorstellung: »Gegen das Vergessen« und »20 Jahre autonome Bewegung – Plakate«. –14.11.99.●

Weitere Gedächtnisse der Bewegung

Nachtrag zum Artikel über Bewegungsarchive in CONTRASTE 178/179

Als Reaktion auf diesen Artikel erreichten CONTRASTE zwei Hinweise zu weiteren Archiven bzw. deren Publikationen. Zum einen bietet DadA, die Datenbank des deutschsprachigen Anarchismus Recherchemöglichkeiten auf Ihren Internetseiten und will damit die Kommunikation unter AnarchistInnen und zu Anarchismus forschenden Menschen verbessern. Zu finden unter www.free.de/dada. Postadresse: DadA-Projekt, G. Hoerig, Postfach 13 01 18, D-50495 Köln.

Ebenfalls im Internet bietet das im Artikel erwähnte ID-Archiv im IISG in Amsterdam ein Verzeichnis der alternativMedien 1997 an. Dieses enthält über 2.000 Titel, von denen aber etliche schon länger nicht mehr erscheinen. Unter derselben Webadresse (www.iisg.nl/~id) ist auch das elektronische Verzeichnis der lieferbaren Broschüren (VdlB) 1994-97 mit über 4.000 Titeln zu finden. Beide Verzeichnisse sind kostenfrei zu nutzen, basieren auf dem umfangreichen Bestand des ID-Archivs und werden fortlaufend aktualisiert.●

Redaktion CONTRASTE

SPENDEN- UND MITGLIEDSWERBUNG

Kurz vor dem Ziel

10.000 Mark – das war in den vergangenen Jahren unser jährlicher Zuwachs an Schulden. Ende 1998 hatten wir unsere LeserInnen dazu aufgerufen, den weiteren Schuldenzuwachs für 1999 durch Spenden und Eintritte in den CONTRASTE e.V. zu verhindern. Jetzt im Oktober 1999 stehen wir kurz vor dem Zieleinlauf. Nachfolgend der aktuelle Stand der Kampagne:

Auch im Monat September konnten wir neue Mitglieder für Eintritt in den CONTRASTE e.V. gewinnen. Zwei Abos wurden in Mitgliedschaften umgewandelt:
● Andreas Lorenz, Berlin (150 DM)
● Hermann J. Bischoff, Schwäbisch Hall (120 DM)
Auch ein neues Mitglied können wir begrüßen:
● Thomas Berghoff, Rosenheim (120 DM)
Vielen Dank, die neuen Mitgliedsbeiträge ergeben in diesem Jahr 230 DM an Mehreinnahmen.
Auf unserem Spendenkonto sind eingegangen:
● AK Zukunftswerkstatt, Bremen (40 DM)
● Josef Schmidt, Hasloch (27,57 DM)
● Günter Greuel, Mainz (40 DM)
Herzlichen Dank!

Neue Abos machen einen Mehrbetrag von 480 DM aus. Im Ergebnis sind das Mehreinnahmen von 817,57 DM.

Wie immer blieben auch Kündigungen nicht aus. Vier Abos wurden gekündigt. Das ergibt Mindereinnahmen von 320 DM und bereinigt einen Mehrerlös von 497,57 DM. Bis zum Erreichen unseres Zieles, zumindest zukünftig die jährlich auftretende Deckungslücke von 10.000 DM zu schließen, fehlen uns noch **307,42 DM**. Wir hoffen auf weitere neue Fördermitgliedschaften, Spenden (**Spendenkonto:** Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076) bzw. neue Abos und werden in der nächsten Ausgabe über den neuesten Stand berichten. Zusätzlich werden wir Bilanz ziehen und einen Ausblick auf das Jahr 2000 wagen.

Also: Bitte kündigt Eure Abos und werdet Mitglied im CONTRASTE e.V.!●

dp

Sozialpolitisches Forum 1999

Zur Zukunft des Sozialen
Vom Ehrenamt zur Solidarischen Ökonomie

22.-24. Oktober 1999 in Nürnberg

Freitag:
20.00 ERÖFFNUNG
ZUR ZUKUNFT DES SOZIALEN
Fragen nach Eigentum, Demokratie und Partizipation als Schritte hin zu einer Alternative zur neoliberalen Sozialpolitik
Rundgespräch mit Birgit Daiber, Mila Brie (PDS); Timm Kunstreich (Redaktion Widersprüche); Ulrich Briefs (Paris); Horst Müller (Praxisphilosophie); N.N.; moderiert von Gisela Notz

Samstag:
9.30 VORTRAG
WIE WEITER NACH DEM FOUCAULT-TRIBUNAL?
Zur Zukunft der Antipsychiatrie René Talbot (Irrenoffensive, Berlin)

10.30-12.30 FOREN

FORUM 1: TAUSCHSYSTEME:
EIN INSTRUMENT ZUR BELEBUNG ÖRTLICHER MÄRKTE
Klaus Kleffmann (Tauschring-Archiv, Lotte); Ricarda Buch (CONTRASTE-Redaktion); Michael Kilp-Hartwig (RegioMark e.V.)

FORUM 2: EHRENAMT UND UNBEZAHLTE ARBEIT
Daniela Fischer (FEIN – Freiwilliges Engagement in Nürnberg):
»Ehrenamt - ein neuer Start im sozialen Bereich«
und Gisela Notz (Sozialwissenschaftlerin, Autorin von »Die neuen Freiwilligen«)

FORUM 3: WER BEHINDERT WEN?
Manuela Bannasch (Zielkontakt, Nürnberg):
»Ist die Gesellschaft behindertenfähig? Sind die behinderten Menschen gesellschaftsfähig?«
Diskussionsleitung: Helmut Fendler, (Nürnberg)

FORUM 4: ARMUT- UND SOZIALBERICHTERSTATTUNG
Norbert Preußer (Wiesbaden) und Erika Biehn (BAG SHI Frankfurt); Heinrich Haußmann (Sozialpolitische Gesellschaft, Nürnberg)

FORUM 5: WIRTSCHAFT UND SOZIALPOLITIK
Hans See (Bürgerinitiative für Sozialismus, Maintal); Ulrich Briefs (Paris, Amsterdam)

12.30-14.00 Uhr Mittagspause

14.00 Uhr VORTRAG ÜBER DEN ZUSAMMENHANG VON ARBEITSLOSIGKEIT, ARMUT UND WIRTSCHAFTSKRIMINALITÄT
Hans See (Bürgerinitiative für Sozialismus)

15-18.00 Uhr ARBEITSGRUPPEN
1. ARBEITSLOSIGKEIT WENDEN?
Peter Müller, Sabine Schwerin (IG SIGUS e.V., Dresden)
Samba Rabota: Ein Impuls für einen anderen Umgang mit Arbeitslosigkeit.
Rolf Pfeiffer: Arbeitslosigkeit – ein soziales Verteilungsproblem?
2. FORMEN DER GEGENWEHR
ALSO (Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg):
Die Organisation von Erwerbslosen. Sozialberatung zwischen Sozialarbeit und Widerstand;
Ulrich Briefs: Formen der Gegenwehr – Ist der Streik noch eine Waffe?
3. GESAMTPAUSCHALIERUNG DER LEISTUNGEN DER SOZIALHILFE ALS EINSTIEG IN EINE NIVEAULOSE GRUNDSICHERUNG
Cora Molloy (BAG Sozialhilfeinitiativen, Frankfurt)
4. KOMBILOHN UND GRUNDSICHERUNG
Marian Janka (GEW Bayern); Peter Franz (Institut für Wirtschaftsforschung, Halle);
5. CHANCE 3000
Birgit Daiber: Chance 3000; René Talbot: Das Recht auf Faulheit
6. DURCHBLICK TROTZ HANDICAP
Wo hole ich mir als behinderter Mensch Hilfe her? Manuela Bannasch, Christine Hartwig, Bernd Baumeister (Zielkontakt Nürnberg)
7. SOZIALES UND ÖKOLOGIE
Annette Schlemm (Jena); Gerda Zeuss, Ökozentrum Nürnberg 8. Genossenschaften im Sozial- und Kulturbereich Fritz Letsch (Theaterwerkstatt, München): Organisationsformen für partizipative Projekte der Lern-Autonomie;
Harald Riebold (Sozialpolitische Gesellschaft, Kassel): Sozialgenossenschaften.
9. FINANZIERUNG SOZIALPOLITISCHER ALTERNATIVEN
Marian Janka (GEW Bayern/Tarifausschuss), Timm Kunstreich (Widersprüche): KOREF - Kommunaler Ressourcen-Fond als Element einer kommunalen Politik des Sozialen
10. WANDEL DER SOZIOKULTURELLEN ZENTREN
Peter Hess (K4 - ExKomm Nürnberg)
Diese AG findet im K4-ExKomm (Königstr. 93, Nähe Hbf) statt.

18.00 -19.00 Uhr Pause

19.00-20.00 Uhr INFOBÖRSE
Infobörse für alle: Berichte von Projekten und aus Arbeitsgruppen
20.30 Uhr KULTURPROGRAMM
LESEMARATHON GEGEN ARMUT
Erstes Wiener Lesetheater mit Eva Fillig, Marius Gabriel, Alexandra Griller, Thomas Northoff, Rolf Schwendter u.a. Nürnberger Liedermacher und Musikgruppe

Sonntag:
9.30 ABSCHLUSSFORUM
SOLIDARISCHE ÖKONOMIE
mit Tilo Klöck (AG SPAK, Finning); N.N.
11.30 ABSCHLUSSAKTION,
SOZIALPOLITISCHES MANIFEST 1999
In der »Straße der Menschenrechte« von Dani Karavan
Ende gegen 13.00 Uhr

Während der Tagung: MARKT DER MÖGLICHKEITEN
Selbstorganisierte sozialpolitische Initiativen stellen sich vor

Teilnahmebeitrag: DM 80.– (Ermäßigung auf begründete Anfrage möglich)

Übernachtung: Wir haben Plätze in der Jugendherberge und über Gib und Nimm (Tauschring Nürnberg). Die Kosten betragen 30.– DM pro Nacht mit Frühstück.
Teilnehmerbeitrag und Übernachtungskosten sind in bar zu entrichten
Anmeldung:
AG SPAK, Dieter Koschek, Dorfstr. 25, D-88142 Wasserburg/B.
fon/fax 08382-89056

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Tut mit leid, aber ich bleibe weiterhin AbonnentIn...
O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr.
(mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Einigkeit und recht viel Freizeit

... Ging es bei Genscher schon leidlich rund, so bei Kohl wirklich zur Sache: Missfallenskundgebungen aller Art und Steigerungsformen, Pfiffe und Geschrei. Als die Politiker auch noch zu singen anfingen – »Einischkeit, Und Rescht. Und Freiheit« – quittierte »das glücklichste Volk auf der Erde« (Momper) diese Zumutung und pfiff die Herrschaften so frölich wie geduldig nieder. Wohlgemerkt, es waren nicht etwa nur erprobte Demonstranten, die dieses Pfeifkonzert routiniert und sachdienlich unterhielten, sondern ein Volk jeden Alters und diverser Herkunft. Die Leute wollten feiern und nicht vereinnahmt werden. Das Volk folgte nicht. Mir hat das sehr gefallen.

Fotos von Harald Hauswald (Bildband »Die DDR wird 50«, ADN (Bildband »50 Jahre DDR«)

Was Anfang Oktober 89 begann, war – bislang – die beste Zeit meines Lebens. Das Jahr 90 war großartig. Allein der Januar dauerte ein halbes Jahr – die Tage waren so lang – und zog einen Februar nach sich und einen März, die kaum nachstanden. Freilich, das Straßenfest, das nach dem Rückzug der Staatsmacht ausgebrochen war, verlor viel von seinem Charme und fast alles von seiner Spontaneität: Spätestens mit dem Auftritt Helmut Kohls in Dresden differenzierte sich die Bewegung aus, gaben Politiker und Medien wieder Ton und Richtung vor.

Es blieben freilich immer noch genug Freiräume und Möglichkeiten der Beteiligung übrig. Runde Tische zum Beispiel und ebenso improvisiert funktionale Szenekneipen, Zeitungsprojekte und Spaßguerilla-Aktionen. Der Wahlkampf der »Allianz für Deutschland«-Strategen setzte zynisch und demagogisch auf Anschluss und Ausgrenzung und schüttete in einer widerlichen Materialschlacht die »Bürgerbewegungen« schlicht zu. Mit der Währungsunion waren alle Messen gesungen und jedwede Vorstellung von eigenständiger Entwicklung und vorsichtiger Annäherung Makulatur. Das war auch der Zweck dieser Übung. Was da abgetrieben wurde, werden wir nie erfahren – nicht im Guten und nicht im Bösen. Politik ist die Kunst des Möglichen.

Aber trotzdem: Schwung und Einsicht und Illusionen des 89er Oktober, einmal in der Welt, reichten weiter. Unversehens war aus der Anstalt DDR eine demokratische Republik geworden, ein demokratisches Gemeinwesen im Zustand fieberhaften Experimentierens im weiß Gott weiten Feld zwischen Selbstverwaltung, Basisdemokratie, Staatsumbau und Kompromiss. Als sich das wirtschaftliche und politische System Bundesrepublik Deutschland im Osten – fast 1:1 etabliert hatte, war das neue vor allem das Fremde, Aufgabe und Aufgabe und gab weiter gut zu tun.

Für das Tun und Lassen vieler Leute meiner Generation habe ich mir einen Begriff aus der Soziologie geborgt: nachholende Modernisierung. Als da wären Aktivismus und Bürgerinitiativwerden, Kulturkonstruktivismus und Lebenshandwerkertum, Rückzug wie Aufbruch in die Projekte, Berufserfindung und -aufbau, das Lernen und Lernen und nochmals Lernen – nochmals vor allem und in westdeutsch zu denken, mit den neuen Gegebenheiten, in den neuen Strukturen ...

Das Jahr 91 blieb spannend. Das Jahr 92 hatte schon weniger davon, aber immerhin. Noch weniger machte 93 her. 94 hat stattgefunden und hörte auf und war vorbei mit der Ankunft im Alltag. Auch der Alltag hat etwas für sich.

Minderheiten, so funktioniert die Welt, haben sich zu fügen. Minderheiten, überschreiten sie eine kritische Masse, fügen sich nicht. Wo kämen sie auch hin.

Die Ostdeutschen sind ausgesprochen schlecht ausgerüstet in die Einheit gegangen. Sie hatten nicht die richtige Ausbildung, nicht die richtigen Berufe, die richtigen Konten und Kontostände, sie hatten ein anderes Tempo, andere Vorstellungen, andere Prägungen, berechtigte Anliegen und noch mehr Illusionen. Außerdem und vor allem waren sie schlicht zu wenige. Dass Schäuble in Gestalt von Krause den Einigungsvertrag gleich mit sich selbst aushandelte, war eigentlich nur logisch. Desgleichen, was daraus folgte: eine massive Eigentumsübertragung von Ost nach West und ein radikaler Elitenaustausch. Charme hatte das nun gar nicht mehr – nicht für einen Groschen – und auch nur wenig Größe. Verteilungskämpfe sind so.

Der Historiker Rolf reißig schreibt dazu: »Für den Bruch im Land gibt es mehrere Ursachen: So gingen zum Beispiel 95 Prozent des Firmenvermögens, welches von der Treuhand privatisiert wurde, von Ost nach West, das heißt in die Hände westdeutscher Kapitaleigner. Ähnliche Asymmetrien zeigen sich bei der Verteilung von Immobilien, Vermögen, Besitzständen.«

Unterrepräsentiert ist die ostdeutsche Bevölkerung aber auch hinsichtlich ihrer Interessen und gesellschaftlichen Vorstellungen. Es ist nun einmal ein westlich dominiertes Parteien-, Verbände-, Wissenschafts-, Forschungs-, Medien- und Sportsystem. Der Anteil der ostdeutschen an der bundesdeutschen Elite liegt in der Wirtschaft und beim Militär bei null, in der Verwaltung und der Justiz bei drei, im Wissenschaftsbereich bei sieben Prozent. Und: Die Zugänge zu den wichtigen Entscheidungsprozessen sind gegenwärtig für die Bürger im Osten der Republik überhaupt mehr blockiert denn geöffnet.

Woran das auch liegt? Im Westen sah man den Osten vor allem als nachhinkendes Sondergebiet. Man empfand sich bereits als das komplette Deutschland. Das Volk der DDR, das das SED-Regime stürzte und die Einheit ermöglichte, schien auf einmal nicht mehr gebraucht zu werden. Mental findet das seinen Ausdruck auch darin, dass sich hier vier von fünf Ostdeutschen als Bürger zweiter Klasse fühlen. Umfragen bezeugen, »dass man sich heute zuerst als ostdeutsch und erst danach als deutsch betrachtet. Vor der Wende war das umgekehrt.« (taz vom 2.10.98)

Umfragen bezeugen allerdings auch das: Zwei Drittel aller Ostdeutschen sind mit der Entwicklung in Deutschland nach der Einheit überwiegend zufrieden. Rund jeder Zweite sieht sich als Gewinner der Einheit. (Sächsische Zeitung vom 4.9.99) Wie immer man diese Umfrage sonst bewertet, lässt sich doch eins aus ihnen ableiten: Die Ostdeutschen hatten keine Chance, aber viele von ihnen haben die erstaunlich gut genutzt. Ich nenne das eine Leistung.

Ich hätte den Beruf des Journalisten vor 89 nicht ausüben können noch wollen. Autor freilich bin ich seit 20 Jahren. Was den Dauerarbeitslosen/ABMler angeht, der ich war, wäre da auch nichts drin gewesen. Ist der Wendegewinn demnach an Einkommen und Wohnstandard festzumachen? Und was soll das überhaupt heißen: gewonnen? Wahrscheinlich liegt es in meiner ostdeutschen Herkunft beschlossen, dass ich bei Gewinn und Gewinner zuerst an Lotto denke und weniger an Investition und Profit, mir die Kategorie also nicht recht tauglich erscheint. Mir geht's mal eher gut und mal eher schlecht in vielfältiger Überschneidung, aufs Ganze gesehen also durchwachsen – der Bescheid dürfte sehr häufig sein.

Ein längeres Gespräch unter Freunden, nachts nach gehabter Einkehr im »Blue Note«, bestätigte das und

schloss sich in seinen Schlüssen den Trends aller drei zitierten Umfragen an: Besser isses. O-jein! Im Großen und Ganzen. Gewonnen? Je nun. Behandle jeden nach Verdienst, wer ist vor Schlägen sicher! Zur Zufriedenheit bestehen nicht Gründe genug. Nieder mit der hirnbespritzten Mauer des Geldes. Nieder mit den falschen Volksfreunden! Einigkeit und recht viel Freizeit ...
Einheit, wenn der Begriff jenseits der Uniformen einen Sinn haben soll, bedeutet ein einigermaßen störungsfreies Zusammenleben, Respekt und Akzeptanz auf allen Seiten, Chancengleichheit, Gleichberechtigung und Gleichbehandlung. Demokratie, ungeachtet des neoliberalen Geredes der »Neuen Mitte«, bedeutet Teilhabe und Teilnahme, sozial wie politisch. Im übrigen bleibt es dabei: Wer sich grün macht, den fressen die Ziegen.●

Aus: SAX – Das Dresdner Stadtmagazin, Nr. 10/99

Gregor Kunz ist freier Autor und hatte 1990 Beiträge in CONTRASTE veröffentlicht (u.a. »Neonazis in der DDR: Zunehmender Terror der Rechtsradikalen«). Er war maßgeblich an den Vorbereitungen der damals jährlich stattfindenden »Bunten Republik Neustadt« in Dresden beteiligt.

NÜRNBERG: RADIO ENERGY UND BURDA-KONZERN SOLLEN FREIE FREQUENZEN BEKOMMEN

Radio Z muß um Lizenz fürchten

Es stand als Nebensatz in einem Fax: Für Dezember rechne der Geschäftsführer von Radio Energy Nürnberg mit einer 24-Stunden-Lizenz. Große Aufregung herrscht nun beim nichtkommerziellen freien Radio Z, das die Frequenz 95,8 in Mittelfranken mit dem französischen Radiomulti Energy teilen muß, hat der Großkonzern doch auch schon andernorts durch eine agressive Geschäftspolitik auf sich aufmerksam gemacht.

Claudia Schuller, Nürnberg (jW) ● In Berlin fiel dieser Strategie schon vor Jahren der alternative Sender Radi 100 zum Opfer. Geschäftsführer Janßen scheint etwas voreilig, stehen die Lizenz-Neuvergaben durch den Münchner Medienrat doch erst noch bevor. Doch offenbar kann sich der finanzkräftige Anbieter freuen, die bayerische Landeszentrale für Neue Medien (BLM) hat den eigentlich entscheidungsbefugten Medienrat offenbar ausgehebelt. Auf eine Radio Z-Anfrage mochte man bei der BLM nicht dementieren, dass Energy sich bald einer Vollfrequenz erfreuen darf, dies müsse aber keineswegs die 95,8 sein. Alles andere aber ist technisch noch völlig unklar, weitere Frequenzen stehen momentan nicht zur Verfügung. Die ins Gespräch gebrachten Stützfrequenzen müssten noch kräftig aufgepeppt werden.

Auch eine weitere Vollfrequenz soll offenbar dem Frequenzvergabeverfahren entzogen werden. Der bisherige Betreiber, die Gong-Kette soll laut BLM für einen Kaufpreis von geschätzten 40 bis 70 Millionen an ein Konsortium von elf bayerischen Zeitungen unter Führung der Burda-Gruppe gehen, welches die Frequenz dann automatisch übernehmen darf. Damit wird die Sitzung des Landesmedienrates am 14. Oktober, der eigentlich über die Frequenzvergabe zu entscheiden hat, zur Farce.

Radio Z-Geschäftsführerin *Syl Glawion* dazu: »In Bayern ist es offenbar möglich, sich Frequenzen zu kaufen. Großkonzerne haben freie Hand, wir kleinen Anbieter müssen um unsere Frequenz fürchten«. Dabei erfüllt der Alternativsender mit seinem hohen Wortanteil fast als einziger die medienrechtlichen Vorgaben und hebt sich auch im Musikprogramm vom Dudelfunk ab.

Auch die Justiz stärkt derzeit die Position der kleinen Programmanbieter. Ein Urteil im Fall von ExtraRadio Hof, das schon seit Jahren dagegen kämpft, mit dem lokalen Konkurrenten Euroherz zusammengelegt zu werden, rügt die BLM deutlich. Die Richter erklärten, daß der Anspruch der BLM darauf beschränkt sei, »die Meinungsvielfalt zu fördern«. ExtraRadio-Anwalt Burkes sieht das BLM-Recht gegenüber der Grundrechtsposition der Anbieter durch das Bundesverwaltungsgerichtsurteil vom 15.9. sogar »eher nachrangig«.

Angesichts der zunehmenden Konzentration auf dem bayerischen Medienmarkt ist die Verdrängung eines weiteren nicht-kommerziellen Anbieters nicht hinnehmbar. Neben juristischen Schritten planen die RadiomacherInnen auch Protestaktionen in den nächsten Wochen.●

Aus: junge Welt, 29.9.1999

250 PROTESTIERTEN GEGEN ABSCHIEBEGEFÄNGNIS IN ZWEIBRÜCKEN

Demonstration gegen die Kultur des Schweigens

»Es ist kein Zufall, dass frauenspezifische Fluchtgründe wie sexuelle Gewalt oder Zwangssterilisation nicht als Asylgrund anerkannt werden. Hier zeigt sich die patriarchale Wirklichkeit dieses Landes«, so Gertrud Selzer von der Aktion 3.Welt Saar. Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier hatte die Aktion 3.Welt Saar die Demonstration gegen Abschiebehaft im rheinland-pfälzischen Zweibrücken bei Kaiserslautern organisiert. 250 Menschen folgten dem Aufruf. Zahlreiche kirchlich und antifaschistische Organisationen sowie Parteien (Grüne, PDS, Jusos) hatten dazu aufgerufen. Mehrere Redner forderten dazu auf, Fluchtursachen zu bekämpfen statt Flüchtlinge und die Unterstützung von Folterregimen wie der Türkei und Indonesien einzustellen.

Redaktion Saarland ● Das Abschiebegefängnis Zweibrükken wurde 1997 errichtet und enthält 71 Plätze. Rheinland-Pfalz und das Saarland haben einen Vertrag zur Aufstockung der Abschiebeplätze geschlossen und planen in Ingelheim bei Mainz die Errichtung eines gemeinsamen Abschiebegefängnisses mit 150 Plätzen.

Der Tag vor den offiziellen Jubelfeierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit sei bewusst gewählt worden, so Selzer. »Wenn Deutschland jubelt, ist es Zeit, sich warm anzuziehen und sich vor die zu stellen, denen dieser Jubel die Luft zum Atmen nimmt«, kommentierte sie. Abschiebehaft sei nur die letzte Station der staatlicherseits betriebenen Entwürdigung und Abschottung der Wohlstandsinsel Deutschland. Flüchtlinge, denen es gelingt, die neue Mauer an der deutschen Ostgrenze zu erreichen, kommen in die »Gewahrsamseinrichtung für Ausreisepflichtige«, wie es verharmlosend im Amtsdeutsch heißt. Allein zwischen 1993 und 1998 starben über 80 Flüchtlinge, bei dem Versuch, Deutschland in der Festung Europa zu erreichen. Diese neue Mauer wird hinter einer Kultur des Schweigens versteckt. Versteckt im Wald liegt auch das Abschiebegefängnis 4 km außerhalb von Zweibrücken. Das rheinland-pfälzische Innenministerium baute erst wenige Tage zuvor einen 2,50 hohen Zaun aus Rohrmatten als Sichtschutz gegen die Demonstration. Unter Vorspiegelung falscher Tatsachen, lies man die Gefangenen daran mitarbeiten. Während der Kundgebung aus dem Gefängnis waren ständig Hilferufe zu hören. Dem evangelischen Pfarrer Emrich aus Zweibrücken, dem bis zuletzt als deeskalierende Maßnahme das Verteilen von Grussbotschaften in verschiedenen Sprachen an die Gefangenen zugesichert wurde, verbot das Innenministerium dies kurzerhand. »Die mit der Abschiebehaft begonnene systematische Entwürdigung von Menschen findet auch damit ihre Fortsetzung«, so Thomas Kupczik von der Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier, der gemeinsam mit der Aktion 3.Welt Saar ankündigte, auch nächstes Jahr in Zweibrücken gegen die Kultur des Schweigens und Ausgrenzung öffentlich zu demonstrieren.●

Weitere Informationen:
AKTION 3.WELT Saar, Weiskirchener Str.24,
D-66679 Losheim
Tel: (0 68 72) 99 30-56, Fax 99 30-57
e-mail: a3wsaar@t-online.de

KRITIK AM STRATEGIEPAPIER DER UMWELTLEUTE BEI DEN GRÜNEN

Grüne sind die besseren Neoliberalen!

Es ist die Zeit der Papiere. Der Anfang kommt immer aus der gleichen Richtung, beantwortet höchstens von zaghaften Positionen derer, die nicht so schnell und nicht gleich so weit alles verändern wollen. Es ist die Zeit der ModernisiererInnen, derer, die aufräumen wollen mit allen Ideen und Ideologien, die nicht die freie Wirtschaft als Maß aller Dinge sehen – Konzerne seien die besten Friedensstifter (»Weltfrieden durch Welthandel«, z.B. ein Motto der Expo 2000), bieten die optimale soziale Absicherung (Eigeninitiative ist gefragt) und schaffen das Glück der Menschen (Arbeitsplätze).

Jetzt sind sie auch noch die besten UmweltschützerInnen. In ihren »Thesen zur Erneuerung bündnisgrüner Umweltpolitik« formulieren grüne UmweltpolitikerInnen das unter anderem so: »Während das Verschwinden von Umweltthemen aus den spektakulären öffentlichen Auseinandersetzungen verwundert registriert wird, entfaltet die Umweltidee in einer leisen Revolution Wirkung bis in die letzte Produktionsstätte« oder »in manchen Bereichen sind aus klassischen 'Feindbildern' wie der Chemischen Industrie Vorbilder geworden«. Revolution – der heilige Begriff, immer wieder erhofft, nie erreicht, jetzt endlich – in den Konzernen ist sie gelungen. Hurra!

Modernisierung als neues Allheilmittel

Das Thesenpapier der Grünen gehört zu den Papieren, die im Markt alle Hoffnung sehen. Allerdings wird nicht mehr die früher eher von der F.D.P. und heute noch dem BDI vertretene Position nachgeplappert, der Wegfall von Beschränkungen und Regelungen würde allein reichen – nein, eine besondere Form der Marktorientierung ist es, die alles lösen wird: Die technische Innovation. Alle Regelungen sollen daher entweder abgeschafft oder aber so verändert werden, dass sie innovative Hightech fördern. Dieses würde, so die Logik und auch die einzig richtige Annahme im Grünen-Papier, die Ressourceneffizienz erhöhen. Tatsächlich – diese steigt seit Jahren schnell an. Dazu bedarf es aber gar keiner neuen Umweltpolitik: Mit weniger Energie- und Rohstoffeinsatz mehr produzieren zu können, ist schlicht profitorientiert. Mehr nicht. Wenn Umweltpolitik zu einer reinen Effizienzwerbung verkommt, trägt sie Eulen nach Athen: Sie versucht, Konzerne davon zu überzeugen, ihre Profitspanne zu erhöhen. Eine solche Umweltpolitik ist schlicht überflüssig – oder sogar im Sinne der Unternehmen, wenn es für solche als Effizienzerhöhung getarnte Profiterhöhung Staatsknete oder andere Vorteile gibt. Und wieder bemühen die Modernisierungs-Ökos den legendären Begriff und sprechen von Effizienzrevolution. Die Konzerne, sie sind die einzig wahren Revolutionäre!

Grünen-Zitat: *»Unter ökologischen Gesichtspunkten bedeutet Nachhaltigkeit die Wahrnehmung von Zukunftsinteressen. Dazu gehört die systematische Unterstützung von Innovationen: Ein effizientes und risikovermeidendes Stoffstrommanagement und die erforderlichen Quantensprünge bei der Energieeffizienz brauchen neue, teilweise erst noch zu entwickelnde Technologie, Verfahren und Dienstleistungen«.*

Ausblenden von gesellschaftlichen Machtstrukturen

Völlig richtig erteilen die Grünen in ihrem Papier der Sektororientierung des Umweltschutzes eine Absage. Dieser könne nicht auf sein eigenes Gebiet beschränkt bleiben. Sie schließen daraus aber nicht, dass Umweltschutz als eine gesellschaftliche Aufgabe auch von allen entwickelt und entschieden werden, sondern dass die Wirtschaft die Umweltschutzziele diskutieren und umsetzen müsse.

Kein einziges Mal setzt sich das Papier mit den Machtstrukturen der Gesellschaft auseinander, die auch im Teilbereich Ökologie wirken. Es ist eben kein Zufall, was wo und wann geschieht, sondern Ausfluss von Interessen und Einfluss. Gesellschaftliche Entscheidungen und Veränderungsprozesse wickeln sich nicht »von unten« ab. Die modernen Gesellschaftsentwürfe, ob sie sich nun in dem Zukunftsszenarion der Expo 2000, im Schröder-Blair-Papier oder jetzt im Umweltpapier der Grünen zeigen, entspringen der gedanklichen Retorte, den Forschungslaboratorien und Meinungsmache-Instituten. Die Menschen und ihre Gemeinschaften spielen keine Rolle. Sie sind nur mehr Objekt – als Arbeitende, für die Reproduktion, als KonsumentInnen oder WählerInnen. Bemerkenswert ist dabei noch ein Wortspiel im grünen Papier. Unter Punkt 4 kritisieren sie, dass Umweltschutzziele nicht nur »von oben« umgesetzt werden dürfen. Beim Weiterlesen wird aber deutlich, dass sie gar nicht »von oben«, sondern »oben« meinen. An keiner Stelle fordern die grünen UmweltpolitikerInnen konkrete Beteiligungsverbesserungen, vielmehr meinen sie, dass Umweltschutz mehr »unten«, nicht »von unten« geschehen müsse. Die Eigenverantwortung im Haushalt und in der Freizeit ist gemeint. Diese Ideologie passt zu den verschiedenen Schriften, die ökoneoliberale Ideen seit Jahren vertreten – von der Agenda 21 über »Zukunftsfähiges Deutschland« bis zu den Konzepten der Expo 2000.

Ausblenden von Umweltproblemen

Doch das Thesenpapier der Grünen ist nicht nur auf dem gesellschaftlichen Auge blind. Auch die Analyse der Umweltprobleme geht daneben. Das fängt an bei der Situationsbeschreibung. Die Behauptung, ökologische Ziele seien bereits breit umgesetzt, ist schlicht falsch. Staatlicher Druck (Gesetze, Verordnungen, Strafen usw.) sowie das eigene Interesse, die Umwelt nicht völlig zu ruinieren und Rohstoffe nicht komplett zu verbrauchen, da dann auch profitables Wirtschaften nicht mehr möglich ist, hat Verbesserungen im Detail gebracht. Zeitgleich aber haben sich viele soziale und ökologische Faktoren schnell verschlechtert. Wenn beim Straßenbau jetzt anteilig Recyclingmaterial eingesetzt wird – es werden dennoch immer mehr Straßen. Wenn die Energieeffizienz pro Produkteinheit auch besser wird, leider steigt der Gesamtumsatz so, dass immer mehr Rohstoffe verbraucht werden. Die Liste wäre beliebig fortsetzbar. Und auch bei den scheinbar positiven Prozessen sind Zweifel angebracht. Die Windenergie wird nicht ausgebaut, weil alle nur noch an die Umwelt denken, sondern weil es profitabel ist. Inzwischen wird auch fast immer die profitabelste Form gewählt – große und vor allem viele Windräder, keine BürgerInnenbeteiligung usw. Immer häufiger wehren sich die Menschen gegen diese von oben aufgesetzten Windparks. Umweltgesichtspunkte werden auch kaum berücksichtigt. Ökologie wird zum kapitalistischen Projekt, die Ökos zu modernen, begrünten KapitalistInnen.

Dumm- und Plattheiten

Damit allein könnte mensch es belassen. Aber die Umweltleute der Grünen scheinen zu fürchten, dass nicht jede und jeder schon anhand dieser Fakten das Papier durchschaut. Also bauen sie noch ein paar Plattheiten ein, die zum Teil zu Dummheiten werden. Gleich am Anfang: Wenn die Grünen ihre Umweltpolitik nicht erneuern, setzen sie »die Glaubwürdigkeit der Umweltpartei – und damit letztlich auch ihre Existenz – aufs Spiel«. Diese Grünen glauben, noch immer den Ruf einer konsequenten Öko-Partei zu besitzen? Wenige Sätze weiter »sparen sie das Thema Atom-Ausstieg bewusst aus«. In der Tat, kein Wort im ganzen Papier. Ihre schlechte Ausrede ist, dass die Atomdebatte anderswo geführt wird. Hätten sie das Beispiel doch erwähnt, wäre es immerhin das einzige konkrete Beispiel im Text gewesen – und es wäre sofort aufgefallen, dass das ganze Konzept nichts taugt: Modernisierung im Atombereich? Dialog statt Konfrontation? Die leiseste Revolution bis in die letzte Produktionsstätte – also auch schon in den AKWs? Lächerlich machen sich die Grünen, sonst nichts! Und damit es nicht so schnell auffällt, überprüfen sie ihre neoliberalen Plattheiten lieber nicht an konkreten Fällen. Die Krönung sind dann doch ein paar Sätze zu Atomkraft. Jaja, die seien »unbeherrschbar«, und dann das Zitat: »(was, wenn es in Serbien Atomkraftwerke gegeben hätte?)«. Mal abgesehen davon, dass es sehr wohl Atomanlagen nahe Belgrad gab (zu ihrem Glück aber wissen die Grünen nichts davon) – und ohne AKW-Gefährdung sind Bombenabwürfe offenbar kein Problem für sie.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Wer schreibt solche Papiere?

Die Liste der Namen unter dem Thesenpapier hat Format. Die Öko-Modernisiererriege sitzt bei den Grünen in der ersten Reihe. Einige Landes-UmweltministerInnen, dann der umweltpolitische Sprecher im Bundestag, *Loske*, der Umweltdezernent der Expo-Stadt Hannover, *Mönnighoff*, und viele andere tummeln sich da. Auch dabei sind *Gundula Röstel* und der bisherige Umweltdezernent von Frankfurt, *Tom Koenigs*, der jetzt UN-Verwaltungschef im Kosovo wird.

Seit Jahren bemerkenswert ist die öko-neoliberale Führungsrolle von *Reinhard Loske* innerhalb großer Teile der Umweltbewegung. Er agiert nicht nur bei den Grünen, sondern war z.B. Projektleiter der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland«. Dieses Werk entstand im Auftrag von BUND und Misereor. Ohnehin – innerhalb vieler Verbände, z.B. des BUND, gibt es seit Anfang der 90er Jahre einen immer stärker werdenden öko-neoliberalen Flügel. Eine der SpitzenvertreterInnen war *Angelika Zahrnt*. Sie ist heute Bundesvorsitzende, die ModernisererInnen haben sich auch im BUND inzwischen durchgesetzt. »Zukunftsfähiges Deutschland« ist ein dickes Buch voller Ideologieansätze, dass eine Befreiung des Marktes, technische Innovation und das umweltgerechte Verhalten der VerbraucherInnen als richtige Mischung für die Umweltpolitik vorschlägt. Und – welch Parallele – das Beispiel Atomenergie haben die Schreiberlinge um *Reinhard Loske* damals auch ausgelassen.

Die öko-neoliberale Debatte ist nicht neu. Sie ist von Umweltverbänden und Grünen, aber auch in den modernen Managementetagen der Konzerne, schon Anfang der 90er breit entwickelt worden. Ihre VertreterInnen sind heute die Spitzen-Ökos der Republik. Die Folge sind solche Papiere wie das der Grünen.

Fazit

Mit ihrer Mär von der glücksbringenden neuen Technik stehen die Grünen UmweltpolitikerInnen Seite an Seite mit neoliberalen Ideen – sie sind die Ökos der Neoliberalen, denn irgendeine Öko-Variante muss auch der Neoliberalismus aufweisen, um durchsetzbar zu sein. Seit Jahren fummeln deshalb Ökos mit marktwirtschaftlichen Instrumenten herum, sei es die Ökosteuer, das Öko-Audit oder der Dialog als solches (Agenda, Runde Tische, Selbstverpflichtungen usw.). Was die Grünen zum Umweltschutz zu sagen haben, steht so auch in den Umwelttexten des BDI oder der Expo 2000. Es ist also nicht nur schlecht, sondern nicht einmal neu. Nur eines ist anders, und das kann nicht oft genug gesagt werden: Die Grünen sind die besten Neoliberalen. Denn:

- sie sind technisch versierter, haben einen höheren Anteil an modern ausgebildeten AkademikerInnen, vor allem der Naturwissenschaften, dafür weniger der eher konservativen LandwirtInnen, alten RechtsanwältInnen und FirmenchefInnen usw.,
- sie sind weniger nationalistisch und daher globalen Konzernstrategien offener,
- sie können bisherige GegnerInnen, z.B. soziale und Öko-Bewegungen besser einbinden und
- sie haben keine Opposition mehr, denn das waren bisher sie selbst.

Es ist kein Wunder, das der Neoliberalismus weltweit zum Durchbruch kommt, wo fast überall sog. sozialdemokratische oder rotgrüne Regierungen an der Macht sind.

Öko-Neoliberale Ideen passen in den Zeitgeist. Ökologiebewegung wird damit zum Steigbügelhalter und zur Kosmetik des gesellschaftlichen Wandels hin zur Allmacht der Ökonomie und der sie vollziehenden Konzerne. Gegenpositionen müssen aus emanzipatorischen Positionen kommen. Die Forderung nach restaurierender Umweltpolitik im Sinne einer wiedererstarkten Kontrolltätigkeit korrupter Staatsverwaltungen über den Markt ist sinnlos, denn solche Politik war nie ein Erfolg. Nötig ist ein ganz anderer Weg, der Umweltschutz von unten. Die Machtfrage muss gestellt werden – in der Ökologie genauso wie in anderen Feldern der gesellschaftlichen Debatte. Wer nicht bloß zum grünen Anstrich der neoliberalen Welt werden will – oder gar zum/r TäterIn – muss emanzipatorische Strategien des Umweltschutzes entwickeln, einfordern und umsetzen.●

TERMINE

22.-24.10. im Wendland: Anti-Atom-Konferenz (u.a. mit einem AK zu Expo-/Neoliberalismus-Widerstand)
Info: BI Lüchow-Dannenberg, 05841/4684, Fax 3197

28.-31.10. in Hannover: **BUKO 22**
Schwerpunkt: »Perspektiven gegen die schöne neue Expo-Welt« (u.a. mit Aks »Umweltschutz von oben – Umweltschutz von unten«, Kritik an Nachhaltigkeitskonzepten usw.)
Info: BUKO, 040/393156, Fax 3907520, bukohh@t-online.de

7.-21.11. in Bad Oldesloe: Ö-Punkte-Endredaktion
Kontakt: Ö-Punkte, 06401/903283 und 0171/8348430
Schwerpunkt diesmal: Umweltbildung, Kontakt 0451/7070646 (auch Fax)

12.-14.11. im AJZ Bielefeld:
4. bundesweites Anti-Expo-Treffen
Anmeldung: Anti-Expo-AG, c/o ASTA Uni Bielefeld, Postfach 100131, 33501 Bielefeld, 0521/1063-423, Fax -032, asta@uni-bielefeld.de
Rundbrief und Einladung: Büro für mentale Randala, Wickingstr. 17, D-45657 Recklinghausen, antifa-re1@koma.free.de

30.11. überall: **Global Action Day**
(zeitgleich tagt in Seattle die WTO)
Dezentrale Widerstandsaktionen gegen Symbole des Kapitalismus und Neoliberalismus, Veranstaltungen, alternative Ökonomie und emanzipatorische Projekte – alles ist möglich.
Kontakt u.a.: Anti-Expo-AG, internationaler Kontakt, c/o Infoladen München, Breisacher Str. 12, D-81677 München, antiexpo2000-de@gmx.de

Ein paar Worte zur neuen Rubrik »Umweltschutz von unten«

Mehr oder weniger regelmäßig werden auf je 1-2 Seiten inhaltliche Beiträge und Kurzberichte aus dem Umweltschutz zu lesen sein – aber nicht aus dem Öko-Bereich allgemein, sondern aus der Debatte um einen emanzipatorischen Umweltschutz, der sich bewusst gegen den mainstream stellt, d.h. gegen solche ökologischen Strategien, die innerhalb des Neoliberalismus existieren wollen. Ökosteuern, die immer wieder die Freiheit der Märkte fordernde Agenda 21 und vieles andere sind solche Instrumente, die mithelfen, eine ökonomie-beherrschte Welt zu schaffen.

In der CONTRASTE soll die Debatte um einen Umweltschutz von unten sichtbar werden – und auch die Projekte, die es gibt. Theorie und die politische Praxis werden im Mittelpunkt dieser Rubrik stehen. »Von unten« meint dabei den Prozess der Entscheidungsfindungen. Es ist damit deutlich zu unterscheiden von der Auffassung, die VerbraucherInnen müssen umweltbewusst handeln, damit die Industrie weiter klotzen kann (wie in der Nachhaltigkeitsdebatte oft so formuliert!). »Von unten« ist etwas anderes als »unten«. »Von unten« beschreibt den Weg und bedeutet, dass die Menschen die Gesellschaft selbst gestalten. Sie brauchen keine Institutionen, keine Bildung von oben, keine Regierungen – nichts! Und Umweltschutz, der von unten organisiert wird, muss daher auch die Machtfrage stellen. Die Nutzung von Rohstoffen, von Flächen, Abfall- und Verkehrsfragen, die Energieversorgung und mehr – all das muss in die Entscheidungsgewalt der Menschen gelegt werden, für die die Umwelt ihre Lebensgrundlage ist.

Emanzipatorischer Umweltschutz macht aber noch etwas mehr: Er will Teil einer emanzipatorischen Bewegung sein. Daher wird es immer wieder die Blicke über den Tellerrand geben.●

Mitarbeit an dieser Rubrik ist sehr erwünscht.

SPIRITUELLE ÖKOLOGIE?

Franz Alt unter die Erde!

»Sind wir noch zu retten?«, fragt Franz Alt in Publik-Forum Nr.5/1999, der »Zeitschrift kritischer Christen«, und behauptet weiter: »Wir leben auf Kosten künftiger Generationen«. Dass »wir« alle gleichermaßen Schuld an Umweltzerstörung sind, steht für Alt völlig außer Frage.

Andreas Hechler, Red. Emanzipatorischer Umweltschutz im Aufbau ● Da schwimmt der Yuppie neben der Obdachlosen und der Siemens-Manager, der gerade ein neues umweltschädigendes Großprojekt beschlossen hat, schwimmt neben dem Siemens-Arbeiter, der aufgrund seiner Lohnabhängigkeit umweltschädlich hergestellte Produkte kaufen muss. Solche harmoniesüchtigen, gesellschaftsverklärenden Ansätze finden sich üblicherweise in Esoterik-Kreisen, und so ist es auch kein Wunder, dass Alt eine »jesuanische Öko-Ethik« und eine »spirituelle Ökologie« predigt, die die »ökologische Krise« überwinden sollen.

»Heilung und Rettung kann nur von innen kommen« so Alt, nicht etwa durch die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise.

Er verklärt Jesus zum Tiefenökologen, dieser menschenverachtenden Vorstellung, die davon ausgeht, dass die Erde beseelt ist und Menschen als eine »Spezies« neben allen anderen sieht und so als Biomasse einstampft. Die Tiefenökologie soll laut Alt helfen, *»heute endlich die vielen technischen Umweltfortschritte mit einer zeitgemäßen Überlebensethik [zu] verbinden«*. Gentechnik? Atomforschung? Hauptsache spirituell (*»Es geht um die Integration von Ethik und Technik«*), dann – und nur dann – schaffen *»wir«* den *»Durchbruch zu einer ökologischen Wirtschaft«*.

Der Titel seines Aufsatzes, der Werbung für sein im März erschienenes Buch »Der ökologische Jesus - Vertrauen in die Schöpfung«, ist »Macht Euch der Erde untertan«. Menschen sollen sich nach Alt also nicht von Naturzwängen emanzipieren – also das tun, was Menschen zu Menschen macht –, sondern sich eben irdischen Naturgesetzen unterwerfen. Dieser biologistische Ansatz wird konsequent fortgesetzt: *»Wir (!) benehmen uns (...) gegen die Gesetze der Natur«; »materielle, psychische und geistige Naturgesetze«* sind nach Alt heute *»Überlebensgesetze«!* Alt schwärmt weiter von Naturvorgängen: *»Hier herrscht göttliche Souveränität und nicht menschlicher Wille«*. 1993 schrieb Alt in der Tageszeitung TAZ: *»Die Naturgesetze stehen noch über dem Grundgesetz.«*

Naturgesetze selbst müssen jedoch als soziales Konstrukt betrachtet werden. Es geht nicht darum zu erkennen, was die Natur in Hinblick auf menschliches Verhalten erklären kann und was nicht. Wesentlich ist vielmehr, dass die Natur selbst gesellschaftlich vermittelt ist. Sie ist ein Klassifikationssystem, das Menschen erfinden, um ihre Erfahrungen zu ordnen und zu organisieren. Die Natur selbst drängt uns keine Kategorien oder Verhaltensweisen auf.

Selbstredend, dass jemand, der so vehement gegen gesellschaftliche und individuelle Emanzipation und Selbstbestimmung schreibt, auch gegen Abtreibung ist.

Nach Alt lässt sich Jesus' ganzes Wollen so zusammenfassen: *»Liebe das Leben und lebe die Liebe, dann erfährst du die Fülle des Lebens. Wenn bisher galt: Macht euch die Erde untertan, so soll jetzt gelten: Macht euch der Erde untertan!«* Ob Alt sich von Liebe ernährt? Eine solche Kampfansage ist der reinste Zynismus gegenüber hungernden Menschen.

Alt verdreht: *»Kein Frieden unter den Menschen ohne Frieden mit der Natur«*. Als Strategie gegen Kriege wird hier nicht für einen konsequenten Antimilitarismus eingetreten, sondern für (spirituellen) Naturschutz! Dadurch wird Ursache (Krieg) und Wirkung (Umweltzerstörung) vertauscht und die Motivation (Warum gibt es Kriege?) ausgeblendet. Dies führt zu einer Entpolitisierung sozialer Verhältnisse.

Dass Alt in anderen Schriften von ihm Abtreibungen – den NS-Opfern zum Hohn – als »Holocaust« bezeichnet und einen christlichen Antijudaismus verbreitet, sei hier noch als Zusatzinformation erwähnt.●

UMWELTSCHUTZ VON UNTEN

Emanzipatorischer Umweltschutz statt Agenda, Ökosteuern & Co.

Es gibt viele Gründe, warum Umweltschutz »out« ist. Viele davon sind: Vereinsmeierei, Konkurrenzdenken, kommerzielle Ziele, Bürokratie und Hierarchie sowie Filz mit Politik und Konzernen stehen einer druckvollen Arbeit im Wege. Der wichtigste Punkt aber war und ist: Umweltschutz organisiert sich immer vor oben, d.h. die Menschen werden zur Zielgruppe von Strafandrohung, Bildungsarbeit, Appellen und finanziellen Steuerungen. Niemals sind sie AkteurInnen.

Bei der Frage, wie Innenhöfe, Straßen, Stadtteile oder Landschaften gestaltet werden sollen, wenden sich UmweltschützerInnen an den Staat, neuerdings auch immer öfter an die Firmen als zunehmender Machtfaktor. Die Konzepte aus der Öko-Ecke stützen die Machtsysteme, zurzeit begleiten sie die neoliberale Weltordnung. Das ökonomische Diktat wird nicht in Frage gestellt, sondern begrünt: Ökosteuer, Ökoaudit oder Selbstverpflichtung. Die Folgen: Umweltschutz verliert an Akzeptanz in der Bevölkerung, weil die bevormundet wird. Und er ist nicht mehr bündnisfähig mit sozialen Bewegungen, die Selbst- und Mitbestimmung zum Ziel haben.

Emanzipatorischer Umweltschutz will etwas ganz anderes: Die Menschen werden zu AkteurInnen. Die Straßen, Häuserblöcke und Landschaften müssen den Menschen gehören, die in ihnen leben. Niemand kann über Flächen und Orte bestimmen, ohne selbst betroffen zu sein. »Demokratisierung von Flächen- und Rohstoffverbrauch« heißt das Gegenkonzept zu Ordnungsrecht oder dem kapitalistischen Instrument Ökosteuer. Vision ist eine Welt von unten. Die kleinen Schritte dahin bestehen aus konkreten Projekte, die die Menschen zu den EntscheiderInnen machen: Windanlagen, die den Menschen drumherum gehören (statt teurer Großanlagen ohne örtliche Akzeptanz), Stromnetze im Besitz der BürgerInnen, ökologische Bauernhöfe im Gemeinschaftsbesitz, lokale Ökonomien ohne Apparate und vieles mehr.

Dazu gehört aber auch, die Visionen einer Welt von unten laut zu benennen, denn Visionen können motivieren. Zudem bleibt die Chance, für dieses Ziel wieder Bündnisse zu schaffen mit anderen sozialen Bewegungen, die gemeinsam an einer Welt von unten arbeiten. Konkrete Kristallisationspunkte wie konkrete Modelle oder der Widerstand gegen neoliberalen Wahn (Expo 2000, Weltwirtschaftsgipfel und andere Symbole) können der Anfang sein.

Zur Zeit weitet sich die Debatte um den »Umweltschutz von unten« immer mehr aus: Vorträge, Workshops auf Kongressen und Seminare befassen sich mit dem Thema. Für Neu-EinsteigerInnen gibt es einen Perspektiven-Rundbrief (2 DM) sowie das Buch »Agenda, Expo, Sponsoring – Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit« (39,80 DM, IKO-Verlag). Erste Texte stehen im Internet unter
http://www.thur.de/philo/uvu.html.
Kontaktadresse: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11,
D-35447 Reiskirchen.●

IM POSTFACH

Betr.: »Trans Fair goes Agenda und alle gehen mit« CONTRASTE Nr. 180

An die Redaktion CONTRASTE

Wir haben ein Schnupperabo Eures Blattes wahrgenommen und würden sehr gern auf weitere Exemplare verzichten.

Gewiss beleuchtet Ihr interessante Themen, greift aktuelle Diskussionen an und auf und vertretet Nischengruppen... Eure Bunten Seiten sind ein wertvolles Nachschlagewerk. Was aber ein namenloser Schreiberling in der Ausgabe September (S.5) unter der Überschrift »Trans Fair goes Agenda und alle gehen mit« produziert hat, ist unter aller Sau.

Der Artikel steckt voller Widersprüche und Unwahrheiten. Zu Anfang verschafft Anonymus sich das Feigenblättchen »den Fairen Handel zu unterstützen, ist unbestritten sinnvoll« und kommt nach Umwegen über Atomkraft, Neoliberalismus, die EXPO, VW do Brasil (der Renner in Weltläden), Adivasis und was gerade noch so einfällt, zur Schlussfolgerung »boykottiert Trans-Fair«.

So einen Boykottaufruf anonym in die Welt zu setzen ist feige ! und bezeichnend für das moralische Niveau der Redaktion von CONTRASTE. Über die Tragweite eines tatsächlichen Boykotts hat sich der / die PolemikerIn offensichtlich keine Gedanken gemacht. Sollte sich die lächerliche Argumentation durchsetzen, und der Faire Handel Pleite gehen, wäre nichts gewonnen und viel verloren. Ich betrachte den Artikel als unsachlichen Aufruf eines Schreibtischtäters zur Existenzvernichtung unzähliger Menschen. Anstatt zur konstruktiven Kritik einzelner Punkte in der Agenda anzuregen, verdammt Anonymus den Einsatz von Tausenden Einzelpersonen (hauptsächlich Ehrenamtlich engagierte) und meint zu wissen, das »der 3. Welt Handel mehr am Absatz der eigenen Produkte interessiert (sei), als wirkliche politische Veränderungen herbeizuführen«, weiß Bescheid das die »Akteure in der Einen Welt Szene den Machthabern in Politik und Wirtschaft näher stehen, als den Menschen in der Dritten Welt«. Schlicht unwahr, also LÜGE, ist folgendes: »Anstatt die Menschen in der 3. Welt in ihrem Kampf gegen die Globalisierung und Neoliberalismus zu unterstützen, machen 3. Welt- und entwicklungspolitische Initiativen hierzulande gemeinsame Sache mit denen ...() die Zerstörung jeglicher gewachsener regionalen und für die jeweilige Region angepasste Struktur fordern«. Anonymus hält es für Unsinn, aus einer (in Teilen) schlechten Agenda etwas Gutes zu machen, spricht der Eine-Welt-Bewegung jegliche Anerkennung für Geleistetes ab, stellt uns als Handlanger ohne Rückrat dar, die sich Beschlüsse aufdrängen lassen. Na Danke!

Es wäre zum lachen, wenn es nicht so verdammt tragisch wäre. Die erteilten Ratschläge brauchen wir nicht. Ihr da oben bei CONTRASTE braucht uns »von unten« nicht zu sagen wie wir das richtig machen sollen. Auf schlechte Polemik, schlechte Recherche, unausgegorene Argumentation, auf die »macht kaputt, was euch kaputt macht«-Haltung, die Grundtenor dieses Artikels ist, kann ich gut verzichten. Da ist mir Erich Kästner näher: »Es gibt nichts Gutes, außer man tut es«.●

Arnaud Malan
Weltladen Altenburg

KORREKTUR

Leider hatte die Heidelberger Endredaktion im Umzugsstress (s. Seite 2) vergessen, bei dem Artikel »Trans Fair goes Agenda und alle gehen mit« in der Ausgabe Nr. 180, den Autoren anzugeben. Wir entschuldigen beim Autor Jörn Hartje (Institut für Ökologie, Steinfeld) und bei unseren LeserInnen für dieses Versäumnis. Super finden wir, dass eine Diskussion zustande kommt und wünschen uns weitere Beiträge unserer LeserInnen. Schließlich versteht sich CONTRASTE als Diskussionsforum.

Redaktion Heidelberg

Kommentar des Autors

Es war nicht beabsichtigt, die Kritik an TransFair anonym zu veröffentlichen (muss ein Versehen der Redaktion sein), vielmehr vertrete ich die Kritik an der Agenda öffentlich und offensiv sowohl Umweltgruppen, staatlichen Stellen und seit kurzem auch Eine-Welt-Gruppen gegenüber. In allen Fällen ist dies eben keine platte Kritik, sondern immer mit einem Diskussionsangebot verbunden, was aber meist von den Gruppen abgelehnt wird.
Bei den Diskussionen, die doch zustandekommen, stellt sich immer wieder heraus, dass die wenigsten über die wahren Hintergründe der Agenda 21 Bescheid wissen, geschweige denn, sie gelesen haben. Statt dessen wird bei genauerer Nachfrage immer nur auf die erhofften zusätzlichen Einnahmen oder erwartetes Ansehen verwiesen. Wer nur aus diesem Grund die Gen- und Atom- befürwortende Agenda hochhält, ist meiner Meinung nach unglaubwürdig und somit ist auch ein Boykottaufruf gerechtfertigt.
Im übrigen habe ich den Eine-Welt-Handel an sich nicht kritisiert, was aber durchaus von diversen Gruppen mittlerweile immer kritischer gesehen wird, hier wünsche ich Euch mal ein wenig Selbstkritik!
Auch der Leserbrief zeigt dieses Unwissen über die Agenda, er widerlegt die Kritik an der Agenda und die damit verbundene Kritik an TransFair in keinem Punkt! Dies bestärkt mich die Kritik weiter vorzubringen und lade alle Interessierten ein sich daran zu beteiligen. Ich stehe auch für Vorträge und Diskussionen zur Verfügung.●

Gruss Jörn

PS: auf die Unterstellung von Polemik, ich sei ohne Rückrat oder schlechte Recherche gehe ich nicht weiter ein, da dies wohl eher für den Leserbrief selber zutrifft. Der Artikel dagegen ist in allen seinen Einzelheiten recherchiert und der Inhalt wurde sachlich und ohne Polemik dargestellt.

BUNDESWEITES VORBEREITUNGSTREFFEN:

Innen!Stadt!Aktions!tage 2000

Im Jahr 2000 findet in Hannover die EXPO statt – ein Schauspiel für die Reichen und Mächtigen. Durch die Innen!Stadt!Aktions!tage wollen wir etwas gegen diese schöne neue Expo-Welt setzen. Ziel sollte es sein, bundesweite Aktionstage auf die Beine zu stellen, nach dem Motto »Expo 2000 – nicht ohne uns – Verdammte aller Metropolen, vereinigt Euch!«.

Während der EXPO wird fünf Monate lang in der Innenstadt von Hannover ein Ausnahmezustand herrschen. Angedeutet hat sich eine solche Situation schon während während des ATP-Tuniers (Tennis). Die Stadt war leergefegt, Punks, Obdachlose und andere »unerwünschte Personengruppen« waren für das Auge der BesucherInnen unsichtbar, es gab Razzien z.B. im Café »Connection« (Anlaufpunkt für Junks). Bei Wahlkampfveranstaltungen mit Politpromis, wie u.a. Schäuble, mußte die Stadt erst einmal »gesäubert« werden, um die »Innere Sicherheit« gewährleisten zu können. Leute, die »anders« aussehen, konnten mit Platzverweisen u.ä. rechnen. Diese Zustände werden während der EXPO verschärft auftreten.

Die Vorbereitungen von Stadtverwaltung, Polizei und Bundesgrenzschutz sin in vollem Gange – es wird für die EXPO gerüstet. Von einem kompletten Versammlungs- und Demonstrationsverbot in der Innenstadt während der EXPO ist laut einer Verwaltungsdrucksache auszugehen. Es werden sogar extra Knäste für die »anzunehmende höhere Kriminalität« gebaut. Die massiven Versuche, die Anti-Expo-Bewegung zu kriminalisieren, nehmen stetig zu.

Die Innenstadt selbst stellt so als Exponat vor, was nach Vorstellung der neuen Weltordnung in repräsentativen Zonen der Stadt passieren soll. Aber so einfach werden wir es ihnen nicht machen, deshalb werden wir die Innen!Stadt!Aktions!tage 2000 der »Neuen Unordnung« widmen.

Termin des bundesweiten Vorbereitugstreffens ist der 26. bis 28.11.99. Nähere Infos sind zu bekommen über die Innenstadtgruppe Hannover, c/o AStA der Uni Hannover, Welfengarten 1, D-30167 Hannover,
Tel. (05 11) 762 50 61, Fax 71 74 41.

KREATIV-ZENTRUM WOLFEN

Auch Eigenarbeit muß sich lohnen

Im Kreativ-Zentrum Wolfen läuft der Versuch, mit einer sozialen Erfindung aus Bayern neue Arbeit zu schaffen – auch und vor allem für die vielen Arbeitslosen, die der rasante Strukturwandel im ehemaligen DDR-Chemiedreieck hervorgerufen hat. Jetzt sind es die Macher des Zentrums selbst, denen der Rückfall in die Arbeitslosigkeit droht. »Entweder das Haus steht finanziell schon bald auf eigenen Beinen oder wir sitzen wieder zu Hause und warten auf die nächste ABM«, sagt Wolfgang Brzezinski, Vorsitzender des Kreativ-Zentrums Wolfen e.V.

von Thomas Springmann, Konstanz ● Das Vorbild steht seit 1987 in München. Im Stadtteil Haidhausen initiierte und finanzierte die »anstiftung«, eine gemeinnützige Münchner Forschungsgesellschaft das Haus der Eigenarbeit (HEi, siehe Kasten). Seit Oktober vergangenen Jahres wird nun auch in den Werkstätten des Kreativ-Zentrums Wolfen (Krea, siehe Kasten) in Sachsen-Anhalt mit finanzieller und fachlicher Unterstützung der »anstiftung« gehobelt, geschweißt und getöpfert.

In der Plattenbausiedlung Wolfen-Nord will das Kreativ-Zentrum neue Arbeit schaffen. Und zwar in zweierlei Hinsicht: Zum einen soll das Werkstatt- und Kursangebot die Wolfener Bürger zu handwerklicher, sozialer und kultureller Eigenarbeit animieren. Und zum andern sollen die elf befristeten Stellen, die im Rahmen einer Strukturanpassungsmaßnahme zum Aufbau des Kreativ-Zentrums geschaffen wurden, möglichst rasch in ein dauerhafte Arbeitsplätze umgewandelt werden.

Noch im Laufe des Jahres will *Wolfgang Brzezinski*, Vorsitzender des Kreativ-Zentrums Wolfen e.V., ein bis zwei Arbeitsplätze aus der Vereinskasse finanzieren. Woher das Geld kommen soll, weiß er noch nicht. Die Suche nach Sponsoren und Fördermitgliedern sei bisher enttäuschend verlaufen und »Werkstattvermietung und Kursgebühren bringen bisher auch nicht das große Geld«, klagt *Wolfgang Brzezinski*.

Dabei schien das Konzept »Eigenarbeit« (siehe Kasten) der Plattenbausiedlung Wolfen-Nord, die zu DDR-Zeiten die benachbarte chemische Großindustrie mit Arbeitskräften versorgte, wie auf den Leib geschnitten: 23.000 Einwohner, 36 Prozent Arbeitslose und eine Infrastruktur, die Menschen mit viel Freizeit kaum etwas zu bieten hat. »Freitags nach eins macht jeder Seins« – das geflügelte Wort im Ohr, glaubten die Initiatoren des Kreativ-Zentrums gar, an alte Arbeitsgewohnheiten anknüpfen zu können. »Eigenarbeit hatten wir hier früher schon: Viele Dinge, die's nicht zu kaufen gab, haben wir selber hergestellt«, blickt Wolfgang Brzezinski zurück.

Einen Grund für die geringe Auslastung der Werkstätten meint er zu kennen: Insbesondere für Arbeitslose seien die niedrigen Nutzungsgebühren (Werkstattnutzung ab 4 DM/Std., Maschinennutzung 50 Pf./Std.) immer noch zu hoch. Zudem hätten sich in dem sozial schwachen Stadtteil mittlerweile viele Bürger resigniert ins Privatleben zurückgezogen. »Die interessieren sich doch gar nicht dafür, was hier im Kreativ-Zentrum passiert«, bedauert Brzezinski, selbst 17 Jahre lang Mieter einer Plattenbauwohnung in Wolfen-Nord.

Brzezinski und sein Team haben noch nicht resigniert. Mit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit, attraktiveren Öffnungszeiten und neuen Angeboten will das Kreativ-Zentrum nun die Bürger aus den Wohnungen locken. Zudem will man sich zukünftig vermehrt im eigenen Stadtteil nützlich machen. »Wir müssen hier so wichtig werden, daß wir vom Land, vom Bund oder von der Stadt für unsere Arbeit bezahlt werden«, sagt Wolfgang Brzezinski. Das Kreativ-Zentrum als Stadtteilunternehmen? Gut möglich. Einen ersten Vorstoß in diese Richtung hat der Krea-Vorsitzende bereits gestartet: Einer Wohnungsgesellschaft unterbreitete er ein Angebot für die Instandhaltung leerstehender Wohnungen.

Roland Söker, bei der »anstiftung« für die Beratung des Wolfener Projektes zuständig, ist um die Zukunft des Kreativ-Zentrums nicht bange. »Hätten wir damals im HEi bereits nach einem halben Jahr Bilanz gezogen, wir hätten sofort wieder einpacken können«, reagiert Söker gelassen auf den schwachen Start des Kreativ-Zentrums.

Mit einem tragfähigen Finanzierungskonzept kann aber auch der Fachmann aus München nicht dienen. »Die Möglichkeiten zukünftiger Finanzierung müssen sich aus dem Haus heraus entwickeln«, baut Roland Söker ganz auf die Eigeninitiative der Krea-Mitarbeiter. Als Angestellte arbeiteten diese früher in ganz unterschiedlichen Berufen, als Maschinenbauer, als Verkäuferin, als Chemielaborantin oder als Postbote. »Heute aber«, sagt Ingenieur Ökonom Brzezinski, »mit den Werkstätten und dem großen Haus sind wir Unternehmer.« Der Vorsitzende des Kreativ-Zentrums Wolfen hat verstanden: Auch das Geschäft mit der Eigenarbeit muß sich lohnen, wenn man davon leben will.●

MERKMALE DER EIGENARBEIT

- Professionelle Ausstattung der Werkstätten
- Fachberatung auf Wunsch
- Nutzerfreundliche Öffnungszeiten
- Vielseitigkeit der Eigenarbeitsmöglichkeiten: handwerklich, sozial und kulturell
- Offenheit für jedermann, jede Frau und jedes Kind angenehmes, aber auch nützliches Ambiente
- Nutzungsgebühren (sozial gestaffelt) für Werkplätze, große Maschinen, Räume und Kurse
- kontinuierliche Teamarbeit, um die Qualität und Attraktivität des Hauses zu sichern

Das Kreativ-Zentrum Wolfen

Auf einer Fläche von rund 1.200 Quadratmetern stehen Werkstätten für Holz, Metall und Keramik sowie eine Schneiderei und ein Floristik-Atelier zur Verfügung. In allen Bereichen werden sowohl Kurse als auch individuelle Betreuung angeboten. Für Kurse und Werkstattnutzung werden Gebühren erhoben.

Weitere Krea-Angebote:
- Veranstaltungs- und Gruppenräume
- Werkstattkantine

Ebenfalls im Krea (jedoch zur Untermiete):
- Bibliothek
- Computerkabinett
- Prüfstelle für Wasser- und Bodenproben

Öffnungszeiten: Di.: 10-18 Uhr, Mi.-Fr.: 12-18 Uhr, Sa.: nach Bedarf

Adresse: Kreativ-Zentrum Wolfen, Straße der Jugend 16, D-06766 Wolfen

HAUS DER EIGENARBEIT

– das Vorbild in Zahlen von 1998

Gesamthaushalt: 774.000 DM, davon eigene Einnahmen 45%, Zuschuß der Stadt München 34%, Förderung durch das Arbeitsamt 8%, private Stiftung 3%.

Besucher pro Tag: 50, davon 20 in den Werkstätten, 30 nehmen an Kursen, Gruppentreffs oder Veranstaltungen Teil.

Bezahlte Mitarbeiter: 2 Vollzeitstellen (die eine zu 50% öffentlich gefördert, die andere zu 40%), 5 Teilzeitstellen, 2 Zivildienstleistende, 1 Jahrespraktikant und 12 Honorarkräfte (je 3 bis 7 Stunden pro Woche).

HEIDELBERGER UMWELTMESSE TREND:

Erstes südwestdeutsches Tauschring-Symposium

Auf der diesjährigen Umweltmesse TREND, die nun schon zum vierten Mal in der Heidelberger Stadthalle stattfindet, wird am 1. November das erste Symposium der südwestdeutschen Tauschringe stattfinden.

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Ziel dieses Symposiums ist es, den Tauschringen untereinander einen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen, zur Vernetzung beizutragen und so ehrenamtliche Doppelarbeit zu vermeiden. Außerdem haben die Tauschringe die Möglichkeit, sich der Öffentlichkeit zu präsentieren, denn allen interessierten MessebesucherInnen steht es offen, an den vielseitigen Vorträgen und Diskussionen teilzunehmen, die von 12 bis 18 Uhr stattfinden. Sie können hier eine Fülle von Informationen zur Idee der Tauschringe erhalten und Kontakte zu bereits bestehenden Tauschringen in der Region knüpfen.

Ebenfalls attraktiv ist das Programm für aktive Tauschringmitglieder: Neben den neuesten Erkenntnissen in der Öffentlichkeitsarbeit von Tauschringen wird über die Ergebnisse des Bundestreffens der Tauschringe vom September in Rostock berichtet werden. Und auch den aktuellen Entwicklungen in der Tauschring-Szene wie dem Gutscheinprojekt »ReWir 2000«, das unter dem Titel »Gestaltungsspielraum für einen anderen Umgang mit Geld« von dem Initiator selbst vorgestellt wird, wird genügend Zeit eingeräumt.

Die Themen »Gerechtere Wirtschaftsordnung ohne Zinsen« und »Ohne DM besser leben!« sprechen eher theoretisch orientierte Köpfe an und laden zur Diskussion ein.●

HAMBURG

Ohne Hilfen kann Selbsthilfe nicht auskommen

Die Selbsthilfegruppen in Hamburg haben sich zu einer wichtigen Säule im Gesundheits- und Sozialbereich entwickelt.
- Sie unterstützen die Versorgung und Rehabilitation chronisch kranker Menschen.
- Sie ermöglichen die gegenseitige Hilfe für Menschen mit psychischen oder sozialen Problemen.
- Sie organisieren vielfältige Informationsveranstaltungen.
- Sie sind beratend und aufklärend für soziale und gesundheitliche Themen tätig.
- Sie informieren Fachkräfte im Gesundheits- und Sozialbereich Über die Bedürfnisse von Betroffenen und
- Sie geben Hinweise an die »Politik« für neue Planungen.

Diese Auflistung ist nicht vollständig. Wir möchten aber darauf aufmerksam machen, daß alle diese Tätigkeiten aus den Gruppen heraus unentgeltlich geleistet werden.

1984 gab es in Hamburg ca. 400 Selbsthilfegruppen, heute sind etwa 25.000 Hamburger Bürgerinnen in 1.400 Gruppen aktiv. Diese Steigerung des sozialen Engagements ist u.a. auch auf die finanzielle Förderung durch die Freie und Hansestadt Hamburg zurückzuführen. Die Kontaktstellen in Altona, Barmbek und Wandsbek werden mit rund 1 Mio. DM jährlich aus dem Haushalt der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales gefördert.

Für den seit 1987 bestehenden Selbsthilfegruppen-Topf werden jährlich 150.000 DM durch die BAGS und seit 1994 zusätzlich ca. 80.000 DM pro Jahr durch die Krankenkassen bereitgestellt. Nur 240 von den 1.400 Selbsthilfegruppen beantragen und erhalten eine direkte finanzielle Unterstützung. Die maximale Förderung aus diesem Topf beträgt pro Gruppe und Jahr 1.000 DM.

Für Zusammenschlüsse, die sich im Laufe der Zeit aus einer kleinen Selbsthilfegruppe zu einem größeren Selbsthilfe-Projekt oder einer Initiative weiterentwickelt haben, reicht diese Förderung oft nicht mehr aus.

Um es an dieser Stelle potentiellen Förderern leichter zu machen, möchten wir darauf hinweisen, welche Leistungen die Selbsthilfegruppen für die Betroffenen und für die Gesellschaft erbringen und die Frage anschließen, welchen Wert diese Leistungen haben. Hierzu beziehen wir uns auf Ergebnisse einer Untersuchung aus München, die 1995 veröffentlicht wurde. Im Ergebnis wurde festgestellt, daß Selbsthilfegruppen nicht nur erheblich zur Verbesserung der Qualität gesundheitlicher und sozialer Versorgung beitragen, sondern auch einen wesentlichen wirtschaftlichen Faktor darstellen.

Von den 200 in München geförderten Gruppen wurden in einem Jahr 850.000 Stunden unentgeltliche Hilfe und Unterstützung geleistet. Neben der Zeit Für Erfahrungsaustausch und gegenseitige Hilfe (originäre Selbsthilfe) wurden folgende Stundenleistungen für andere erbracht:
- 18% für Beratung und Betreuung hilfesuchender Menschen,
- 16% für die Organisation und Durchführung fachbezogener Gremien und Arbeitskreise und weitere
- 16% für die Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen und Fortbildungen

Die Hälfte der geleisteten Stunden geht demnach in »Fremdhilfe« oder ehrenamtliche Arbeit. Die Münchner Untersuchung stellt zusammenfassend fest, daß die Gelder zur Förderung von Selbsthilfegruppen und Projekten um ein Mehrfaches zurückkommen:
Pro 100 DM Fördersumme wird unentgeltliche soziale Arbeit von über 300 DM geleistet.(1)

Andere Untersuchungen gehen davon aus, daß der volkswirtschaftliche Nutzen, den Selbsthilfegruppen derzeit in der Bundesrepublik erbringen, pro Jahr Über 4 Milliarden DM beträgt.(2) Bei aller Problematik derartiger Berechnungen ist die Kernaussage richtig: Selbsthilfeförderung lohnt sich.

Abschließend möchten wir daher neben den materiellen Wirkungen noch einmal auf die Qualität von Selbsthilfe und ihren Einfluß auf die soziale und gesundheitliche Versorgung hinweisen:
- Selbsthilfe modernisiert das traditionelle Netz sozialer Versorgung durch neue Formen der Problembewältigung.
- Selbsthilfe trägt zur Qualitätssicherung im Gesundheitswesen bei.
- Selbsthilfe ist ein Frühwarn-System für neue soziale und gesundheitliche Probleme.
- Selbsthilfe fördert und aktiviert die Fähigkeiten der Gruppenmitglieder.

Der in dieser kurzen Form gemachte Versuch, die Selbsthilfe zu bewerten und ihre qualitativen Wirkungen darzustellen, zeigt, wie berechtigt es ist, die Unterstützung von Selbsthilfegruppen und ihrer Infrastruktur immer wieder nachhaltig zu fordern. Eine solche Förderung ist auch in schwierigen Zeiten eine sinnvolle Investition.●

Astrid Estorff-Klee, KISS Hamburg

1) Vgl. Engelhard, Hans Dietrich u.a.: Was Selbsthilfe leistet...; Ökonomische Wirkungen und sozialpolitische Bewertung, Freiburg 1995.
2) Vgl. Kettler, U., Becker, I.: Selbsthilfeförderung in der Bundesrepublik Deutschland, in: NDV 1997, Heft 5, S. 152-155.

ALTERNATIVER NOBELPREIS

Mit Dr. Hermann Scheer ist einer der weltweit führenden Vorkämpfer für die Sonnenenergie mit dem Alternativen Solarpreis ausgezeichnet worden. Die Bochumer GLS Gemeinschaftsbank eG hat den ansonsten nicht dotierten Preis mit einem Preisgeld ausgestattet.

Mit der Verleihung des Alternativen Nobelpreises wird der unermüdliche Einsatz des Bundestagsabgeordneten und Präsidenten von »Eurosolar« (Bonn) für dezentrale regenerative Energien gewürdigt. Insbesondere um die Förderung der Sonnenenergie hat sich Dr. Hermann Scheer seit vielen Jahren verdient gemacht.

Mit der zusätzlichen Verleihung eines Preisgeldes von 10.000 DM an Dr. Scheer würdigt die GLS Gemeinschaftsbank eG die öffentliche Wirksamkeit des Solar-Pioniers, der seine Arbeit von Beginn an international ausgerichtet hat. Die GLS Gemeinschaftsbank eG fördert seit Anfang der Achtziger Jahre regenerative Energien durch Kreditvergaben und die Auflage von Beteiligungsfonds. Die 1974 gegründete Bank ist Pionierin ethisch-ökologischer Geldanlagen in Deutschland mit einer Bilanzsumme über 300 Mio. DM. Bisher konnte die bundesweit tätige Bank sechs Fonds für regenerative Energien mit einem Gesamtvolumen von ca. 30 Mio. DM plazieren.●

ub

Alternative Naturwissenschaften – Naturwissenschaftliche Alternativen

D E Z E M B E R 99

Noch im Mittelalter dachte mann, daß Kinder in einem Ferment-Vorgang, wie bei der Gärung oder dem Käsen, entstehen, ..

.. heute weiß mann es besser.

Für Einzelne, die über 'Alternative Naturwissenschaften – naturwissenschaftliche Alternativen' nachdenken, fehlt vielfach die Möglichkeit sich mit Anderen auszutauschen um die eigenen Ideen kritisch weiterzuentwickeln. Naturwissenschaft als revolutionäre Praxis, die subversiv nicht den Atomstaat durch Solarkapitalismus oder Cyberparlamentarismus ersetzt, sondern mit naturwissenschaftlicher Theorie und Praxis Patriarchat und Staat unterminiert, ist für die meisten undenkbar.
Um dies zu ändern, sind alle Interessierten herzlich eingeladen zur Gründung eines Arbeitskreises, zu einem ersten Treffen, um sich, über die gegenseitigen Ideen auszutauschen, zu diskutieren und evtl. kontinuierliche Arbeitszusammenhänge aufzubauen.
Das Treffen soll im Dezember in einem Tagungshaus im Raum Hannover stattfinden.

Infos: Jörg Djuren AStA Univ. Hannover
Welfengarten 1 – 30167 Hannover
T. 0511/7625061 (bzw. 2102140)

NEUE WEGE SIND ERFORDERLICH:

Sozialpolitik

Ist der Sozialstaat in der Krise?

Bevor diese Frage beantwortet werden kann, ist die Frage zu stellen, was eigentlich ein Sozialstaat ist und wie er entstanden ist, es ist auch danach zu fragen, was eine Krise ist. Ich will auch danach fragen, welche Folgen die Krise des Sozialstaats für das Geschlechterverhältnis hat. Abschließend werde ich einige Wege aus der Krise anreißen.

von Gisela Notz

Was ist ein Sozialstaat?

Sozialstaat ist eine Bezeichnung für einen Staat, der nach seiner Verfassung verpflichtet ist, soziale Gerechtigkeit in den gesellschaftlichen Verhältnissen anzustreben. In der Bundesrepublik ist das Sozialstaatsprinzip seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland verfassungsrechtlich verankert (Art. 20 und 28 Grundgesetzes). Aufgabe des sozialen Rechtsstaats ist es, den Inhalt der Gesetzgebung und die Auslegung der Gesetze an seinem sozialstaatlichen Auftrag zu orientieren. Ihm kommt damit eine aktive Rolle zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit zu. Dem Grundgesetz folgend wäre es also Aufgabe staatlicher Sozialpolitik, möglichst große soziale Sicherheit und Chancengleichheit für alle Gesellschaftsmitglieder herzustellen. Dafür müsste er einen relevanten Anteil seiner Ressourcen reservieren, um auf diese Weise die Teilhabechancen der Bevölkerung an Einkommen, Gesundheit, Wohnen und Bildung zu verbessern und einander anzugleichen.

Bereits seit Mitte der 1960er Jahre wurde aufgrund von »Krisenerscheinungen« in der Wirtschaft die Erreichung der angestrebten Chancengleichheit fraglich. Die sich ergebenden Zielkonflikte zwischen sozialpolitischen Aufgaben und wirtschaftsfördernden Maßnahmen führten zu Einschränkungen bei Sozialinvestitionen, besonders im Bildungswesen. Die finanzielle Lage der Renten- und vor allem auch der Arbeitslosenversicherung verschlechtert sich laufend. Immer wieder wird die finanzielle Beteiligung der Nutznießer von Sozialausgaben (z. B. bei der Krankenversicherung) vorgeschlagen. Gleichzeitig ergeben sich Probleme aus den sozialen Auswirkungen wirtschafts- bzw. steuerpolitischer Maßnahmen. Vorschläge von Seiten der PolitikerInnen gehen dahin, Teile der in das System staatlicher Sicherung einbezogenen Leistungen wieder zu privatisieren. Wie ist der Sozialstaat entstanden?

Das staatlich organisierte System von Maßnahmen zur Sicherung und Herstellung eines Minimums an sozialer Sicherheit entstand als Folge der Industrialisierung und der mit ihr einhergehenden »sozialen Frage«. Die aus der Industrialisierung resultierende weitgehende Zerstörung der überkommenen Strukturen der Großfamilie, Armenfürsorge und ständischen Sicherungseinrichtungen beseitigte zugleich die Grundlagen der bis dahin wirkenden sozialen Sicherung. Für die Unterstützung von Alten und Kranken traten zunehmend private, kirchliche und genossenschaftliche Einrichtungen an die Stelle der familiären Hilfe und Vorsorge. Besonders Handwerker, aber auch die neu entstandene Industriearbeiterschaft bildeten genossenschaftliche Selbsthilfeorganisationen und Unterstützungskassen, die zum Teil, in veränderter Form, auch heute noch bestehen. Gleichzeitig machte die mit der sich ausbreitenden Industrialisierung einhergehende Verarmung nicht nur privat oder staatlich organisierte Unterstützung der Betroffenen zur Linderung des größten Elends notwendig, sondern auch staatliche Eingriffe zur Sicherung des Überlebens dieser Schichten. Sozialpolitik ist also Antwort auf die »soziale Frage« des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Sie ist als der Kompromiss zwischen Lohnarbeit und Kapital zu verstehen. Wie aber kam es zu diesem Sozialstaatskompromiss, wer waren die dominanten Akteure und was waren ihre Motive?

Die Sozialgesetzgebung ist eng verknüpft mit dem Namen des Reichskanzlers *Otto von Bismarck*. Er wird daher oft als »Vater des modernen deutschen Sozialstaates« bezeichnet. Während seiner Amtszeit (1871 bis 1890) wurden die ersten gesetzlichen Schritte für die staatliche Sozialpolitik unternommen. Zunächst waren sie gegen Kinderarbeit gerichtet. Als sozialpolitisches Instrument fungierte die Bildungspolitik mit der Einführung der Schulpflicht. Es folgten Einschränkungen für die Arbeitszeiten von Frauen und Jugendlichen und generelle Arbeitszeitbeschränkungen. Erst später wurde auch die Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen Gegenstand staatlicher Sozialpolitik durch den Erlass von Arbeiterschutzbestimmungen und Unfallverhütungsvorschriften. Die wichtigsten sozialgesetzlichen Regelungen waren zweifelsohne die Einführung von Krankenversicherung (1883), Unfallversicherung (1884), Alters- und Invaliditätsversicherung (1889), die bis heute wesentliche Bestandteile der Sozialversicherung sind. Was aber veranlasste Bismarck, sich für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Industriearbeiterschaft einzusetzen? In der sozial-historischen Literatur gibt es hierzu die These, dass Bismarcks Arbeiterversicherungspolitik von Anfang an »als Ergänzung und Parallele des Sozialistengesetzes« gedacht war.

Was war das Sozialistengesetz?

Es war ein Ausnahmegesetz »gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie« und es war vom 19.10.1878 bis 1890 in Kraft. Durch das Gesetz sollte die Funktion erfüllt werden, die von den unzufriedenen ArbeiterInnen ausgehende revolutionäre Gefahr für die innere Ordnung des deutschen Reiches einzudämmen. Die parallel zu den Sozialistengesetzen geschehene Einführung der Arbeiterversicherungen entsprang also nicht – wie das Bild vom »Vater des Sozialstaates« gerne suggerieren möchte – altruisisch-wohlfahrtsstaatlichen Motiven, sondern die treibende Kraft war das Bestreben, das aufrührerische Potential der Arbeiterbewegung einzudämmen und sie in ihren größten Notlagen zu beschwichtigen. Dieses Erklärungsmuster wird auch »Zuckerbrot- und Peitsche-These« genannt. Das Zuckerbrot steht als Metapher für die Sozialversicherungen, es sollte die Arbeiter beschwichtigen; die Peitsche symbolisiert das Sozialistengesetz. Die gesellschaftliche Ordnung zwischen Besitzender und arbeitender Klasse sollte auf jeden Fall aufrechterhalten werden. Die Arbeiterversicherungen entsprangen also primär ordnungspolitischen und nicht wohlfahrtsstaalichen Motiven. Schon von Anbeginn an waren durch die Arbeiterversicherungen keineswegs alle ArbeiterInnen abgesichert. Lange Zeit waren nur Industriearbeiter und kleine Angestellte versichert. Die große Zahl der Tagelöhner in der Industrie, die Familienangehörigen, die Gouvernanten und Lehrerinnen, die Dienstmädchen in privaten Haushalten, die in Gastronomie und im Verkauf beschäftigten blieben ebenso unabgesichert wie Witwen und Waisen. Erst später wurden weitere Berufsgruppen und Familienangehörige hinzugenommen.

Resümierend kann man sagen, dass beide Maßnahmen ihr Ziel, die Arbeiter von den Arbeiterzusammenschlüssen wegzubekommen, verfehlt haben. Die Arbeiterbewegung setzte ihre politische Tätigkeit unter dem Deckmantel sportlicher und kultureller Vereine etc. fort und konnte die Zahl ihrer Mitglieder und Sympathisanten unter dem »Sozialistengesetz« erheblich vergrößern. Ohne den Druck außerstaatlicher Akteure, die schon damals »Antworten« auf die soziale Frage forderten (Verein für Sozialpolitik, die Kirchen beider Konfessionen und die bürgerliche und beginnende proletarische Frauenbewegung) wäre der Sozialstaat freilich überhaupt nicht etabliert worden. Die Angst Bismarcks vor starken Arbeiterzusammenschlüssen geht aus einer Reichstagsrede vom 26.11.1884 klar hervor. Er sagte: »Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe und wenn nicht eine Menge sich vor ihnen fürchtete, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren«. Zur Zeit der Weimarer Republik wurde die Sozialgesetzgebung durch die gesetzlichen Grundlagen für den Abschluss von Tarifverträgen und durch erste gesetzliche Festlegungen der Rechte der ArbeiterInnen in den Betrieben ergänzt.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde es, der gesellschaftspolitischen Konzeption der sozialen Marktwirtschaft entsprechend, notwendig, dass der Staat regulierend eingriff, um die sozial ungerechten Auswirkungen der marktwirtschaftlichen Ordnung, zu begrenzen. Als eine mögliche Ursache für die Notwendigkeit solcher Eingriffe wurde das der Marktwirtschaft zugehörige Leistungsprinzip gesehen, das zur Benachteiligung von leistungsschwachen Bevölkerungsgruppen (z. B. Schwerbehinderten, MigrantInnen, Frauen) führen kann. Die Marktwirtschaft musste deshalb um eine soziale Komponente ergänzt werden. Diese soziale Komponente gerät aufgrund der »Krise« immer mehr in Vergessenheit.

Was heißt Krise?

Krise kommt aus dem griechischen Krisis und heißt soviel wie »Entscheidung« oder »entscheidende Wendung«. Krise bezeichnet meist eine schwierige, gefährliche Lage, also eine Zeit, in der es um Entscheidungen geht. In der Wirtschaftstheorie bezeichnet Krise einen plötzlichen Umschwung der Hochkonjunktur in eine Phase wirtschaftlicher Zusammenbrüche und der Depression. Die meisten Krisentheorien gehen davon aus, dass die Entwicklung der Wirtschaftsprozesse kapitalistischer Gesellschaften wirtschaftlichen Wechsellagen unterliegen. Das heißt, dass nach einem Aufschwung Hochkonjunktur folgt, dann eine Krise, die Depression erzeugt und danach eine Phase der Erholung. Das hieße, man muss lange genug warten, bzw. die »richtigen« »Maßnahmen« auflegen, dann erholt sich der Sozialstaat wieder aus der Krise. Eine Krise ist demnach etwas Vorübergehendes. Fraglich ist, ob der Zustand, indem wir uns befinden, danach als Krise bezeichnet werden kann.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Warum ist der Sozialstaat in der »Krise«?

Seit einigen Jahren ist in der BRD ein Trend zu einer steigenden sozialen Ungleichheit zu registrieren. Die Schere zwischen Einkommen und Erwerbsarbeitsmöglichkeiten klafft immer weiter auseinander. Die Erwerbslosigkeit entwickelt sich immer mehr zur Geißel des Sozialstaates, europaweit. Zunehmend gerät die Armut in ihren Sog. In Deutschland ist diese Entwicklung in den neuen Bundesländern besonders ausgeprägt, zumal zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung die soziale Ungleichheit dort schwächer war, als in der Alt-BRD. Die Zahl der Langzeiterwerbslosen nimmt besonders in den neuen Bundesländern ungeheure Ausmaße an. Erwerbslosigkeit bedeutet für die meisten Menschen nicht nur materielle Not, sondern auch Verlust an kollektiven Erfahrungen, an sozialen Kontakten und gesellschaftlicher Wertschätzung. Das Erwerbslosenproblem, das dringendste Problem unserer Zeit. Davon lenkt eine Sozialstaatsdebatte, die immer wieder den Missbrauch von Sozialleistungen anprangert, und damit den Einzelnen verantwortlich macht, unnützer Kostgänger auf dem Rücken anderer zu sein, ab. Die ursprüngliche Intention des Sozialstaats, den Menschen gerade in den Zeiten von Unsicherheit und Umbrüchen materielle Sicherheit zu geben und sie im Falle der Erwerbslosigkeit vor Armut und Ausgrenzung zu bewahren, wird ganz offensichtlich heute nicht mehr erfüllt. Der Arbeitsmarkt befindet sich in einem desolaten Zustand. Gegenwärtig suchen ca. 7 Mill. Menschen in der BRD bezahlte Arbeit. Von dem berühmten Silberstreifen am arbeitsmarktpolitischen Horizont ist weit und breit nichts zu sehen. Die Systeme der sozialen Sicherung geraten in immer kürzeren zeitlichen Abständen in finanzielle Krisen. Dass mit der Krise der Arbeitsmärkte auch der Sozialstaat immer mehr in Bedrängnis gerät, ist kein Zufall, denn der deutsche Sozialstaat ist in erheblichem Maße umlagenfinanziert. D.h. seine finanzielle Situation hängt in starkem Maße davon ab, wie sich die Einkommen der ArbeitnehmerInnen entwickeln, denn die Finanzierung des Sozialstaats ist wesentlich an den Faktor Arbeit gebunden. Der Anteil der Arbeitgeber erhöht die Lohnnebenkosten, der Anteil der ArbeitnehmerInnen verringert die Nettoarbeitseinkommen. Dem Argument, die Rentenkassen würden deshalb leer, weil die Geburtenraten zurück gehen (Generationsvertrag) muss entgegengehalten werden, dass Kinder nur dann in die Rentenversicherung einbezahlen können, wenn sie im Jugendlichen- und Erwachsenenalter entsprechende Ausbildungen und darauf folgende Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten vorfinden, die ihnen das ermöglichen. Ist das nicht der Fall, werden auch sie dem Sozialstaat zur »Last« fallen.

Es ist die stetig steigende Erwerbslosigkeit, die die Sozialkassen belastet und den Sozialstaat aushöhlt und zwar in doppelter Weise:

Einerseits schrumpft die Beitragsbasis; andererseits steigen die Leistungsverpflichtungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung, der Rentenversicherung (bei Frühverrentung) und der Sozialhilfe. Für 1995 wurden die Gesamtkosten der Erwerbslosigkeit auf 142,5 Milliarden DM beziffert.

Auch der Sozialleistungsbezug knüpft an die Erwerbsarbeit an, denn er hängt von einer vorherigen Erwerbstätigkeit ab und bestimmt sich in der Höhe der Leistungen nach der Höhe des erzielten Einkommens und der Dauer der Erwerbstätigkeit. Je weniger Chancen Menschen zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit bekommen, desto weniger Geld bekommen sie.

Geht der Gesellschaft die Arbeit aus?

»Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Gesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?« Hannah Ahrendt, die dies 1958 bereits geschrieben hat, meinte sicher die existenzsichernd bezahlte Arbeit. Die Verteilung dieser Arbeit und der Einfluss an der Gestaltung der Arbeitsbeziehungen trägt immer mehr zur Spaltung in Arme und Reiche aber auch zur Spaltung zwischen den Geschlechtern bei. Die entscheidende Frage für die Zukunft lautet, ob es genügend existenzsichernde Arbeit gibt und wie sie verteilt und bewertet wird. Die unbezahlten Arbeiten in der Familie und in anderen (Zusammen)lebensformen, bei der Erziehung der Kinder, der Pflege der Alten, Behinderten und Hilfsbedürftigen, die Arbeiten in der Nachbarschaftshilfe, im Gemeinwesen, im sozialen Ehrenamt, die Subsistenzarbeiten gehen der Gesellschaft ganz bestimmt nicht aus.

Wirtschaftswissenschaftler streiten sich zunehmend über die Gründe, die die Misere auf den bezahlten Arbeitsmärkten verursacht hat. Genannt werden vor allem die Internationalisierung der Märkte (Globalisierung), die dazu führt, dass neue und billigere Anbieter auf die Weltmärkte treten. Dadurch werden die Anpassungslasten an die deutsche Wirtschaft erhöht. Internationaler Handel, Kapitalbewegungen und ein rasanter technischer Fortschritt beschleunigen diesen Wandel. Von den privatwirtschaftlichen Akteuren können diese Anpassungsleistungen angeblich nicht getragen werden weil sie (angeblich) über zu wenig Anpassungskapazitäten verfügen. Die Reallöhne seien zu wenig flexibel, die sektorialen, regionalen und qualifikatorischen Lohnstrukturen zu wenig beweglich und der Produktionsfaktor Arbeit nicht mobil genug. Schuld an der Misere seien vor allem der Sozialstaat selbst durch die Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung, die vom Staat garantierte Sozialhilfe, die für wenig qualifizierte Arbeitnehmer keine Anreize schaffe, sich den neuen Gegebenheiten anzupassen und die zentralisierten Tarifverhandlungen, die wettbewerbliche Elemente von den Arbeitsmärkten verbannen würden und zu einer relativ inflexiblen Lohnstruktur führen würden. Beschleunigungspolitisch erfolgreichere Länder (z. B. Holland, Großbritannien), so die Argumentation, verhandeln demgegenüber betriebsnäher und setzen stärker auf Eigenverantwortlichkeit der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die die Anpassungslasten individuell tragen müssen. (Mit)verantwortlich gemacht wird zudem ein verändertes Erwerbsverhalten der Frauen, die immer mehr auf den bezahlten Arbeitsmarkt drängen (West) oder sich dort nicht verdrängen lassen wollen (Ost).

Der Sozialabbau hat also auch Folgen für das Verhältnis zwischen den Geschlechtern

Der im politischen Raum beschlossene Sozialabbau wird geschlechterunabhängig eingeläutet und doch trifft er (viele) Frauen anders als (viele) Männer. Für Frauen sind die Auswirkungen der sozialstaatlichen Kürzungen und die Rücknahme von sozialpolitischen Errungenschaften in aller Regel noch gravierender, als sie das für Männer sind. Denn die Rechtsansprüche, um im sozialen Netz aufgefangen zu werden, setzen meist eine kontinuierliche Berufsarbeit voraus, eine Bedingung, die Frauen mit Familienunterbrechungen in der Berufsbiographie nicht erfüllen. Durch den Sozialabbau werden ohnehin vorhandene geschlechterspezifische Diskriminierungen verschärft.

Fortsetzung Seite 8

Pauschalierung in der Sozialhilfe

Sozialpolitik

Ein Experiment mit neoliberaler Eigenverantwortungsideologie

Arme, erwerbslose und sozialhilfebeziehende Menschen in der Bundesrepublik haben als nicht zu vernachlässigende Gruppe unlängst mit eine neue Regierung gewählt, die unter dem Motto »Soziale Gerechtigkeit« angetreten ist. Nachfolgend Auszüge aus einer Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen zum geplanten § 101a Bundessozialhilfegesetz.

von Cora Molloy, Frankfurt ● Als Dachverband der Selbsthilfeinitiativen Sozialhilfebeziehender möchten wir einer inhaltlichen Stellungnahme zum ersten legislativen Vorhaben dieser neuen Regierung im Sozialhilfebereich vorausschicken, dass wir nicht auf eine Experimentierklausel für neoliberale Eigenverantwortungsideologie, sondern auf ein Signal für die Armen in diesem Land gewartet haben. Die Ökosteuer belastet Armenhaushalte mehr als energieintensive Unternehmen, Steuerentlastungen und Kindergelderhöhung gehen komplett an uns vorbei, im Bündnis für Arbeit wird über unsere Köpfe verhandelt und aus dem Finanzministerium wird schon wieder altbekannt mit dem Säbel gerasselt: Notwendige Einsparungen im Sozialhaushalt! Die Aufbruchsstimmung aus dem letzten Jahr ist einer kollektiven Frustration gewichen, die alle Züge der Folgewirkungen von sozialer Ausgrenzung trägt, die wir auch als Individuen erleben.

Stellungnahme

Verantwortung delegieren

Die Experimentierklausel legt zwar einige überbauliche Grundlagen für die Durchführung von Experimenten fest, delegiert aber die tatsächliche Ausgestaltung der wesentlichen Elemente, wie etwa der Höhe der Pauschalen, an die Länder und in der weiteren Hierarchie an die Kommunen. Einen so existentiellen Teil von gestaltender Sozialpolitik quasi pauschal an 'andere' wegzudelegieren, halten wir nicht für ratsam. Da nun wenig Handfestes in dem neuen Paragraphen steht, fließen in diese Stellungnahme auch Einschätzungen der uns bisher bekannten Pläne und Modelle der Kommunen ein. Für uns als LeistungsbezieherInnen sind die Ausgestaltungsfragen die relevantesten und wir werden sie auch an den ermächtigenden Gesetzgeber stellen, denn wir vertreten die Auffassung, dass sie auch für ihn die relevantesten sein sollten.

Erfahrungen mit Pauschalen

Im Begründungstext werden unter anderen auch die Regelsätze als erprobte Pauschalen mit positiver Wirkung aufgeführt. Wie unzulänglich diese bemessen sind und in welchem Schneckentempo sie sich entwikkeln, bzw. stetig nach fiskalischen Interessen gedeckelt werden, wissen wir schon, dazu bedarf es keiner Experimente. Einmalige Leistungen sind bezüglich Kleidung und Weihnachtsbeihilfe an vielen Orten schon pauschaliert. Die Erfahrungen damit sind einigermaßen positiv, wobei die Differenzspannen in der Republik bei nahezu 100% liegen. Erhöhungen jenseits der Kleidergeldpauschalen zu erringen, ist ohne die Bemühung von Widerspruchsausschüssen und Verwaltungsgerichten nur in den seltensten Fällen möglich.

Einmalige Leistungen

Die Erfahrungen mit der Pauschalierung aller einmaliger Leistungen sind minimal, da uns nur Osnabrück und Ravensburg geläufig sind. (Kiel startet gerade ein vergleichbares Projekt).

Die »Versuchskaninchen« erhalten in Niedersachsen 15% (0-7j. 18%) ihres jeweiligen Regelsatzes monatlich ausbezahlt und damit ist alles, außer dem Winterbrand und Erstausstattung für Wohnung und Babys abgegolten. (Diese kostenintensiven aber Sonderfall-Beihilfen sind zwar zu pauschalieren, aber können natürlich nicht an jeden Bezieher ausbezahlt werden, weil ja nicht jeder Kinder kriegt, mit Kohle heizt oder möbellos ist.)

Würde dieses Modell bezüglich der Höhe der Pauschalen in den ausstehenden Rechtsverordnungen Schule machen, hier zwei Rechenbeispiele:

Nehmen wir die allein stehende Frau in Frankfurt: sie erhielte 253,80 DM im Jahr mehr als ihr jetzt schon Kleidergeld zusteht, zieht man davon noch 136,– DM Weihnachtsbeihilfe ab, bleiben satte 117,80,– DM Dispositionsmasse. Das sollte dann die Risiken von Bedarf an Möbelersatz, Kühlschrank, Fahrten zu besonderen Anlässen u.v.m. abdecken?

Nehmen wir nun eine weibliche Heranwachsende in einem sozialhilfebeziehenden Haushalt zwischen 14 und 18 Jahren alt wiederum in Frankfurt, sie erhielte im Jahr nur 46,60 DM mehr als sie jetzt schon Kleidergeld hat. Bereits ihr Weihnachtsbeihilfeanspruch von 68,– DM setzte sie ins Minus und irgendwelche Ansparsummen für alle anderen einmaligen Bedarfe, z.b. eine Klassenfahrt kämen nicht zusammen.

Das Ravensburger Modell sah gar nur 13 und 14% für Erwachsene, jedoch 17% für Kinder und Jugendliche für den Bereich *Einmalige Beihilfen* vor.

Anhand dieser wenigen Beispiele, die wir bis jetzt aus der Praxis haben, wird ein Trend deutlich: es geht hier nicht um eine 'Modernisierung' des Sozialhilfesystems, wie der Pauschalierungsvorstoß gerne genannt wird, sondern vielmehr um ein Zurückfahren der Anspruchsberechtigung.

Die Kosten der Unterkunft

Eine Pauschalierung der Kosten der Unterkunft ist völlig unakzeptabel. Das »freie« Spiel der Mietspekulation ist im Vergleich zum Preis von Milch und Brot so unberechenbar, dass eine Zuweisung dieses existentiellen Bereichs in die Eigenverantwortung der SozialhilfebezieherInnen schlicht fahrlässig ist. Mieten weisen selbst innerhalb einer Stadt oder eines Kreises erhebliche Spreizungsbreiten auf. Schon jetzt müssen viele aus ihrer vertrauten Umgebung wegziehen, um den Ansprüchen der Ämter gerecht zu werden. Die Lebenssituation von SozialhilfebezieherInnen noch prekärer zu gestalten, in dem die Sicherheit der Mietübernahme wegfällt, wird mehr Wohnungslosigkeit produzieren und mehr Armut in den Familien, die dann Geld für Wohnen und Heizen aus den Regelsätzen oder MBZ transferieren werden.

Bedarfsdeckungsprinzip

In den Modellversuchen Osnabrück und Ravensburg wurde in den Vertragsvereinbarungen der Bezug von einmaligen Beihilfen für die benannten Bedarfe neben den Pauschalbeträgen »grundsätzlich ausgeschlossen«. Dieser schon praktizierte, von den jeweiligen Landesregierungen abgesegnete, grobe Verstoß gegen das Bedarfsdeckungsprinzip und die Tatsache, dass die Bedarfsdeckung weder in Text noch in Begründung des baden-württembergischen Gesetzesentwurfs im Bundesrat auch nur Erwähnung findet, spricht eine deutliche Sprache. Wir schätzen die Unmissverständlichkeit, mit welcher der neue Paragraph 101 a BSHG die Bewilligung von zusätzlichen Beträgen bei Bedarf benennt und einschließt, aber wir trauen den Kommunen bezüglich der Hochhaltung dieses Prinzips keinen Millimeter. Dies ist kein Ausdruck von Paranoia, sondern Resultat jahrzehntelanger Praxiserfahrung mit den SHT. Wir gestehen zu, dass gerade die Geschäftsstelle der BAG-Sozialhilfeinitiativen und die Beratungseinrichtungen der Initiativen vor Ort eine Negativauswahl von Fallbeispielen erfährt, denn zufriedene, fair behandelte HilfebezieherInnen wenden sich nicht an uns. Es ist uns auch wichtig, kein verallgemeinerndes Bild von inkompetenten und geizigen SachbearbeiterInnen zu zeichnen, denn das Problem der fehlenden Aufklärungs-, Beratungs- und Fortbildungskapazitäten in den Ämtern ist kein persönliches, sondern ein strukturelles. Es bleibt jedoch aus der Interpretation der bis jetzt verlautbarten bzw. bereits praktizierten Handhabung von Pauschalierung bei unserer Einschätzung, dass der Gesetzgeber mit dieser Experimentierklausel sowohl das Bedarfsdeckungsprinzip als auch das Individualisierungsprinzip als sozialpolitische Grundsätze (noch?) nicht aufgibt, sie den Ländern und Kommunen praktisch aber zur Aushebelung freigibt.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Kostenneutralität und die Freiwilligkeit

Analog des Koalitionsvertrags zwischen Grünen und SPD beinhaltete noch der Referentenentwurf die »Freiwilligkeit« der Teilnahme am Pauschalierungsexperiment. Die Länder erkannten jedoch, dass sie als Freiwillige nur diejenigen unter den HilfebezieherInnen gewinnen würden könnten, die in der Vergangenheit nahezu keine einmaligen Leistungen beantragt hatten und sich in der Pauschalierung verbessert hätten. Erfahrene HilfebezieherInnen hätten sich tunlichst vom Experiment fern gehalten und weiter über Einzelanträge höhere als die pauschalierten Leistungen beantragt. Das war für die Länder und Kommunen, für die Kostenneutralität als klare Prämisse im Vordergrund der ganzen Aktion steht zu bedrohlich, mit dem Resultat, dass die Freiwilligkeit aus dem verabschiedeten Gesetz herausflog.

Zusammenfassung

Zusammenfassend bewerten wir den neuen § 101a als eine unverantwortliche Ermächtigung der Länder zum Experimentieren mit gedeckelten, aus der restriktiven Ämterpraxis der Kommunen unwissenschaftlich zusammengepfuschten Pauschalen. Wir vermuten, dass es sich bei dem gesamten Unterfangen um einen billigen Feldversuch für die in den Koalitionsvereinbarungen angesprochenen Plänen zu einer Grundsicherung handelt. Eine Grundsicherung, die auf Erfahrungen mit Pauschalen auf niedrigstem Niveau fußt, ist jedoch niveaulos.●

Cora Molloy ist Geschäftsführerin der BAG der Sozialhilfeinitiativen

FORTSETZUNG VON SEITE 7

Denn: auch Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeit, verbunden mit der Einsparung sozialer Infrastruktur zur Erziehung, Versorgung und Pflege, bedeutet für viele Frauen konkret, aus regulären auf geringfügige Arbeitsverhältnisse, und damit ungesicherte und unsichere Arbeitsplätze verwiesen zu werden. Viele werden gar in die »stille Reserve«, ins Ehrenamt, auf Bürgerarbeit, in den (eigenen oder fremden) Haushalt oder in die illegale Schwarzarbeit abgedrängt und sie laufen damit Gefahr, spätestens als Rentenempfängerin ein Leben in Armut und Abhängigkeit zu führen.

Wege aus der Krise

Die Auffassung, dass das Sozialstaatsmodell zwar in der Vergangenheit außerordentlich erfolgreich war, nun aber ausgedient habe, findet quer durch die Parteien und auch bei WissenschaftlerInnen immer größere Zustimmung. »Der Sozialstaat ist ein Auslaufmodell« heißt es immer wieder. Er müsse umgebaut werden, weil er finanziell überfordert sei. Sieht man sich die Vorschläge zum Umbau des Sozialstaates genauer an, so geht es meist um einen Abbau hinsichtlich Leistungsvolumen, Leistungskatalog und Leistungsvoraussetzungen. Das soziale Netz soll mehr oder weniger ausgedünnt werden. Vorrang sollen private Finanzierung, Eigenvorsorge, Subsidirität und Familienhilfe sowie privatwirtschaftliche Sicherungsformen erhalten.

Angesichts wachsender Armut muss der Kernpunkt einer reformierten Sozialpolitik eine andere Arbeitsmarktpolitik sein. Eine Vollbeschäftigung auf der Basis der klassischen Vollerwerbstätigkeit wird nicht mehr herzustellen sein. Auch die Hoffnungen auf noch mehr Wirtschaftswachstum helfen wenig. Wirtschaftswachstum schafft nicht per se bezahlte Arbeitsplätze, das zeigt die Tatsache, dass die Unternehmergewinne ständig steigen, die BRD die höchsten Außenhandelsumsätze hat und die Erwerbslosigkeit dennoch täglich zunimmt. Zudem sind die Grenzen des Wachstums vielfach diskutiert. Die Kehrseite heißt wachsende Naturzerstörung, soziale und gesundheitliche Gefährdungen der Menschen und andere »Modernisierungrisiken«, die die Mitwelt der Menschen betreffen. Aus feministischer Sicht ist die Wiederherstellung der klassischen Vollbeschäftigung ohnehin nicht wünschenswert, denn das »Normalarbeitsverhältnis« gewährleistete bei genauerem Hinsehen - zumindestens in Westdeutschland - auch in der Vergangenheit nur ein geschlechtsspezifisch gebrochenes Recht auf soziale Teilhabe und politische Mitwirkung, weil der größte Teil der Arbeiten nicht mit sozialer Teilhabe also einem Einkommensanspruch verbunden ist und weil Vollbeschäftigung traditionell einen »Haupternährer« und eine Hausfrau oder »Zuverdienerin« bezeichnet. Ein Modell, das auch viele Männer nicht (mehr) als erstrebenswert empfinden.

Obwohl die grundsätzlichen Schwächen eines auf Erwerbsarbeit zentrierten Sozialleistungssystems deutlich wurden, wird es eine Lösung für die Zukunft nur geben, wenn es gelingt, die begrenzt vorhandene existenzsichernd bezahlte Arbeit und die im Überfluss vorhandene unbezahlte Arbeit auf mehr Menschen und auf Menschen beiderlei Geschlechts zu verteilen. Es geht um eine Umverteilung von gesellschaftlich notwendiger und sinnvoller Arbeit und der Verantwortung für die Mit- und Umwelt auf beide Geschlechter durch Arbeitszeitverkürzung im Bereich der Vollzeiterwerbsarbeit (6-Stunden-Tag) und Abbau von Überstunden. »Arbeit« bezeichnet die Sicht auf die Arbeit als Ganzes in ihrer (jetzt) bezahlt und (jetzt) unbezahlt geleisteten Form. Unter sinnvoller Arbeit ist eine Arbeit zu verstehen, die der Erstellung eines gesellschaftlich nützlichen Produktes oder einer solchen Dienstleistung dient, die der Persönlichkeitsentwicklung der Arbeitenden förderlich ist und durch deren Herstellung weder die menschliche Umwelt noch die Mitwelt negativ beeinflusst werden.

Es wird dringend notwendig, über Konzepte jenseits des traditionellen »Normalarbeitstages« nachzudenken, bzw. das »Normalarbeitsverhältnis« neu zu definieren und dann die Systeme der sozialen Versicherungen neu zu überdenken, anstatt sie vorschnell aufzugeben. Solche Konzepte dürfen in keinem Fall weiter auf Kosten der Armen und Ausgegrenzten gehen. Viele Menschen, die durch ihre Erwerbsarbeit ihren Lebensunterhalt nicht selbständig sichern können, und die durch die Löcher im sozialen Netz gefallen sind, haben keine Möglichkeit aus eigener Anstrengung diesen Zustand zu verändern. Dazu bedarf es staatlicher und politischer Lösungen. Und es bedarf qualifizierter sozialer Arbeit. Denn soziale Arbeit ist ein Segment der Sozialpolitik und sie kann auch dazu dienen, die Selbsthilfepotentiale der Hilfebedürftigen zu stützen und zu unterstützen. Auch Ermöglichungsstrukturen für Eigenverantwortung, wie sie von PolitikerInnen aller Couleur immer wieder gefordert wird, brauchen Stützen und Unterstützung. Freilich müssen auch hierfür Ressourcen bereitgestellt werden.●

ARBEITSLOSIGKEIT

Sozialpolitik

– Ein soziales Verteilungsproblem?

Zunächst eine Vorbemerkung: Die folgenden Überlegungen erheben nicht den Anspruch wissenschaftlicher Exaktheit und sie sind nicht frei von Widerspruch und Ironie. Es handelt sich jedoch auch nicht um unbegründete Spekulationen. Wer genaue Daten zu den hier vorgetragenen Gedanken sucht, kann solche leicht in den Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit, in Sozialberichterstattungen und entsprechenden Analysen der Kommunen und Länder finden. Mir geht es hier lediglich darum, eine Sichtweise zu vermitteln, die helfen soll, die Vorurteile über das Wesen der Arbeitslosigkeit etwas zu entzerren. Es gibt nicht die Arbeitslosigkeit – Arbeitslosigkeit hat, je nach Zählweise, 4 bis 6 Millionen verschiedene Gesichter.

von Rolf Pfeiffer

Im Übrigen sehe ich die Situation »der« Arbeitslosen durch eine doppelte Brille – die der eigenen Arbeitslosigkeit und die der durch mich geleisteten Hilfe für Arbeitslose.

Über einen Zeitraum von 20 Monaten habe ich mit weit mehr als hundert Arbeitslosen wiederholte und ausgiebige Beratungsgespräche zur Abklärung ihrer jeweiligen Berufsperspektiven auf dem Arbeitsmarkt geführt. Die Beratungen fanden in einem Sozialamt einer niedersächsischen Großstadt statt. Die Teilnahme an den Beratungsgesprächen war für die Ratsuchenden in jeder Hinsicht freiwillig. Die Arbeitslosen kamen aus unterschiedlichen früheren Tätigkeitsfeldern – manche waren auch Berufsanfänger. Das formale Bildungsspektrum reichte von Analphabeten bis hin zu Promovierten, das Alter von 18 bis 60 Jahren. Manche hatten keine Berufserfahrung, andere hatten über Jahrzehnte einen Beruf ausgeübt. Allen war gemeinsam, dass sie eine für sich passende Tätigkeit suchten und unter bestimmten Voraussetzungen durch die Kommunalverwaltung in Verbindung mit dem Arbeitsamt gefördert wurden.

Gemeinsam war ihnen die Arbeitslosigkeit; die Wünsche, die sie hatten, waren dabei höchst unterschiedlich. Die politische Orientierung der Betroffenen rangierte über das gesamte Spektrum des Denkbaren. Mein anfänglicher Versuch, zumindest einige von ihnen zu einer Gesprächsgruppe zum Umgang mit der Arbeitslosigkeit zusammenzufassen, schlug fehl. Die Gründe waren plausibel: die Leute waren in der Hoffnung auf eine Arbeit gekommen und wollten nicht ihre Arbeitslosigkeit besprechen. Außerdem bestanden zwischen ihnen zu große Qualifikationsunterschiede, zu unterschiedliche private Zufriedenheit und Zukunftshoffnungen. Sie hatten nur wenig Interesse daran, die eigene Arbeitslosigkeit strukturell zu sehen, Einzelkämpfertum herrschte vor. Mein Einwand, dass es sich bei dieser Maßnahme nur um eine in der Regel auf ein Jahr befristete Beschäftigung handelte und deshalb auch im Anschluss Arbeitslosigkeit wahrscheinlich sei, wurde verdrängt und eher als negative Haltung eingeschätzt. Dies zeigte wiederum nur allzu deutlich, wie groß der Wunsch und die Hoffnung auf eine längerfristige Anstellung waren.

Ungefähr 90% der Personen, die im Rahmen dieses Projekts in Beschäftigung vermittelt worden waren, wurden nach Ablauf der Förderungsdauer wieder arbeitslos. Die Maßnahmen dienten also nicht dem individuellen Berufseinstieg, sondern der Umverteilung von der Sozialhilfe über die Hilfe zur Arbeit (18-20 BSHG) in das Arbeitslosengeld bzw. die Arbeitslosenhilfe. Insgesamt kann gesagt werden: Es ging nicht um die Betroffenen, sondern um die Entlastung des kommunalen Haushalts und zudem um einen teuren volkswirtschaftlichen Mummenschanz, durch den keine regulären Beschäftigungsverhältnisse geschaffen wurden.

Auffallend ist, dass sich Arbeitslose nur sehr selten zu ihrer sozialen Situation äußern. Worin liegen die Gründe dafür? Einerseits ist es die Hemmung, sich zur Arbeitslosigkeit zu bekennen oder die Angst als aufmüpfig und unzufrieden zu gelten und hernach noch schlechter eine neue Anstellung zu finden. Andererseits gibt es für den Umgang mit Arbeitslosen Fachkräfte: Arbeitsberater und -vermittler, Sozialarbeiter, Verwaltungsfachkräfte, Soziologen, Statistiker, Psychologen, Politiker. Manche von ihnen setzen sich sehr engagiert für eine Verbesserung der Situation der Arbeitslosen ein. Sie teilen aber nicht die – ihnen nicht zu wünschende – Erfahrung der Arbeitslosigkeit, sondern sind mit Arbeitslosigkeit beruflich befasst. Manchen fehlt trotz politischer Vehemenz das nötige Vermögen, sich in Arbeitslosigkeit einzufühlen. Andere tragen zur Individualisierung der Probleme bei, die sicherlich individuell erlebt werden, aber höchstens peripher durch Einzelpersonen beeinflusst werden können. Die gesellschaftspolitische Situation und die strukturellen Hintergründe werden einfach ausgeblendet. Man verlegt sich auf psychologisches Training und den Glauben individueller Machbarkeit, auf dass man nicht auf die ökonomischen Ursachen schauen muss und insgesamt die Sisyphusarbeit mit der Arbeitslosigkeit kein Ende findet. Solche »nützlichen« Zeitgenossen sehen die ihnen arbeitsmarktpolitisch übertragene Machtposition oft nicht strukturell bedingt, sondern als Ausweis persönlicher Handlungskompetenz. Und nicht wenigen der Helfer entgeht der professionell initiierte Beziehungskonsum, in dem sie durch ihre schablonenhafte Sisyphusarbeit verfangen sind. Sie beschäftigen sich mehr mit Personen und weniger mit der Arbeitslosigkeit. Damit soll nicht infrage gestellt werden, dass Einzelfallhilfen manchmal sinnvoll und erfolgreich sind. Sie ändern jedoch insgesamt nichts an dem Elend mit der Arbeitslosigkeit.

Anders als ihre Helfer fühlen sich Arbeitslose nicht durch Arbeit mit der Gesellschaft verbunden und haben auch keine Kollegialität am Arbeitsplatz. Ein stabiler privater Freundeskreis oder die familiäre Bindung kann zwar die Not etwas lindern, aber längst keine reguläre Arbeit ersetzen. Häufig ist auch das Gegenteil der Fall: Freundschaften und Partnerschaften zerbrechen unter der Bürde der Arbeitslosigkeit – das Beziehungsprofil war nicht auf diese Extremsituation hin ausgelegt. Wer konnte es schon vorher wissen? – Deutlich wird, dass durch das verfügbare Einkommen Freizeitaktivitäten im Freundeskreis und damit auch Sozialmilieus beeinflusst werden.

Arbeitslosigkeit zerstört aber auch in anderer Hinsicht soziale Zusammenhänge. Während die Arbeitslosen durch die Abwesenheit von Arbeit bestimmt sind, üben die Beschäftigten eine verbindende soziale Funktionalität aus. Sie sind sozial eingebunden und haben beispielsweise eine gewerkschaftliche Lobby, die über ein ganz anderes gesellschaftliches Potential verfügt als Arbeitslosenzusammenschlüsse. Der von den Gewerkschaften postulierte Kampf gegen Arbeitslosigkeit ist in praxi als Kampf gegen noch mehr Entlassungen einzuschätzen – er ist vorrangig ein Interessenkampf der noch Arbeitenden. Arbeitslose bleiben stärker auf sich selbst zurückgeworfen und der Umgang mit der Arbeitslosigkeit wird auch gesellschaftspolitisch stärker privatisiert. Das ist nur folgerichtig, weil die Qualifikations- und Tätigkeitsmerkmale der Arbeitslosen in ein weites Spektrum beruflicher Möglichkeiten zerfallen. Arbeitslose können sich nur auf der Basis des Mitgefühls für Fremde, die in einer ähnlichen aber dennoch anderen Situation sind als sie, solidarisieren. Diese Fähigkeit scheint in der Breite jedoch nicht sonderlich ausgeprägt zu sein. Daher kommt es – stark vereinfacht – dazu, dass die Arbeitslosen untereinander – mehr oder minder – unverbunden und hilflos bleiben. Und wenn sie sich zusammentun, bleibt Ihre Allianz eine des Defizits. Außerdem leidet die politische Schlagkraft der Arbeitsloseninitiativen durch permanente Fluktuation; Chancen, Illusionslosigkeit und Selbstzweifel bestehen nebeneinander. Arbeitslose haben, so paradox das auch klingen mag, in der Regel eine stark eingeschränkte Planungs- und Zeitautonomie, weil sie ja nicht wissen, wann und wo sie eine neue Arbeit finden werden.

Das Problem der Arbeitslosigkeit ist immer ein gesellschaftliches, das persönlich erlebt wird. Und weil die Gesellschaft mehr als die Summe der sie konstituierenden sozialen Kreise ist – und weiter, weil diese sozialen Kreise sich aufspalten und neue Koalitionen eingehen, ergeben sich für einzelne Arbeitslose überraschende Chancen oder auch vergebliche Mühen. Die Situation eines arbeitslosen Bauarbeiters ist beispielsweise eine vollkommen andere als die der arbeitslosen Alleinerziehenden Akademikerin. Die Risiken in der zurecht als Risikogesellschaft bezeichneten Gesellschaft sind ungleich verteilt. De facto existiert die integrierte Arbeitsgesellschaft nicht mehr, de jure besteht sie bei den (noch) Arbeitenden fort. Manchmal geht es aus der Sicht der von Arbeitslosigkeit Betroffenen bei der Verteilung von Arbeit wie am Roulette-Tisch zu. Es bleibt für sie undurchsichtig, wie sich der Markt entwickelt und wer hier entlassen oder dort vielleicht noch eingestellt wird.

An das Teilen ihrer Arbeit denken scheinbar nur wenige der (von Arbeitslosigkeit bedrohten) Beschäftigten, und wenn es solche Interessen einmal gibt, dann vorrangig bei den Besserverdienenden oder bei denen, die von der Arbeit anderer profitieren. Selbst die meisten Arbeitslosen würden nicht teilen wollen. Sie wünschen sich einen gut bezahlten Job und keine solidarische Aktion. Man will sich schließlich etwas leisten können.

Arbeitslos wird mann/frau, weil die Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr gebraucht wird oder nicht (weiter) bezahlt werden kann. Mit der Arbeitskraft ist es ebenso wie mit den Waren: Arbeitskräfte werden von Interessengruppen eingekauft. Man will mit Hilfe der Arbeitskraft Ideen verwirklichen – dabei kann es sich um ein materielles Erzeugnis oder eine immaterielle Dienstleistung handeln. Vom Auto bis zur fashionable spirituality ist dabei alles möglich. Die Kunden kaufen und kontrollieren damit ein Angebot von Wertschätzungen, mit denen sie sich verbunden fühlen und wodurch sie sich im sozialen Umfeld in Szene setzen.

Die Dinge, mit denen sich Menschen umgeben, verweisen auf die Bedürfnisse ihrer Nutzer. In einer hoch entwickelten Konsumgesellschaft wie der unsrigen kommt es kaum noch darauf an, die Grundversorgung (Essen, Kleidung, Obdach) zu sicheren, sondern an der Börse mit Nutzerinteressen zu spekulieren. Nicht die Ware zählt, sondern die Stimmung, welche sie bei den Nutzern bewirkt. Doch erst die uniforme Exklusivität befriedigt die narzisstische Distinktion der konsumistischen Kreise mit ihren jeweiligen Warenpräferenzen. Es geht längst nicht mehr um existentielle Notwendigkeiten, sondern um die Erwählung des ersehnten Objekts aus der Reichhaltigkeit des schillernden Angebots. Nicht die Waren sind wichtig, sondern das emotionale Design, welches sie verkörpern und in dem sich der Kundenkreis spiegelt. Man kann sagen, die Waren selbst vergegenwärtigen ein fehlgeleitetes spirituelles Interesse an Gemeinschaft und Geborgenheit, das sich in den Kundenwünschen ausdrückt. Man gehört dazu, man kann sich etwas leisten und wird vielleicht sogar selbst für die Anderen zur Ware.

Die Gemeinschaft der Konsumenten huldigt den Waren, die sich wie pseudoreligiöse Reliquien präsentieren: Die Kathedralen des Konsums, die Kaufpassagen, Malls auf der grünen Wiese werden der Innenarchitektur nach Sakralbauten immer ähnlicher. Die Zurschaustellung – besonders der Luxuswaren – erinnert oft an weihevolles Ambiente. Schreine in dezenten Farben und mystischem Licht offenbaren die Exklusivität der Objekte oder der Kunde schreitet unter halogenkalten Sonnen durch lichthohe Hallen mit buntem Dekor. Chrom und Messing, Marmor und Glas täuschen im Strahlkranz der tausend Reflexionen die Kundschaft mit den Surrogaten des Sakralen. Nicht das Konsumgut an sich, sondern die prekäre Gemeinschaft der Kaufsüchtigen stiftet kurzfristig Trost bei Identitätszweifeln und gibt vor, Sinnfragen zu befriedigen. Dies freilich um den Preis permanenten Konsums. Nicht Waren, sondern die damit vermittelten Gefühle sollen gekauft werden – der Konsum als Psychotherapie- oder Religionsersatz.

Diese Interessenströmung wird zur Option auf vielfältige Erfindungen, die noch folgen werden, wenn das heute Neue längst auf den Müllhalden der Zukunft zur einträglichen Rohstoffressource geworden ist – man braucht die Metalle nicht länger aus der Erde zu gewinnen, man hat sie auf dem Schrottplatz parat. An den ökologischen Schaden nicht denkend, begeistert die Transformation der Stoffe die Neugierde der Konsumenten stets aufs Neue. – Hoffentlich bricht der Konsum nicht weg, das würde nämlich noch mehr Arbeitsplätze kosten. Wohl dem, der schon alles hat und weiter kaufen kann!

Die Arbeitslosen gehören in der Regel nicht zu dieser »glücklichen« Kaste. Sie sind – vorausgesetzt sie sind nicht auch ohne Arbeit begütert – auch als Konsumenten stark eingeschränkt. So verlieren sie den Anschluss an die fraglich schöne Welt des Konsums und die Habenden beugen sich, ihren Wohlstand zelebrierend, mit ihren Almosen zu ihnen herab. Kein Wunder, dass viele Arbeitslose genauso – wenn nicht sogar noch mehr – verschuldet sind, wie viele Arbeitende auch – selbst der Staatshaushalt demonstriert dieses Problem. Die konsumorientierte Bedürfnisstruktur ändert sich gewiss nicht durch Arbeitslosigkeit, bei kompensatorischem Konsum ist eher das Gegenteil anzunehmen. Der Konsummensch braucht den Konsum, denn die Waren versichern ihn seines Seins.

Indes ist es ein Problem für die Mehrheit der Arbeitslosen, dass sie auf Hilfen angewiesen sind, die sie nicht wirklich brauchen und möchten, weil sie arbeiten könnten und keine Bittsteller sein wollen. Arbeitslosigkeit verletzt die Menschenwürde. Und niemand hätte die Grobheit, zu sagen, dass es den Übriggebliebenen besser ginge, wenn es keine Arbeitslosen gäbe. Deshalb lässt man sich das soziale Netz noch etwas kosten, anstatt gegenseitige Hilfen zu entwickeln.

Gegenseitige Hilfe würde bedeuten, dass die Arbeit gerecht aufgeteilt werden müsste, wodurch im Gegenzug die Konsumchancen gerechter verteilt würden, allerdings bei den noch Arbeitenden dann reduziert würden und deshalb auf ihre Sozialverträglichkeit hin überprüft werden müssten. Durch so eine Umverteilung / Zurückverteilung könnten vermutlich keine größeren Umsätze erreicht werden. Deshalb haben die Warenproduzenten kein Interesse daran. Ihnen ist es egal, wer die Waren konsumiert, solange die Kasse stimmt.

Den Zugriff auf die Warenstruktur durch die Umverteilung der verfügbaren Arbeit insgesamt zu verändern ist ohnehin wenig realistisch, zumal nicht jede/r jede Arbeit machen kann und will. Es sind jedoch Teilzeit- und Rotationssysteme zwischen Arbeitnehmern und befristet Freigestellten denkbar, die sozialverträglich abgesichert sein müssten – von Fragen der Lohngerechtigkeit noch gar nicht zu sprechen.

Immer offenbarer wird dagegen die weitere Spaltung und Polarisierung in gesellschaftliche Gewinner und Verlierer. Eine Wirtschaftsordnung, die nur auf die Starken setzt, erzeugt die Schwachen, die sie braucht. Deshalb wollen auch die meisten Arbeitslosen rein in das herkömmliche System, das sie ausgegrenzt hat – diese Haltung nützt unterdessen den Arbeitslosen selbst am wenigsten. Und jene, die Alternativen ersinnen und einen solidarischen Markt der Armen initiieren wollen, sind den Modernisierungsgewinnern auch nicht ganz unrecht – schließlich gehört der Appell an die Selbsthilfekräfte zur neoliberalen Rhetorik.

Was als Selbsthilfe beginnt, kann in einen sich verhärtenden zweiten Markt und auch zu einem zweitrangigen Arbeitsmarkt führen – das ein weiteres Mal nicht ganz freiwillig. Weniger ist fraglos besser als nichts, weil es doch nicht nur um den Konsum, sondern schließlich um die Sinnhaftigkeit der geleisteten Arbeit gehen soll. Was aber wird geschehen, wenn auch die letzten Nischen gefüllt sind und sich an der konsumistischen Grundhaltung in der Arbeitsgesellschaft nichts ändert? Was bleibt übrig, wenn das Mitgefühl fehlt?●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

VERSUCH EINER ANALYSE (TEIL 1)

Warum stößt der Sozialstaat an seine Grenzen?

»Die deutsche Wirtschaft steht am Scheideweg. Wenn es nicht endlich gelingt, das Steuer umzulegen und unserer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik eine entscheidende Wendung zu geben, dann ist der Niedergang der deutschen Wirtschaft besiegelt...«

Von Helmut Creutz, Aachen

Dieses Zitat könnte aus unseren Tagen stammen. In Wirklichkeit aber steht es in einer Denkschrift des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vom 2. Dezember 1929! – Besonders dieses Datum sollte uns zu denken geben. Denn wenn es zwischen dieser Aussage vor siebzig Jahren und heute eine Parallele gibt, gilt diese auch für das, was diesem Datum folgte. Und das war bekanntlich nicht nur ein Niedergang der deutschen Wirtschaft und damit verbunden eine soziale Katastrophe mit sechs Millionen Menschen ohne Arbeit und Brot. Vielmehr war es auch das Ende jenes ersten Versuchs, in unserem Land eine Demokratie zu praktizieren. Und was danach kam, ist hoffentlich noch in Erinnerung.

Gibt es tatsächlich Entwicklungen aus jener Zeit, die sich mit denen in unserer heutigen Wirtschaft vergleichen lassen? Einer Wirtschaft, die doch mit dem Begriff Soziale Marktwirtschaft gekennzeichnet ist? Können sich überhaupt in einem Gemeinwesen, das sich – wie die deutsche Bundesrepublik – als Sozialstaat bezeichnet, vergleichbare Gefahren entwickeln?

Was hat es mit den Begriffen Sozialstaat und Soziale Marktwirtschaft eigentlich auf sich?

Der Begriff *Soziale Marktwirtschaft* suggeriert, dass die Wirtschaft aus sich heraus bereits soziale Spannungen verhindert und evtl. entstehende selbsttätig reguliert. Dabei läßt sich dieser Begriff nur schwerlich mit jenem zweiten bei uns geläufigen und genauso oft benutzten Etikett verbinden, nämlich jenem von der *Freien Marktwirtschaft*. Überprüft man beide Begriffe, so stellt man fest, dass wir in Wirklichkeit weder das eine noch das andere hatten: Eine freie Marktwirtschaft gab es nicht, weil sich der Staat von Anfang an und sogar in zunehmenden Maße direkt in das Wirtschaftsgeschehen eingemischt hat. Eine soziale Marktwirtschaft gab es nicht, weil eine Marktwirtschaft an sich gar nicht sozial, sondern allenfalls tauschgerecht sein kann. Selbst dazu aber fehlte es bei uns an ausreichenden staatlichen Rahmenordnungen, z.B. an wirksamen Kartell- und Monopolgesetzen, die inzwischen sogar von einem Staat, der im Zuge wachsender Etatengpässe und Verschuldungen immer erpreßbarer wird, selbst eingeschränkt und außer Kraft gesetzt werden. Vor allem aber fehlte es an entsprechend klaren Rahmenordnungen in den grundlegenden Bereichen allen Wirtschaftens, nämlich in der Geld- und Bodenordnung. Ohne diese für den sozialen Frieden erforderlichen Rahmenordnungen aber bleibt sowohl ein wirklich freies wie soziales Gemeinwesen auf Dauer eine Fiktion, so ernst es auch von den Politikern der ersten Stunde gemeint gewesen sein mag.

Was versteht man heute unter Sozialstaat?

Für den Normalbürger ist ein Sozialstaat sicherlich in erster Linie ein Gebilde, das für Arbeit sorgt, ihn vor allen Nöten schützt und ihm auch ansonsten helfend unter die Arme greift, vor allem im Alter und Krankheitsfall.

Diese Art Sozialstaat, der die Risiken des Bürgers durch gesetzlich festgelegte Hilfen auffängt, hat bei uns über mehrere Jahrzehnte fast problemlos funktioniert, zumindest solange ein ausreichend hohes Wirtschaftswachstum ständig steigende Steuern und Sozialabgaben in die öffentlichen Kassen spülte. Das gilt auch für die Altersrente auf Umlagebasis, den sogenannten Generationenvertrag, der in den 50er Jahren neu geschaffen wurde, weil der NS-Staat, zusammen mit der Währung, alle Ersparnisse und Altersabsicherungen vernichtet hatte.

Warum aber kommt dieser Sozialstaat heute in Schwierigkeiten und aufgrund der Schwierigkeiten ins Gerede? Warum spricht man bereits von der Unbezahlbarkeit des Sozialstaats und beruft sogar sein Ende? Wie kommt es überhaupt dazu, dass sich unser Staat vor 40 Jahren die Einrichtung der genannten sozialen Sicherungen erlauben konnte, diese heute aber, trotz vielmals größeren Reichtums, nicht mehr finanzieren kann? Oder wie läßt sich erklären, dass unsere Städte und Gemeinden vor Jahrzehnten Schulen, Schwimmhallen, Bibliotheken Theater und Sozialeinrichtungen problemlos schaffen und betreiben konnten, diese Einrichtungen inzwischen jedoch – bei mehrfach höherer Wirtschaftsleistung und trotz des Verkaufs ihres Tafelsilbers – nur noch unter Mühen aufrechterhalten können?

Vordergründig bieten sich hierfür mehrere Erklärungen an:

- Die Einnahmen des Staates sind gemessen an der Wirtschaftsleistung zurückgeblieben.
- Die vom Staat zu tragenden sozialen Lasten sind rascher gestiegen als der dafür vorhandene finanzielle Spielraum.
- Die zunehmende Arbeitslosigkeit wirft alle Etatplanungen über den Haufen.
- Die Verschuldung des Staates und damit der daraus resultierende Schuldendienst führen den Staat in zunehmende Schwierigkeiten.
- Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten hat die öffentliche Leistungsfähigkeit überfordert.

Im folgenden sollen diese Erklärungsmuster der Reihe nach auf ihre Stichhaltigkeit überprüft werden.

Waren die Staatseinnahmen zu niedrig?

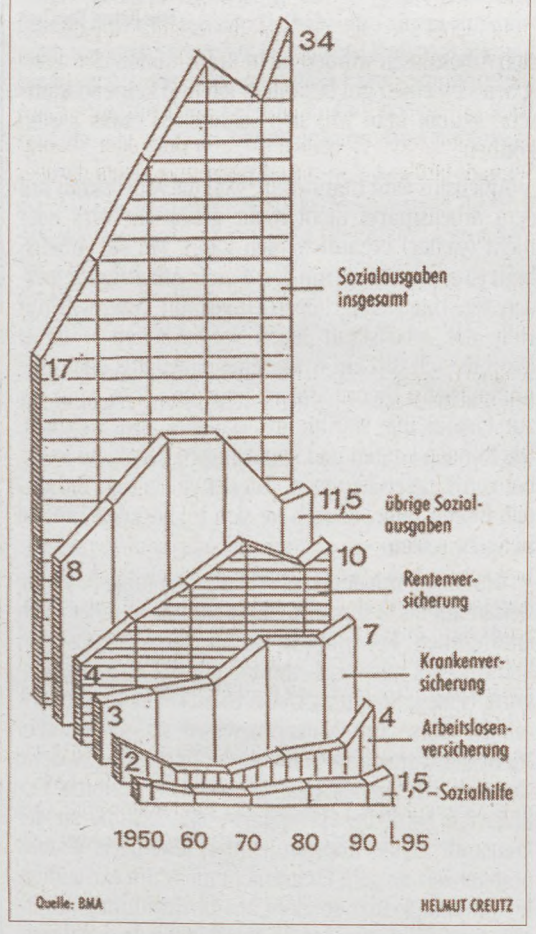
Maßstab für alle Anspruchsrechte und -zuteilungen in einer Gesellschaft ist die volkswirtschaftliche Leistung. Diese volkswirtschaftliche Leistung – das Sozialprodukt – ist in Deutschland nominell von 98 Mrd.. DM 1950 auf 3446 Mrd.. DM 1995 angestiegen, also auf das 35fache. Die Einnahmen der gesamten öffentlichen Haushalte (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) nahmen in der gleichen Zeit jedoch von 36,5 Mrd.. auf 1.738 Mrd.. zu, also auf fast das 48fache und damit um ein gutes Drittel mehr!

Diese Überentwicklung spiegelt sich auch in der sogenannten Staatsquote wider, also dem Anteil der Staatseinnahmen ausgedrückt in Prozenten des Sozialprodukts. Während diese Staatsquote in den 50er Jahren noch bei 37% lag, erreichte sie in den 70er Jahren bereits 46 und in den 90er Jahren 50%. Das aber bedeutet: Die Probleme unseres Sozialstaates lassen sich mit unzureichenden oder gar rückläufigen Staatseinnahmen nicht erklären.

Resultiert das Problem aus zu rasch gestiegenen sozialen Kosten?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir das Sozialbudget des Staates unter die Lupe nehmen, vor allem die Gesamtheit aller Sozialausgaben. In Mrd. DM ausgedrückt ergibt sich hier eine Steigerung von knapp 17 Mrd. 1950 auf 1.179 Mrd. 1995, also auf das 69fache. Damit nahmen die Ansprüche an den Sozialstaat bzw. dessen Ausgaben in diesem Sektor also noch rascher zu als die öffentlichen Einnahmen, gemessen an der Entwicklung der Wirtschaftsleistung sogar doppelt so rasch. Diese Überentwicklung des Sozialbudgets geht auch aus der Darstellung 1 hervor, in der die Entwicklungen der gesamten Sozialleistungen wie die der wichtigsten Einzelposten in Prozenten des Sozialprodukts wiedergegeben sind.

Darstellung 1:
Entwicklung des Sozialbudgets und seiner Teile
1950 - 1995, in % des BSP

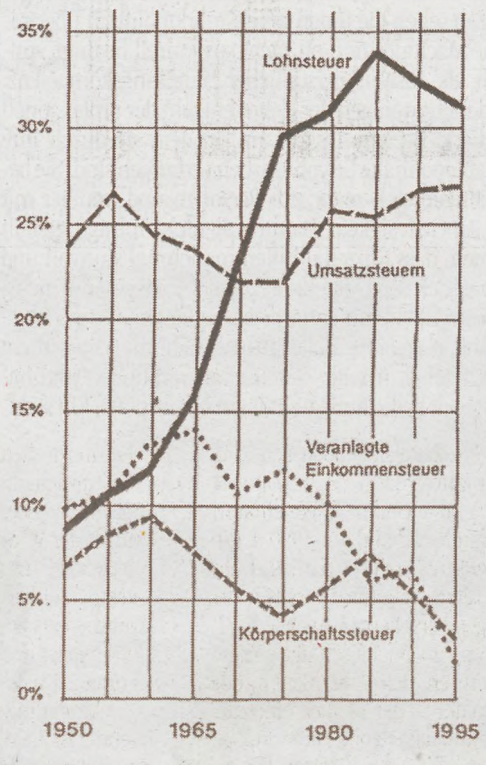


Quelle: BMA HELMUT CREUTZ

Wie aus der Darstellung ersichtlich, hat sich der gesamte Sozialetat von 1950 bis 1995 von 17 auf 34% des BSP verdoppelt. Das heißt, aus unserem Sozialprodukt wenden wir heute, gemessen an unserer Wirtschaftsleistung, zweimal soviel für soziale Zwecke auf wie Anfang der 50er Jahre, als die soziale Not unvergleichlich größer war. Dabei fand – wie die Grafik zeigt – die entscheidende Überentwicklung bereits in den ersten drei Jahrzehnten unserer Wirtschaftsepoche statt. In den 80er Jahren kam es sogar zu einem deutlichen Rückgang, der ab 1990 erneut in einen steilen Anstieg überging.

Betrachtet man jetzt die Entwicklungen der wesentlichsten Einzelposten, dann fallen zuerst einmal die relativ geringen Aufwendungen für die Sozialhilfe ins Auge. Gemessen am Sozialprodukt lagen diese 1950 bei 1%, fielen bis 1960 sogar auf 0,5% zurück, um bis 1995 auf 1,5% anzusteigen.

Darstellung 2:
Langfristige Entwicklungen wesentlicher Steuern in Prozenten der gesamten Steuereinnahmen
1950-1995, ab 1990 Gesamtdeutschland



Quelle: Sachverständigen-Gutachten HELMUT CREUTZ

Einen ähnlichen jedoch deutlich ausgeprägteren Verlauf nahmen die Ausgaben für den zweiten eingetragenen Posten der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsförderung. Sie fielen von anfangs 2% sogar auf 0,5% zurück, um dann bis 1980 wieder auf 2 und in den 90er Jahren auf 4% hochzuschießen. Diese Schwankungen der Aufwendungen spiegeln praktisch die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in unserem Land wider.

Der drittgrößte Einzelposten, die Ausgaben für die gesetzliche Krankenversicherung, stieg in den 45 Jahren fast kontinuierlich von rund 3 auf 7 Prozent der Wirtschaftsleistung an, beschleunigt jeweils in den 70er und 90er und bei Stagnation in den 80er Jahren.

Bei dem viertgrößten Posten, den Kosten für die Rentenversicherung, zeichnet sich dagegen in den ersten drei Jahrzehnten – ähnlich wie beim Gesamtbudget – ein steiler Anstieg ab. Nach einem Rückgang in den 80er Jahren erreichten die Rentenaufwendungen 1995 mit 10% lediglich wieder die Marke des Jahres 1980.

In der fünften eingetragenen Entwicklung sind dann die restlichen Posten des Sozialbudgets zusammengefaßt. Dazu gehören z.B. die Ausgaben für die Unfallversicherung, Wohn-, Kinder- und Erziehungsgeld, Beamtenpensionen, Alterhilfe für Landwirte usw. Wie ersichtlich, nahmen diese übrigen Ausgaben nur in den beiden ersten Jahrzehnten von 8 auf 14% zu und stagnierten in den 70er Jahren. Von 1980 bis 1990 fielen sie sogar auf 11% zurück, um bis 1995 erneut geringfügig anzusteigen.

Zweifellos ist der deutliche Anstieg des gesamten Sozialbudgets wie der Einzelposten in den 90er Jahren weitgehend auf die vereinigungsbedingten Zusatzleistungen zurückzuführen. Das gilt besonders für den Auftrieb bei der Arbeitslosenversicherung. Die entscheidenden 'Sünden' jedoch, die zu der übermäßigen Belastung des Sozialstaats führten, sind bereits in den ersten drei Jahrzehnten unserer Wirtschaftsperiode begangen worden. Hätte man also in diesen ersten Jahrzehnten die Zunahme der Sozialaufwendungen in etwa den wirtschaftlichen Entwicklungen angepaßt oder wenigstens den allgemeinen Staatseinnahmen, wären die zusätzlichen vereinigungsbedingten Kosten relativ leicht zu verkraften gewesen. Auch wenn die in den 80er Jahren durchgesetzte Reduzierung der Sozialausgaben verständlicherweise zu vielfältigen Protesten führte, muß sie im Hinblick auf die Vereinigung fast als Glücksfall angesehen werden.

Wurden die Problementwicklungen im Sozialbereich von der Steuergestaltung beeinflußt?

Wie dargelegt, hat der Staat seine Einnahmen langfristig deutlich über die Wirtschaftsentwicklung hinaus steigern können. Selbst von 1990 bis 1995, also über die Wende hinweg, nahmen die Staatseinnahmen nominell um 60% zu, während die Wirtschaftsleistung um 50% anstieg, Dass trotz dieser laufenden Einnahmensteigerungen die sozialen Probleme zugenommen haben, hängt – neben den bereits genannten Gründen – sicher auch mit der Gestaltung der Steuern zusammen. Das geht aus der Darstellung 2 hervor, in der die wichtigsten Einzelsteuern mit ihren prozentualen Anteilen am gesamten Steueraufkommen von 1950 bis 1995 wiedergegeben sind.

Hier springt vor allem die Entwicklung der Lohnsteuer ins Auge. Ihr Anteil am gesamten Steueraufkommen eskalierte von 9% 1950 auf 34% im Jahr 1985 und damit fast auf das Vierfache! Der anschließende relative leichte Rückgang bis 1995 auf 31% dürfte mit der Steuersenkung Ende der 80er und dem ab 1991 einsetzenden Rückgang der Beschäftigtenzahlen zusammenhängen.

Die ebenfalls eingetragene Entwicklung der Umsatzsteuern zeigt dagegen langfristig eine in etwa gleichbleibende Größe, schwankend um 25% des Steueraufkommens. Doch auch diese Umsatzsteuern werden überwiegend von jener Bevölkerungsgruppe getragen, die mit der Lohnsteuer bereits überproportional zur Kasse gebeten wird!

Die beiden anderen eingetragenen Einkommensteuern, nämlich die veranlagte Einkommensteuer, die überwiegend von den selbständig Beschäftigten aufzubringen ist, und die Körperschaftssteuer, die sich auf die Einkommen der Unternehmen bzw. Kapitalgesellschaften bezieht, stiegen nur in den ersten zehn Jahren in etwa mit der Lohnsteuer an, um danach tendenziell zurückzufallen. Besonders groß war dabei der Rückgang der veranlagten Einkommensteuer in den letzten 30 Jahren von 14 auf 2%!

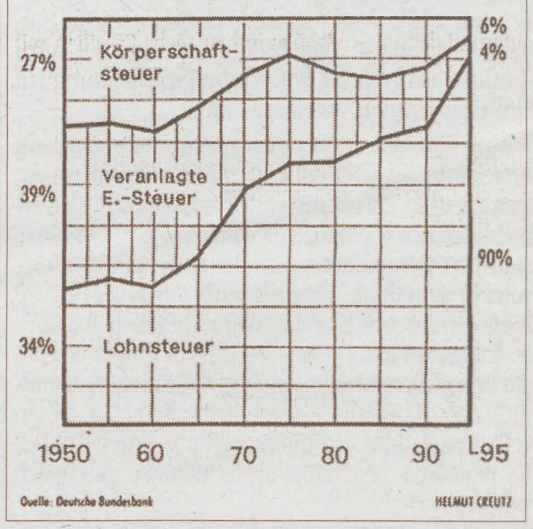
Wie extrem sich das Aufkommen aus diesen drei einkommensbezogenen Steuern gegeneinander verschoben hat, geht noch deutlicher aus der Darstellung 3 hervor. In ihr sind diese Steuern jeweils mit ihren Anteilen an dem gemeinsamen Aufkommen wiedergegeben, ebenfalls für den Zeitraum 1950 bis 1995.

Während bis 1960 alle drei Steuerarten noch in etwa gleichgewichtige Erträge erbrachten, bestritt die Lohnsteuer 1975 bereits 65 und 1995 sogar 90% des gemeinsamen Aufkommens! Oder anders gesehen: Während im ersten Jahrzehnt die Körperschafts- und veranlagte Einkommensteuer noch 66% der Gesamtlast übernahmen, ist ihr gemeinsamer Anteil bis 1995 auf 10% geschrumpft! Die veranlagte Einkommensteuer ging dabei sogar von 39 auf 4% des Aufkommens zurück und damit fast auf ein Zehntel ihrer Ausgangsbeteiligung.

Wie läßt sich diese Entwicklung erklären?

Die inzwischen riesige Differenz zwischen dem Aufkommen aus der Lohn- und der veranlagten Einkommensteuer ist zu einem erheblichen Teil auf die gegenläufigen Verschiebungen der Beschäftigtenzahlen in beiden Steuerzahlergruppen zurückzuführen. So nahm die Zahl der Selbständigen – einschl. der mitarbeitenden Familienangehörigen – in den 45 Jahren von 6,4 auf 3,7 Millionen ab, während die Zahl der unselbständig Beschäftigten – verstärkt noch durch die Vereinigung – von 14 auf 31 Millionen anstieg.

Darstellung 3:
Struktur der wichtigsten Einkommensteuern
prozentuale Aufteilung



Quelle: Deutsche Bundesbank HELMUT CREUTZ

Ebenso entscheidend dürften jedoch die Verschiebungen der pro-Kopf-bezogenen Steuerleistungen in beiden Gruppen für die Verteilungsdiskrepanzen sein, auch wenn eine solche Umrechnung im Bereich der veranlagten Einkommensteuer aus verschiedenen Gründen etwas fragwürdig ist. Denn einmal sind auch viele Arbeitnehmer einkommensteuerpflichtig, vor allem solche mit Nebeneinnahmen aus Vermietung und Verpachtung. Zum anderen werden seit einigen Jahren beim Lohnsteuer-Jahresausgleich die Rückzahungen an die Arbeitnehmer aus dem Topf der veranlagten Einkommensteuer geleistet. Rechnet man trotz dieser Vorbehalte die gezahlten Steuern auf die jeweiligen Beschäftigtenzahlen um, so entfie-

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 10

len bespielsweise 1950 auf jeden Arbeitnehmer rund 130 DM Einkommensteuern und auf jeden Selbständigen rund 350 DM. 1995 aber lagen die entsprechenden Leistungen je Arbeitnehmer bei 9.100 DM, je Selbständigen jedoch rechnerisch bei nur 3.600 DM. Das heißt, die steuerlichen Pro-Kopf-Belastungen haben sich tendentiell umgekehrt, und das vor dem Hintergrund eines deutlich steileren Anstiegs der Selbständigen-Einkommen!

Sucht man für diese Tendenz wiederum eine Erklärung, dann bieten sich dafür als erstes die unterschiedlichen Steuereinzugsverfahren an. Während bekanntlich alle Arbeitnehmer mit jeder verdienten Mark unausweichlich direkt zur Kasse gebeten werden, verfügen die Selbständigen bzw. Höherverdienden, ähnlich wie die Körperschaften, über einen ständig gewachsenen Steuergestaltungsspielraum. Mit legalen, halblegalen und zunehmend auch illegalen Mitteln (man denke nur an die Steuerflucht nach Luxemburg und anderswo) sind sie in der Lage, das zu versteuernde Einkommen auf oft geringfügige Beträge herunterzurechnen bzw. sich sogar ganz den Zahlungen zu entziehen. Der immer wieder als Schreckgespenst angeführte Spitzensteuersatz von 53 Prozent, der angeblich den Standort Deutschland so gefährdet, hat mit der Wirklichkeit also nur wenig zu tun.

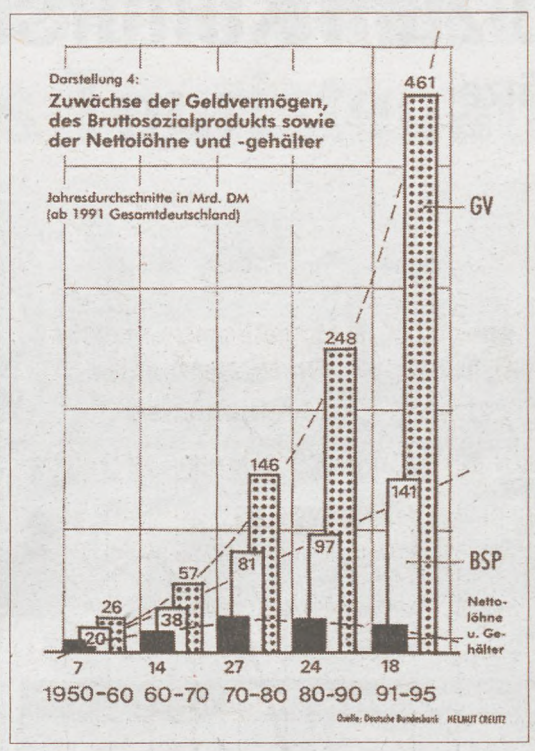
Es kommt aber nicht nur zur Vermeidung von Steuerzahlungen im Bereich der veranlagten Einkommensteuern, sondern inzwischen in einem immer größeren Ausmaß sogar zu Steuerrückerstattungen. Und das trifft selbst auf Einkommensmillionäre zu! So berichtete »DIE WOCHE« am 17. Oktober 1997 aus dem Millionärs-Domizil Bad Homburg, dass die Zahl derjenigen zunimmt, die laut Aussage des dortigen Finanzamtleiters »siebenstellige Einkünfte einfach 'weggestalten' – vor allem durch Investitionen in Ost-Immobilien«. Und während dieses Finanzamt in seinem bisher besten Jahr, nämlich 1990, noch fast 440 Millionen DM einnahm, standen 1996 Einnahmen von nur noch 196 Millionen 219 Millionen Steuerabzüge bzw. Rückerstattungen gegenüber, so dass per saldo ein Verlust zu verzeichnen war! Selbst die Bundesbank bestätigt diese Entwicklungen in ihrem Monatsbericht 8/97 auf Seite 97: »Die Erstattungen sind inzwischen schon fast so hoch wie die Steuereingänge, was hauptsächlich der weiterhin starken Inanspruchnahme steuerlicher Gestaltungsmöglichkeiten zuzuschreiben sein dürfte.« Wie fragwürdig diese Abschreibungsmöglichkeiten letztlich waren, zeigt sich nicht nur an den leerstehenden Wohn- und Gewerbeobjekten in den neuen Ländern, sondern auch daran, dass auf diese Weise kaum irgendwo die erhoffte Wirtschaftsbelebung zustande kam.

Es bedarf kaum näherer Erklärungen, dass mit den beschriebenen Verschiebungen im Bereich der Steuern nicht nur die sozialen Spannungen zunehmen müssen, sondern – aufgrund der sinkenden Massen-Kaufkraft – auch die negativen Auswirkungen auf das Marktgeschehen. Vor allem wenn man bedenkt, dass die Nachfrage jener Einkommensgruppen, die ihre Steuern gestalten können, weitgehend befriedigt ist. Die sich auf dieser Seite ansammelnden Kaufkraft-Überschüsse können dann nur noch (sofern sie nicht in die Spekulation verschwinden) über zusätzliche Kredite in den Kreislauf zurückgeführt werden. Jede Ausweitung der Verschuldung und Zinsströme aber verschärft die bereits bestehenden Ungleichgewichte. Wie sehr sich die Bedingungen langfristig zu ungunsten der Arbeitnehmer verschoben haben, zeigt sich auch an den Gesamtabzügen von den Bruttolöhnen und -gehältern. Während diese 1950 erst bei 14% lagen, sind sie inzwischen auf 34% angestiegen! Zwar ergeben sich auf diese Weise für den Staat sichere weil so gut wie gar nicht manipulierbare Mehreinnahmen. Gleichzeitig wachsen aber auch seine Zahlungsverpflichtungen, da aufgrund der hohen Abzüge immer mehr Familien mit ihrem sinkenden Nettoeinkommen auf staatliche Zuwendungen angewiesen sind.

Welche Zusammenhänge gibt es zwischen den Sozialproblemen und dem monetären Bereich?

Während sich die Staatseinnahmen von 1950 bis 1995 fast um die Hälfte rascher und das Sozialbudget doppelt so rasch entwickelten wie die Wirtschaftsleistung, nahmen die Geldvermögen und Schulden sogar viermal so rasch zu. Als Folge kommen heute auf jede Mark Sozialprodukt bereits über 2,50 Mark Geldvermögen bzw. Schulden, während es 1950 erst 60 Pfennig waren!

Da im Gleichschritt mit den Geldvermögen und den Schulden jedoch auch die Zinsströme übermäßig steigen und diese Zinsströme immer von der Arbeit zum Besitz fließen, sind entsprechend zunehmende soziale Umverteilungsfolgen unvermeidbar. Dabei kommt es bei der überwiegenden Mehrheit der Haushalte per saldo zu Einkommensabflüssen, denen bei einer Minderheit per saldo entsprechend hohe und konzentrierte Einkommenszugewinne gegenüberstehen. Dies schlägt sich auch in der Zusammensetzung der verfügbaren Einkommen der Haushalte nieder. So ist z.B. der Anteil der Nettolöhne und -gehälter innerhalb dieser Einkommen von 1978 bis 1994 von 54 auf 45% zurückgegangen, während der Anteil der Vermögenseinkommen und privaten Entnahmen aus Unternehmen von 23 auf 33% zunahm. Der restliche Einkommensanteil, aus dem staatlichen Sozialbudget stammend, blieb dagegen mit 23 bzw. 22% in diesen 16 Jahren konstant. Diese Verschiebungen zeichnen sich auch ab,



wenn man die jährlichen Zuwachsraten des Sozialprodukts mit jenen der Nettolöhne und der Geldvermögen vergleicht, wie in der Darstellung 4 geschehen.

Wie daraus zu entnehmen ist, lag die Zunahme der Geldvermögen in den ersten beiden Jahrzehnten noch nahe bei jener der Wirtschaftsleistung. In den 80er Jahren erreichte sie jedoch bereits das 2,5fache und in den 90er Jahren das 3,3fache. Umgekehrt fiel die Zuwachsrate der Arbeitnehmer-Nettoeinkommen bereits in den 80er Jahren leicht und seit 1990 deutlich gegenüber der Wirtschaftsentwicklung zurück. Dabei ist zu beachten, dass die Verzinsung für das eskalierende Geldvermögen überwiegend erst beim Ausgeben der Nettoeinkommen als Belastung zu Buche schlägt, versteckt in allen Preisen und Gebühren. Das heißt: nicht nur die Entwicklungen im Bereich der Steuern haben eine zunehmende Umverteilung von unten nach oben bewirkt. Noch gravierender ist diejenige, die von den Zinstransfers ausgeht. Rechnet man die gesamten Schuldenzinsen einmal auf die verfügbaren Einkommen um, dann sind diese Zinstransfers, die 1950 noch bei 6% gelegen haben, inzwischen auf 23% angestiegen.

Erfreulicherweise werden diese Umschichtungen neuerdings auch von den Gewerkschaften thematisiert. So hat nach einem Bericht des Berliner Tagesspiegel vom 17.9.97 die stellvertretende Vorsitzende des DGB, *Ursula Engelen-Kefer*, darauf hingewiesen, dass die Hälfte der in Deutschland anfallenden Zinsen und Dividenden einer Minderheit aller Haushalte zugute kommt. Und wörtlich: »Das Einkommen dieser fünf Prozent nur aus Zinsen und Dividenden ist damit vier-bis fünfmal so hoch, wie insgesamt für Sozialhilfeempfänger aufgewendet werden muß«. Deshalb müsse die Zweiteilungsentwicklung der Gesellschaft gestoppt werden, auch um Fremdenfeindlichkeit, Rechtsradikalismus und Wahlmüdigkeit entgegenzuwirken.

Und die Folgen dieser Umverteilung?

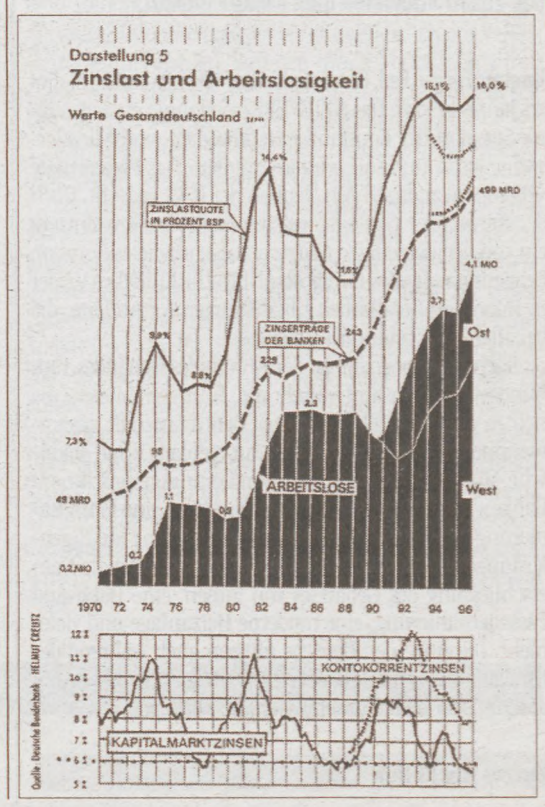
Welche Problematik mit solchen Zinstransfers verbunden sind, zeigt sich z.B. bei der Staatsverschuldung, zu deren Bedienung inzwischen fast 140 Milliarden Mark aus den Steuereinnahmen der Gesamtheit in die Taschen der Geldvermögensbesitzer fließen. In den 70er Jahren mußte man diese Schuldenzinsen im Etat des Bundes noch unter 'ferner liefen' suchen, in den 80er Jahren waren sie bereits der drittgrößte Ausgabenposten und inzwischen haben sie die Verteidigungsausgaben nicht nur vom zweiten Platz verdrängt, sondern fast schon deren doppelte Höhe erreicht.

Auf gleiche Weise wie beim Staat, fließt ein zweieinhalbmal so hoher Betrag von den verschuldeten Unternehmen an das Geldkapital. Da es vielen Unternehmen jedoch nicht mehr gelingt, diese steigenden Zinskosten auf die Preise umzulegen, eskaliert die Zahl der Insolvenzen. Allein seit 1990 waren es fast 150.000 Unternehmen, die überwiegend aus Verschuldungsgründen in die Zahlungsunfähigkeit gerieten. Bedenkt man, dass im Zuge dieser Insolvenzen etwa 1 1/2 bis 2 Millionen Arbeitkräfte entlassen wurden, wird die Gefährlichkeit dieser Schuldenentwicklungen deutlich. Ebenso die Rolle, die ihr bei der Arbeitslosigkeits-Problematik zukommt.

Problemverschärfend wirkt bei allem, dass diese Zinslastentwicklungen nicht kontinuierlich wie die Geldvermögen und Schulden zunehmen, sondern in den Hochzinsphasen jeweils förmlich explodieren. So ist es beispielsweise sowohl 1978-82 wie auch 1988-92 jeweils zu einer Verdoppelung der fremdkapitalbezogenen Zinslasten gekommen. Das geht aus der Darstellung 5 hervor, in der – neben den Zinssatzveränderungen – auch die Entwicklungen der Arbeitslosigkeit und der Bankzinserträge in Milliarden DM widergegeben sind.

Rechnet man die Zinserträge der Banken, die etwa mit den Fremdkapitalkosten unserer Wirtschaft gleichzusetzen sind, in Prozente des Sozialprodukts um, ergibt sich die konjunkturentscheidende Zinslastquote. Da mit dem Anstieg der Zinslasten das Wirtschaftswachstum nachläßt und schließlch sogar einbricht, ergibt sich aus dieser Zinsquotenkurve eine besonders deutliche Beziehung zur Arbeitslosigkeit: Ein Jahr nach ihrem Gipfel hört – wie gut erkennbar – jeweils auch der Anstieg der Arbeitslosigkeit auf.

Fortsetzung in CONTRASTE Nr. 182



IM POSTFACH: ZUR EXISTENZGELD-DISKUSSION

Ein bedingungsloses Existenzgeld für alle!

Betr.: Zuckerguß für eine bittere Pille, CONTRASTE Nr. 180

Ernst Lohoff, Mit-Herausgeber von Krisis, Nürnberg argumentiert (in der CONTRASTE Nr.180, September 99) gegen ein Existenzgeld und führt aus:

- die Grundidee komme von rechten Denkern und sei neoliberal. (Wow, für einen Materialisten ein beachtenswerter Gedanke)
- er macht einen Unterschied beim linken und rechten Modell aus, die Höhe – und meint, dass das Versicherungsprinzip eine angemessene Höhe eher sichert, wie ein steuerfinanziertes Existenzgeld.
- er polemisiert wegen der Höhe von Phantastereien, er kennt offensichtlich nicht die Diskussion in der Sozialhillfegesetzgebung (Abschaffung der Bedarfsorientierung) und das Modell der Sozialhilfeinitiativen (das sich ja auf eine Bedarfsorientierung beruft).
- er unterstellt falsche marxistische Theorieansätze, wozu ich leider nichts sagen kann, denn ich habe Marx nie gelesen, fand nur das, was ich hörte sympathisch, aber das reicht wohl nun nicht.
- Wenn Gorz u.a. die Problematik auf eine Produktivitätssteigerung zurückführt, und deshalb eine Einführung eines Existenzgeld fordert, glaubt Lohoff, das durch den Einsatz von Maschinen kein Mehrwert mehr entstehen kann – und somit ein Existenzgeld nicht zu zahlen sei, da daher die Krise des Sozialstaates, incl. Arbeitslosigkeit und eines Aufblähens des Finanzüberbaus kommt.
- nur bei der Vernutzung lebendiger Arbeit kann Geld eine Verkehrsform sein, eine Besteuerung der automatisierten Produktion sei absurd. Wo das Kapital keinen Gewinn macht, hört die Produktion sofort auf.
- der scheinbare Reichtum unserer Gesellschaft beruhe nicht mehr auf der Vernutzung gegenwärtiger Arbeitskraft, sondern auf einem Vorgriff auf die Wertschöpfung zukünftiger Arbeit. Aus diesem Grund sei die linke Existenzgeld-Forderung eine demokratisch-politische legitimierte Teilhabe am Shareholder Value und erinnert Lohoff an diejenigen, die aufgrund der Sklavenarbeit ihre fröhliche Existenz frönen.
- Ein Existenzgeld wird kommen, wenn die kapitalistische Krisenwirklichkeit es notwendig macht, dann allerdings ohne den Schutz eines Versicherungssystems oder der Bedarfsorientierung eines Sozialhilfewarenkorbes und mit einer Höhe, die zu niedrig ist, um ein elementares Lebensniveau zu garantieren.

Diese Kritik kommt laut Lohoff aus einer »radikalen Kapitalismuskritik, die auf die Produktionsweise zielt«. Diese habe sich schon heute gegen ein Krisenmanagement mit einem Existenzgeld zu positionieren. Lohoffs Kritik an der Existenzgeld-Forderung scheint aber auch daher zu kommen, dass er bei den Autoren dieser Forderung nichts über die revolutionäre Veränderung der Besitzverhältnisse der Produktionsmittel liest oder lesen will (Lohoff schreibt von der Produktion; ob die seiner Meinung nach anders funktioniert wie heute, auch wenn das Kapital vergesellschaftet ist?). Ob Gorz oder Thomas Schmid darüber nicht nachdenken und nichts darüber geschrieben haben weiß ich nicht, aber etliche Diskussionen über einen gesellschaftsverändernden Ansatz habe ich auch bei Existenzgeldbefürwortern gehört. Aber das erinnert mich immer an die Diskussion über die richtige Meinung und die Klärung der Frage nach dem Hauptwiderspruch. Wenn ich nun die Produktionsmittel vergesellschafte (wogegen ich nichts habe), also Banken, Fabriken und die Menschen einem sozialistischen Staat unterstelle, dann hatte das in den real-existenten sozialistischen Staaten nicht funktioniert, (auch dann nicht, wenn ich die Interventionen der Gegner abziehe). Aber selbst wenn, dann würde mich von Lohoff schon interessieren, was dann anders wäre: Gäbe es dann keine Krise, weil auf Teufel komm raus produziert wird, damit alle Arbeitskraft vernutzt werden kann, also alle arbeiten, und somit die Frage nach einem unbedingten Existenzgeld obsolet wäre? Lohoff wäre gut beraten, hier mal sein Modell einer marxistischen Produktionsweise zur Diskussion zustellen.

Nun, Lohoff hat natürlich (teilweise) Recht: Auch meiner Meinung nach ist das Existenzgeld eine reformpolitische Möglichkeit auf die Krise der Produktionsweise, wie sie heute besteht. Wenn die Erwerbsarbeit und die daran gekoppelten Einkommen und Sozialtransfers ein Einkommen nicht mehr garantieren können, dann muss auf ein Einkommen spekuliert werden, das nicht mehr direkt individuell daran gekoppelt ist. Auch reagieren wir mit der Existenzgeldforderung auf die Veränderungen im Familiensystem. Der »Ernährer« gehört der Vergangenheit an. Beide Punkte wollen damit die Systemfehler des heutigen Sozialsystems korrigieren. Ein bedingungsloses Existenzgeld, das dann wie das heutige Sozialversicherungssystem rechtlich verankert ist, ist hier meiner Meinung nach zur Zeit die einzig denkbare Lösung. (Allerdings wäre ich auch dankbar, wenn mir so ein Existenzgeld in einer marxistisch orientierten Produktionsweise in irgendeiner Form gewährt würde.)

Auch ist richtig, dass ich dabei an eine Finanzierung durch die Besteuerung der Gewinne aus der Produktivitätssteigerungen denke, also ebenso kapitalistisch. Wenn es keine Gewinne mehr gibt, dann kann auch keiner mehr ein Existenzgeld ausbezahlen. Dann spielt allerdings auch das heutige Versicherungssystem für Kranke und Alte keine Rolle mehr, da ja nach Lohoff die Produktion dann eingestellt wird. Ein rechtlich (verfassungsmäßig, gesetzlich oder wie auch immer) verankertes Recht auf ein Existenzgeld unterliegt meiner Meinung nach den gleichen Problemen wie die Rentenversicherung oder die heutige Sozialhilfe: wer definiert die Höhe und welche Höhe soll garantiert sein? Diese Auseinandersetzung wird sich ebenso dort abspielen, wo heute die Höhe der Rente, die Deckelung und Absenkung der Sozialhilfe diskutiert wird. Diese Auseinandersetzung wird uns nicht erspart bleiben.

Ein unbedingtes Existenzgeld muss ja finanziert werden. Das Modell der Sozialhilfeinitiativen geht von einem »Take-Half-Modell« aus. Also, alles Einkommen wird mit 50 Prozent besteuert. Eine vierköpfige Familie, wo Papa sechstausend netto heimbringt, hätte also nun neuntausend zur Verfügung, also dreitausend Mark mehr (abzüglich Kindergeld, Wohngeld, Bafög, Wohnbauförderung, etc). Ein Doppelverdienerpaar mit 12.000 Einkommen hätte 3.000 DM weniger. Und nun lass uns an die Einkommen der Unternehmen denken... Hier mit dem Geld der aufgeblähten Finanzmärkte zu spekulieren wäre natürlich absurd, aber die Zahlen der Unternehmensgewinne (manche tun die nichtmal versteuern) sind auch nicht zu verachten. Ich erinnere mich an Zahlen um die 800 Milliarden DM.

Spätestens an dieser Stelle muss natürlich angemerkt werden, das die Existenzgeld-Forderung keinen Anspruch darauf erhebt, dass durch sie alles anders wird. Besonders die Erwerbsloseninitiativen fordern eine Teilung der Arbeitszeit; durch die Forderung einer Kürzung der Militärhaushalte ist die Debatte über die Verfügbarkeit der Haushaltsmittel natürlich losgetreten. Und die Massenbewegungen in der Welt (die Reichen nach Mali und die Armen der Welt nach Nürnberg) sind damit gar nicht gelöst, das wäre die Frage nach den Sklaven und der Nationalstaaten. Ein Existenzgeld in Deutschland ist natürlich eine nationale deutsche Gesetzgebung, die in Nigeria nicht gelten wird, aber dort sicherlich Gedanken einer Flucht ins Paradies aufkommen lässt. Allerdings ist die Sozialhilfe auch schon paradiesähnlich ohne das es als Immigrationsgrund angegeben wird.
Eine Möglichkeit der Information und Diskussion ist die Webseite existenzgeld.de●

Dieter Koschek

NEUWERKGENOSSENSCHAFT, KONSTANZ

Vom wildwüchsigen Biotop zum Kulturschutzgebiet

– genossenschaftlicher Gewerbehof sichert Arbeitsplätze

Bildende Künstler, Musiker und Theaterleute sind seit vielen Jahren im Künstler- und Handwerkergewerbehof NEUWERK in Konstanz tätig. Sie nutzen ein Drittel der nicht als Lager verwendeten Fläche als Ateliers und Proberäume. Diese gewachsene Struktur bleibt auch in Zukunft erhalten. Um das zu sichern, ist in die Satzung der in Gründung befindlichen NEUWERK-Genossenschaft eine flächenbezogene Aufteilungs-Formel »2/3 Gewerbe–1/3 Kultur« aufgenommen und durch den Zusatz »Gewerbe trägt Kultur« ergänzt.

Fotos: Neuwerk

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Seit dem April dieses Jahres ist klar: Das NEUWERK, seit Jahren ein legendärer Standort der Konstanzer Handwerker- und Künstlerszene, kann und soll erhalten werden. Das eigenwillige »Biotop« war durch den Neubau der B 33 bedroht. Doch der Konstanzer Gemeinderat verabschiedete einstimmig ein von den derzeitigen Nutzern ausgearbeitetes Konzept. Erreicht wurde dies durch den NEUWERKBUND e.V., der in intensiver Detailarbeit Überlegungen formulierte, die bei allen auf Zustimmung stießen.

Nächste Etappenziel ist der Erwerb des Gebäudes vom Bundesvermögensamt durch die heutigen Mieter, die sich in der Geschäftsform einer Genossenschaft zusammenfinden. Für die Finanzierung, geplant ohne städtische Mittel, sind bereits erste Sondierungsgespräche mit Banken angelaufen. Nach dem Kauf steht eine Grundsanierung auf dem Plan, die in großem Umfang auf Eigenleistungen der Mitglieder basiert. Vorgesehen ist die Neuerschliessung des Gebäudes von außen, eine Dach-und Fassadensanierung, eine moderne Heizanlage und vieles mehr. Die einzelnen Betriebe müssen auch während der Umbauphase weiterarbeiten. Deshalb soll die Sanierung abschnittweise über drei bis vier Jahre erfolgen.

Kurzer Rückblick

Das NEUWERK ist Anfang dieses Jahrhunderts erbaut worden. Zunächst war in dem zweigeschossigen Fabrikgebäude das »Duro Plattenwerk« untergebracht. 1914 kaufte die Firma Stromeyer den Komplex. Bis in die dreißiger Jahre wurden Zelte und militärische Ausrüstungsgegenstände gefertigt. Danach verlagerte Stromeyer seine Produktion auf Kleidungsstücke. Ende der siebziger Jahre stellte das Unternehmen die Arbeit ein.

Aufgrund der Strassenplanung für die B 33 neu in Konstanz kaufte das Bundesvermögensamt das NEUWERK, um das Areal als Ausgleichsfläche zu verwenden. Nachdem es jahrelang leer stand, begann das BVA Mitte der achtziger Jahre die Lager-und Gewerbeflächen zu vermieten. Eine fehlende Zukunftsperspektive und die Planungsunsicherheit schreckte aber so genannte bodenständige Betriebe ab.

Günstige Grundmieten und die freie Gestaltung der Räumlichkeiten ermöglichten jedoch, Künstlern, Handwerkern und Musikern hier eine Existenz aufzubauen. Um so überraschender kam das plötzliche Aus: Am 27.8.1997 erhielten die ersten Betriebe im NEUWERK ihre Kündigung zum 31.12.98. Als Reaktion darauf formierte sich im Dezember 98 der NEUWERKBUND e.V. Vereinsziel ist der Erhalt des Standorts, an dem sich seit über zehn Jahren erfolgreich aus sich heraus eine Einzigartige »Oase« entwickelt hat.

Kreative Nutzung

Ohne jede öffentliche Förderung gelang eine bemerkenswerte Integration von Kunst und Gewerbe, von Handwerk und Kultur. Verschiedenste Kunstausstellungen, Theaterproduktionen, Kabarettveranstaltungen, Seminare der Fachhochschule Konstanz, Jugenddiscos ohne kommerziellen Hintergrund, »Schnupperlehren« in verschiedensten Berufszweigen, Handwerkerausstellungen, Familienfeiern, Musikveranstaltungen, zahlreiche Workshops und Tanzveranstaltungen sind ein Ausschnitt der angebotenen Vielfalt. Vor diesem Hintergrund wird die hohe Motivation der Nutzer verständlich, auch zukünftig das Gebäude in Eigeninitiative verantwortlich zu gestalten.

Daten und Fakten

Nutzfläche:	ca. 9.000 qm
Genossenschafter:	60
Gewerbebetriebe:	27
Künstlerateliers:	10
Hobbyräume:	12
Musikproberäume:	6
Existenzgründer:	4
Kunstschule:	1

Die im Aufbau befindliche Genossenschaft soll als reine Gebäudeverwaltungsgesellschaft fungieren. Ihren Mitgliedern überlässt sie die Räume und Flächen gegen Miete zur Nutzung. Scheidet ein Genossenschaftler aus, fallen seine Räume und Anteile an die Genossenschaft zurück und können neu vergeben werden, womit ein sinnvoller Wechsel der Nutzer bei gleich bleibenden Strukturen über lange Zeiträume gewährleistet ist.

Problemfeld Finanzierung

Die Genossenschaft Neuwerk muss die geplanten Umbaumaßnahmen von ungefähr 5.000.000 DM finanzieren. Tilgung und Rückzahlung erfolgt zum größten Teil über die Mieteinahmen von 450.000 DM im Jahr und ein Genossenschaftsvermögen von rund 300.000 DM. Im Moment wird eine Vorbelegung von etwa 90% erreicht, obgleich zahlreiche Anfragen nicht berücksichtigt werden konnten. Zum Kauf des Neuwerks liegt bereits die Vorfinanzierungszusage einer Bank vor. Außerdem ist geplant der Stadt Konstanz eine Bürgschaft vorzulegen, die sichert, dass die geplanten Renovierungsmassnahmen binnen drei bis vier Jahren durchgeführt und abgeschlossen werden können.

Um die Umsetzung der geplanten und notwendigen Eigenleistungen sinnvoll zu strukturieren, ist die Gründung einer Bauhütte geplant. Hier werden durch die entstehende Genossenschaft für die Zeit der Renovierung voraussichtlich fünf Arbeitsplätze eingerichtet. Darüber hinaus entstehen durch die Verwaltung der Genossenschaft weitere Dauerarbeitsplätze.

Finanzierungsplan NEUWERK

Ausgaben:	
Kauf von Grund und Boden	1.000.000,00 DM
Baunebenkosten (Planungsleistung, Statik, etc.)	400.000,00 DM
Kostenschätzung Sanierung	3.600.000,00 DM
Finanzierungsbedarf insgesamt:	**5.000.000,00 DM**
Laufende Kosten – jährlich	**125.120,00 DM**
Einnahmen:	
Einnahmen nach der Sanierung – jährlich	448.620,00 DM
Zur Verfügung stehende Kredit-Zins und Tilgungssumme pro Jahr	323.500,00 DM

Zu sichernde Arbeitsplätze

Momentan arbeiten im gewerblichen Bereich 30 Personen auf etwa 3.500 qm. Als Folge der geplanten Sanierungsmaßnahmen kann hier von den einzelnen Betrieben, bedingt durch den gesicherten Standort, ohne Bedenken zusätzlich investiert werden. Allein in den bisher ansässigen Betrieben werden so durch die räumlichen Veränderungen sechs neue Arbeitsplätze entstehen. Hinzu kommen weitere dreizehn Arbeitsplätze durch die Umwandlung von Lager – und Verkehrsfläche in Gewerberaum. Nach Beendigung der Umbaumaßnahmen werden zusätzlich 1.500 qm zur Verfügung stehen. Diese Flächen können zukünftig bisherige Fördermitglieder und Existenzgründer im gewerblichen Bereich nutzen. Außerdem werden zu den bereits bestehenden zwei Ausbildungsplätzen sechs weitere zur Verfügung gestellt.

Als schwieriger erweist es sich, die Arbeitsplätze bei den Musikern im Neuwerk genauer zu benennen. Nicht nur die Fluktuation ist hier relativ hoch, sondern auch der Übergang vom Hobby zur Profession. fliessend. In den acht Proberäumen musizieren 16 Bands. Bei einer durchschnittlichen Bandbesetzung von vier Personen zeigt sich, dass mehr als 60 Musiker vom Erhalt des Neuwerks profitieren. Von einem Anteil von zwei bis drei Berufsmusikern kann als Richtwert für die arbeitsplatzsichernde Funktion des Neuwerks im Bereich Musik auch in Zukunft ausgegangen werden.

Außerdem haben acht derzeit Kulturschaffende ihre Ateliers bzw. Studios im Neuwerk. Nur diejenigen werden dabei berücksichtigt, die professionell arbeiten, indem sie den größten Teil ihres Einkommens durch künstlerische Arbeit erwirtschaften. Zukünftig sind zusätzlich vier neue Ateliers, davon ein Gastatelier, vorgesehen und für zukünftige Mitglieder konkret verplant. Grundsätzlich ist im Hinblick auf den Wirtschaftsfaktor »Kultur« anzumerken: Jedes Atelier, jeder Proberaum, der in der Region bleibt oder entsteht, bilden eine Randbereich, von dem ebenfalls – indirekt aber relevant – Arbeitsplätze abhängen.

Genossenschaftliche Kulturförderung

Die Arbeitsplätze im Kulturbereich zu erhalten, wird letztlich nur möglich über die gezielte, politisch gewollte Kulturförderung durch die Genossenschaft. Diese erfolgt auf vielfältige Art:

- Die Flächenaufteilung ist intern mit 1/3 Kultur und 2/3 Gewerbe festgelegt.
- Der Mietpreis pro qm für Künstlerateliers liegt um 20% niedriger als der vergleichbarer Gewerberäume – eine Entscheidung, die in einer Vollversammlung des Vereins in geheimer Abstimmung mit überwältigender Mehrheit gefällt wurde.
- Der NEUWERKBUND e.V. besteht als gemeinnütziger Verein weiter – jeder Genossenschaftler ist auch zur Vereinsmitgliedschaft verpflichtet – und wird sich künftig ausschließlich um die kulturellen Belange im NEUWERK kümmern.
- Der Verein wird sich weiterhin mit ungewöhnlichen und neuwerk-typischen Veranstaltungen profilieren, die sonst in der Region keinen Raum fänden.
- Die Genossenschaft fördert den Verein durch die kostenfreie Bereitstellung des so genannten Multifunktionsraumes für Ausstellungen, Konzert- und Theaterveranstaltungen. Einnahmen aus dessen Vermietung an Externe fliessen dem Kunst- und Kultursponsoring zu.

Realistisches Zukunftsmusik

Diese Pläne stellen keine frei erfundene Zukunftsmusik dar. Sie fußen vielmehr auf der über zehnjährigen Tradition funktionierender Kunst-, Theater- und Konzertveranstaltungen im NEUWERK. Einige dieser Events wurden geradezu Legende, beispielsweise die allererste Aktion des Pyrotechnik-Künstlers und späteren Konstanzer-Kunstpreis-Trägers Roman Signer im Jahr 1989.

Gerade viele Künstler sind als notorische Individualisten auf Rahmenbedingungen angewiesen, die nicht nur finanziell, sondern auch atmosphärisch stimmen. Eine »Ansammlung« so vieler Kulturschaffender zeigt insofern: »Hier stimmt die Chemie. Dieser Standort hat kreative Ausstrahlung.« Deshalb bleibt festzuhalten: NEUWERK ist der Kulturlandschaft der Stadt Konstanz zugewachsen wie ein wunderbares illegitimes Kind. Sie war bereit dies annehmen, zumal sie diese Adoption nichts kostete außer ein stadtplanerisches Ja! Vor diesem Hintergrund bestehen gegenwärtig gute Chancen die dort gewachsenen Arbeitsstätten durch genossenschaftliche Eigeninitiative nicht nur zu erhalten, sondern sogar auszubauen.●

Anzeige

AG SPAK BÜCHER

NEU

UnternehmensGrün (Hg.)
Arbeit – Strategien der Existenzsicherung
ISBN 3-930830-13-2
132 S./ DM 19,80
Erwerbslosigkeit ist inzwischen Dauerschicksal vieler. Gibt es ein Grundrecht auf Arbeit? Ist Arbeit für alle überhaupt erstrebenswert oder sind andere Formen der Existenzsicherung notwendig? Wird eine Welle von Existenzgründungen einsetzen? Welche Möglichkeiten eröffnen sich durch Investivlohn und Mitarbeiterbeteiligung? Oder sind Billiglöhne und der zweite Arbeitsmarkt eine Lösung? Die AutorInnen schildern, welche Hindernisse in der Praxis der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen entgegenstehen, und welche konkreten Schritte zu ihrer Beseitigung eingeleitet werden müssen.

Tilo Klöck (Hg.)
Solidarische Ökonomie und Empowerment
Jahrbuch Gemeinwesenarbeit 6
ISBN 3-930830-07-8 / 312 S. gebunden / DM 49,-
Die Beiträge des Bandes machen Ansätze einer nachhaltigen lokalen Entwicklung durch den Aufbau sozialer Unternehmen, Genossenschaften und Selbsthilfeprojekten sichtbar. Es gibt Modelle, die eine besondere Qualität und Beschäftigungswirksamkeit entfalten und zeigen, daß mehr geht als man denkt!

Wolf-Dieter Narr
Zukunft des Sozialstaats
– als Zukunft einer Illusion?
ISBN 3-930830-07-8 / 64 Seiten / DM 12,-
Wolf-Dieter Narr warnt vor dem unkritischen Lob dessen, was heute unter Sozialstaat verstanden wird. Verschiedene Faktoren machen es heute unmöglich, den alten Sozialstaat fortzuführen. Woran sollten wir uns im Hinblick auf einen zukünftigen Sozialstaat orientieren? Alles entscheidend ist die demokratische Politisierung der Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik, die weithin nichts anderes ist als ein sozio-bürokratischer und zunehmend ökonomischer Komplex. Nur wenn BürgerInnen aktiv einbezogen werden – und zwar nicht nur als selbst Zahlende – kann der Nährboden für die notwendigen Experimente und Reformen entstehen.

Gisela Notz: **Die neuen Freiwilligen.**
Das Ehrenamt – Eine Antwort auf die Krise?
ISBN 3-930830-09-4 / 72 S. / DM 12,-
Ehrenamtliche Arbeit hat Konjunktur in der sozialpolitischen Diskussion. Die soziale Versorgung wird großflächig reprivatisiert, staatlichen Kürzungen zum Opfer fallende soziale Einrichtungen werden der Wohlfahrt überantwortet bzw. der „freiwilligen" ehrenamtlichen Arbeit und der Selbsthilfe übergeben.

AG SPAK • Holzheimer Str. 7 • 89233 Neu-Ulm
Fax:07308/919094 • www.leibi.de/spak-buecher

KUNSTHANDWERKERHOF THOMSDORF E.G.

Reisender, kommst du in die Uckermark .....: Handwerk als Touristenattraktion

Am 21. August 1999 öffnete der Kunsthandwerkerhof Thomsdorf in der brandenburgischen Uckermark offiziell seine Tore – der Vergangenheit zum Trotz als Genossenschaft. CONTRASTE-Autor Dirk Reuschenberg führte das Gespräch mit dem Genossenschaftsvorstand Heinrich Thies.

Verschiedene Produkte des Kunsthandwerkshof können im Verkaufshaus bewundert werden Foto: Heinrich Thies

Redaktion Genossenschaften ● *Weshalb ist ihrer Meinung nach Thomsdorf als Ausflugsziel attraktiver geworden?*

Seit neustem wird in den Schauwerkstätten des Kunsthandwerkerhof Thomsdorf in den Bereichen Holz, Keramik und Textil produziert. Außerdem können dort in Seminaren und Workshops kunsthandwerkliche Techniken erlernt werden. Das Angebot richtet sich ebenso an Privatpersonen wie an Gruppen.

Zum Beispiel?

Historische Techniken werden aufgearbeitet. Dazu gehört die der Feldberger Keramik, die eine große Tradition und Geschichte aufweist. Schritt für Schritt wird jetzt überprüft, was noch in die Produktpalette übernommen werden kann. Gleichzeitig entsteht eine Dokumentation. Das heißt, die alten keramischen Techniken können anhand von Zeichnungen studiert werden. Die Anleitung der Gruppen erfolgt vor diesem historischen Hintergrund. Anschließend sind aber der Phantasie keine Grenzen gesetzt.

Stammen diese historischen Techniken alle aus der Region?

Ja, wir haben jetzt eine kleine Arbeitsgruppe zusammengestellt, deren Mitglieder die Recherchen durchführen und anschließend Probestücke fertigen. Zum Beispiel, soll möglichst viel aufgearbeitet und original nachgebaut werden, was in den hiesigen Klöstern und Ausgrabungsstätten gefunden wurde.

Erklären Sie doch bitte einem Wessi, wo Thomsdorf genau liegt.

Thomsdorf liegt in Brandenburg, etwa einhundert Kilometer nördlich von Berlin an der Feldberger Seenplatte. Diese Seenplatte gehört zu Mecklenburg. Das heißt, wenn Sie in Thomsdorf ankommen, zum See runtergehen und Ihren Fuß ins Wasser setzen, dann sind Sie schon in Mecklenburg.

...also eine Landschaft, platt wie eine Flunder?

Nein, überhaupt nicht. Wir haben Erhebungen bis zu 140 Metern, aber auch Seen bis zu 40 Metern Tiefe.

Wie ist die Idee entstanden, hier einen Kunsthandwerkerhof anzusiedeln?

Es gibt hier viele bäuerliche Gehöfte, die leerstehen. Diesen Häusern eine neue Funktion zu geben, war die eine Überlegung. Die andere war, arbeitslosen Frauen aus der Region eine neue Betätigungsmöglichkeit zu bieten. So entstand bei der Bürgermeisterin der Gemeinde Funkenhagen, zu der Thomsdorf gehört, die Idee des Kunsthandwerkerhofes.

Der nächste Schritt war, Kontakt mit einem Bildungsträger im mecklenburgischen aufzunehmen, der sich mit der Ausbildung von Frauen in diesen alten Gewerken befasst. Im Juni diesen Jahres – nach 21 Monaten – konnten 25 Frauen als Kunstgewerblerinnen für Industrie und Handel ihre Lehrzeit abschließen. Parallel wurde die Hofstätte zum dem ausgebaut, was sie heute darstellt: ein großes Werkstattgebäude, das in der ehemaligen Scheune untergebracht ist, mit Schauwerkstätten für Holz, Keramik und Textil ...

... Schauwerkstätte bedeutet, die Besucher können zuschauen?

Genau. Und es gibt einen Seminarraum zur Anleitung von Gruppen. Hinzu kommt das Verkaufshaus im ehemaligen Stall. Dort können die Produkte bewundert und auch erworben werden. In einem weiteren Haus, dem alten Steinhaus, ist eine kleine Gastronomie untergebracht.

Wurden die Kunstgewerblerinnen denn auch in der Anleitung von Seminaren ausgebildet?

Viele der Frauen sind im Erstberuf Pädagoginnen. Gerade in der Anfangszeit werden wir aber noch Fachleute dazuholen, Künstler aus der Region zum Beispiel, die uns den einen oder anderen Tipp geben können. Auch soll auf den Seniorenexperten-Service, der Industrie- und Handelskammer zurückgegriffen werden. Das sind pensionierte Tischler oder Textilverarbeiter, aber auch kaufmännisch geschulte Leute, die uns in Zukunft ein bisschen zur Seite stehen – damit der Kunsthandwerkerhof auch wirtschaftlich ein Erfolg wird.

Was machen Sie als Mann in einem Frauenprojekt? Jaaah ... Es wurde jemand gesucht, der die Genossenschaft inszeniert und in Gang bringt. Und da ich Erfahrungen mit Existenzgründungen, Fördermöglichkeiten etc. habe, wurde ich gefragt: Mensch, willst du das nicht machen, wir haben sonst keinen.

In welcher Funktion sind Sie tätig?

Als Vorstandsvorsitzender der Genossenschaft.

Warum wurde für den Kunsthandwerkerhof die Rechtsform einer Genossenschaft gewählt?

Bei den ersten Spatenstichen waren auch Vertreter der Wirtschaftsförderung hier. Mit denen sprachen wir über die Möglichkeiten des zukünftigen Betriebes. Der Chef des Wirtschaftförderungskreises in der Uckermark fragte ganz spontan: »Wie wäre es denn mit einer Genossenschaft? Da habt ihr doch alle unter einem Hut und es können andere dazukommen. Zum Beispiel Freischaffende, die hier in der Region produzieren und die genossenschaftlichen Strukturen für den Absatz nutzen wollen. Die können sich alle einbringen, und Ihr kriegt noch ein bisschen Eigenkapital dadurch geschöpft.«

Ich selber hatte auch schon mal darüber nachgedacht, mich aber nicht getraut, diesen Gedanken in die Runde zu bringen ... Na ja, LPGs und so, das haben wir ja gerade alles hinter uns. Aber nichtsdestotrotz ist dieser Gedanke auf fruchtbaren Boden gefallen. Bauherr ist die Gemeinde Funkenhagen. Sie hat die Hofstelle erworben, und sie hat sich auch mit einem kleinen Eigenanteil eingebracht. Die Hauptförderung kommt aber von der europäischen Union und dem Land Brandenburg, etwa drei Millionen Mark.

Wer besitzt die Immobilie – die Genossenschaft oder die Gemeinde?

Die Immobilie gehört der Gemeinde. Die Genossenschaft ist lediglich Pächterin, wobei ihr sehr günstige Pachtbedingungen gemacht wurden. Allerdings gibt es zusätzlich ein kleines Gentlemen Agreement: Im Kunsthandwerkerhof wird eine touristische Anlaufstelle sein, eine ständig besetzte Tourist-Information. Wir werden die ganze Öffentlichkeitsarbeit einschliesslich der Veranstaltungshinweise im Rahmen dieses Touristbüros machen. Dafür, dass wir diese Dienstleistung erbringen, haben wir eben sehr günstige Pachtbedingungen.

Wie sehen die weiteren ökonomischen Rahmenbedingungen der Genossenschaft aus?

Zurzeit gibt es zwölf Genossenschaftsmitglieder. Das sind einmal Frauen aus dem Kreis der Ausgebildeten, aber auch touristische Leistungsträger, Gewerbetreibende, die Gemeinde und das Ausbildungsinstitut. Die Volksbank Uckermark hat eine Option auf die Zeichnung eines Anteils und wird sie in der nächsten Zeit wohl auch nutzen. Wir hoffen, noch mehr Anteilseigner gewinnen zu können. Genossenschaftler kann jeder werden, ob das nun eine juristische Person ist oder eine Einzelperson. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Ein Anteil kostet 1.000 Mark. Wir gehen davon aus, dass die, die im Kunsthandwerkerhof in Lohn und Brot sind, mindestens drei Anteile zeichnen. Das Stammkapital der Genossenschaft beträgt zurzeit etwa dreiundzwanzigtausend Mark.●

TAK AÖ-HERBSTSEMINAR IM ÖKOZENTRUM VERDEN

Was macht uns groß und stark? Lernen aus der Geschichte

Das diesjährige Herbstseminar des Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) wird in Kooperation mit dem Projekt Verbunt Verden organisiert und findet vom 15. bis 17.10.99 im Ökozentrum Verden statt. Inhaltlich steht die Frage im Vordergrund »Was macht uns groß und stark.« Ziel ist es, Wege zu reflektieren, wie selbstorganisierte Betriebe und Projekte aus ihrer Nischensituation herauskommen können. Dies wird anhand von zwei thematischen Schwerpunkten diskutiert: positiven historischen Erfahrungen aus der Genossenschaftsgeschichte und aktuellen Überlegungen verschiedener Kommunegruppen sowie des Ökozentrums Verden.

Martina Racki, Red. Genossenschaften ● In dem historischen Themenblock des TAK AÖ-Herbstseminars werden die Chancen diskutiert, durch Macht und Pfiffigkeit mehr gesellschaftliche Bedeutung zu gewinnen, als wie dies gegenwärtig der Fall ist. Als ein Beispiel stehen die deutschen Konsumgenossenschaften und ihre Verknüpfung mit den drei weiteren Säulen der Arbeiterbewegung im Vordergrund. Außerdem soll die Dynamik der sozialen Baubetriebe in der Weimarer Republik ausführlicher dargelegt werden. Mit ihrer Vernetzungsstruktur, ihrer guten Öffentlichkeitsarbeit, ihrer externen Finanzierungsunterstützung, ihrer eigenständigen Unternehmensorganisation und ihren intensiven Qualifizierungsbemühungen bewegten sie in Deutschland mehr als jede andere Form selbstorganisierter Betriebe im Eigentum der Beschäftigten. Auch wenn beide Beispiele nicht direkt auf die heutige Zeit übertragbar sind, lassen sich viele Anregungen gewinnen, wie mit ähnlichen »Strategien« Selbstverwaltungsbetriebe mehr Wirksamkeit für eine Demokratisierung der Wirtschaft bekommen könnten.

Der Blickwinkel »Was macht uns groß und stark« spielt auch für den zweiten Teil des Kooperationstreffens zwischen TAK AÖ und Projekt Verbunt Verden eine Rolle: »Kommunen – gelebte Utopie?« Außerdem soll die Zeit genutzt werden, das Ökozentrum Verden kennen zu lernen. Neben der Besichtigung des Projekts sowie der Vorstellung von Gruppen aus dem Umfeld des Verbunds und verschiedener Kommunen aus Norddeutschland wird in einer gemeinsamen Diskussion der Frage nachgegangen, weshalb sich nicht mehr Menschen von dieser Form der »gelebten Utopie« anstecken lassen. Ist diese Lebensweise nur für einen bestimmten Menschentyp oder eine bestimmte Altersgruppe interessant oder könnte sie auch für sehr verschiedene Persönlichkeiten attraktiver werden? Was müsste sich in einzelnen Kommunen ändern, damit sie die entsprechende Ausstrahlung gewinnen? Auch wenn sich hier sicherlich keine eindeutigen Antworten finden lassen, ist eine größere Klarheit bei solche Fragen hilfreich. Lässt sich so doch besser einschätzen, ob Kommunen bzw. Lebensgemeinschaften auch in Zukunft eine Nische für Minderheiten bleiben, vielleicht sogar nur so interessant sind, oder ob sie einen wachsenden Stellenwert im Sinne einer auch quantitativ wichtigen Lebensform bekommen können.●

Organisatorisches

Ort: Ökozentrum e.V., Artilleriestraße 6, D-27283 Verden
Unterbringung: Die Unterbringung erfolgt privat in den verschiedenen Wohngruppen im Projekteverbund
Anreise: Am Freitag Abend sollte die Anreise ab 19.00 Uhr erfolgen
Teilnahmebeitrag: Die Kosten betragen 75,– DM.
Anmeldung: schriftlich (auch Rückfragen):
Burghard Flieger, Erwinstraße 29, D-79102 Freiburg, Fax.: (07 61) 70 90 84, Tel.: 70 90 23

VERANSTALTUNGEN

Anders leben, anders arbeiten – Genossenschaften in sozialer und ökologischer Verantwortung

Unter diesem Titel veranstaltet die PDS ihren 3. Workshop zur Genossenschaftsidee am 20.11.99 im Karl-Liebknecht-Haus (Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, in Nähe des Alexanderplatzes bzw. U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz). Folgender Programmablauf ist vorgesehen:
10 Uhr: Das Thema im Kontext mit der Debatte zur Programmatik der PDS – **Dr. Judith Dellheim**, Mitglied des Parteivorstandes der PDS.
10.40 Uhr: Sozialgenossenschaften: Wege zu mehr Beschäftigung – **Dr. Burghard Flieger**, Berater, Dozent, Forscher.
11.20 Uhr: Die Bedeutung von Genossenschaften und ihrer Dachorganisationen für regionale Beschäftigungs- und Entwicklungsstrategien – **Dr. Gabriele Herbert**, Gesellschaftswissenschaftlerin.
12 Uhr: gemeinsam wirtschaften und zusammen leben – die Kommune als Vollgenossenschaft – **Dr. Gisela Notz**, Gesellschaftswissenschaftlerin.
13.30 Uhr: Genossenschaft als Chance für alternative Arbeitsformen –**Klaus Lemmnitz**, Genossenschaftsvorsitzender.
14.10 Uhr: Ostdeutsche Agrargenossenschaften in den Widersprüchen hier und heute – N.N. aus Sachsen.
15 Uhr: Diskussion
16.30 Uhr: Beratung weiterer Arbeitsschritte.
17 Uhr: Ende der Veranstaltung.

»Arbeit, Geld und (Über)Leben«: Autonomes Seminar zum Existenzgeld

Im Wintersemester 99/00 bietet die *AG Existenzsicherung* an der Humboldt-Uni ein autonomes Seminar zum Konzept des Existenzgeldes an.

Das Existenzgeld (1.500 DM plus Warmmiete) für alle hier lebenden Menschen soll unabhängig von Nationalität, Alter oder Geschlecht eine grundlegende soziale Absicherung auch ohne Erwerbsarbeit ermöglichen. Im kommenden Semester sollen u.a. der herrschende Arbeitsbegriff historisch reflektiert sowie die aktuellen Debatten um Arbeit und Einkommen (Workfare-Programme) vor dem Hintergrund unseres Existenzgeld-Modells diskutiert werden. Auch die explizit kritischen Positionen zur Forderung nach einem garantierten Mindesteinkommen bzw. dem Existenzgeld stehen auf dem Themenplan.

Das Seminar beginnt am **21.10.99 um 18 Uhr** in der Humboldt-Uni (Seminargebäude am Hegelplatz, Dorotheenstraße 24, Raum 502) mit einem einleitenden Referat zum aktuellen Forschungsstand zur Armuts- und Reichtumsentwicklung in der BRD und anschließender Besprechung von Themenfolge und Arbeitsweise des Semesters. Eingeladen sind Studierende ebenso wie Nicht-Studierende.

Kontakt: AG Existenzsicherung, c/o RefRat der HUB, Unter den Linden 6, D-10099 Berlin, oder Tel. (0 30) 42 85 70 90 bzw. 427 10 15.

Die Verpfändung der Erde

Ist die 55-jährige Entwicklung der Weltbank seit Bretton-Woods einigermaßen erschöpfend und nachvollziehbar in einem Buch zu analysieren und zu dokumentieren? Der als Berater so unterschiedlicher Institutionen wie WWF, Weltbank, und UN-Umweltprogramm sowie nun als Direktor der US-Umweltorganisation Environmental Defence Fund in Washington D.C. bekannt gewordene Wissenschaftler und Publizist breitet seine detailreichen Erkenntnisse und Fakten wirkungsvoll aus. Vor allem schildert er die – teilweise sehr erfolgreichen – Kampagnen von Umwelt- und Entwicklungsinitiativen in allen Kontinenten, die schließlich die Weltbank dazu zwangen, Großprojekte (wie Staudämme, Rodungen in Regenwäldern, Autobahnen usw.) zumindest zu reduzieren und vorrangig Kleinprojekte zu fördern. Auch wenn die Evaluationsmechanismen, wie die Globale Umweltfazilität (GEF) angesichts clever agierender Wirtschaftslobbies meist zu schwerfällig und ineffizient sind, scheinen sie doch nicht ohne Wirkung zu sein. Allerdings bleibt die Sorge, dass sich diese mühsamen und langwierigen Kursänderungen zwischen Großinstitutionen wie dem Internationalen Währungsfond (IWF) mit seinen Spar-Zwängen und Kürzungen von Sozialstandards sowie der Welthandelsorganisation (WTO) mit ihrem Zwang zu Globalisierung und Liberalisierung des Welthandels nicht entsprechend entwickeln können. (Die Fortsetzung der MAI-Verhandlungen auf WTO-Ebene ab Dezember 1999 versprechen nichts Gutes) Die Einschätzung, die Rich in seinem aktualisierenden Schlusskapitel über den neuen, innovativen Weltbankpräsidenten James 0. Wolfensohn abgibt dessen Ziel es ist, die Weltbank in eine »Bank des Wissens und der Enwicklungseffizienz« umzugestalten, ist angesichts der inneren Widerstände nur bedingt hoffnungsvoll. Skeptische Basisexperten sind schon froh, wenn sich dieser nicht als »Wolf(ensohn) im Schafspelz« entpuppt. Für die weltweiten, vernetzten Basisbewegungen ist dieses Buch jedenfalls eine nicht zu unterschätzende Argumentations- und Aktionshilfe.●

M. Rei.

Rich, Bruces: Die Verpfändung der Erde. Die Weltbank, die ökologische Verarmung und die Entwicklungskrise. Stuttgart: Schmetterling, 1998. 453 S., DM/sFr 39,80/ öS 297,–

Aus: Pro ZUKUNFT, Nr. 1/99. Pro ZUKUNFT ist ein Informationsdienst der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen und erscheint im Verlag Julius Beltz GmbH & Co. KG

Subsistenz, Handel oder WTO-Reform?

In der neusten Ausgabe der BUKO Agrar Studien werden verschiedene Positionen deutscher Nichtregierungsorganisationen zum Weltagrarhandel und den damit zusammenhängenden Problemen vorgestellt. Zuerst beschreiben die beiden AutorInnen die institutionellen Rahmenbedingungen des internationalen Agrarhandels um danach auf die aktuellen Entwicklungen und Trends (Stichwort: Liberalisierung) einzugehen. Im Hauptteil werden dann Ansätze vorgestellt, die in drei grundsätzliche Sichtweisen und Praxen unterteilt werden: grundlegende (»radikale«), handelspolitische und privatwirtschaftliche. Zu jedem der drei Blöcke werden kurz die theoretischen Einschätzungen und konkrete Projekte und Kampagnen vorgestellt. Unter den »grundlegenden« werden so verschiedene und sich teilweise widersprechende Ansätze wie Subsistenz, Abwicklung des Nordens, vorsorgendes Wirtschaften, nachhaltiger Konsum und Regionalentwicklung aufgeführt. In den anderen beiden Sektionen finden sich dann die bekannteren wie Sozialklauseln, fairer Handel in all seinen Varianten, und NGO-Politiken zur Beeinflussung der internationalen Politik (»WTO-Reform« etc.). Die Studie stellt alles sehr nett nebeneinander, nimmt aber inhaltliche Bewertungen – mensch muss ja Rücksicht auf die AuftraggeberInnen nehmen – und damit eine eigene Positionierung nur sehr zögerlich vor. Sie ist also mehr brauchbare Zusammenstellung als Analyse. Immerhin werden die radikaleren Ansätze nicht – wie sonst oft – einfach verschwiegen, sondern einem breiteren Publikum vorgestellt.●

Bernd Hüttner

Astrid Engel, Tobias Reichert: Von Subsistenz bis WTO-Reform; 126 S., 18 DM, Bezug: Buchhandel oder über BUKO-Agrokoordination, fon (0 40) 39 25 26

Flüchtlinge, Migration und Integration

Widerspruch 37 erschienen

Die Entfesselung der Marktkräfte im globalen Kapitalismus hat seit den achtziger Jahren in einigen EU-Ländern, in den Peripherien Europas, vor allem aber im Osten und im Süden zu Kriegen, zu einer Vernichtung von Arbeitsplätzen und der Lebensgrundlagen der Landbevölkerung geführt. Allein in Afrika zählt das UN-Hochkommissariat mehr als sieben Millionen Flüchtlinge.

Vor den Flüchtlingsbewegungen schützen EU-Länder und die Schweiz ihre Grenzen mit polizeilichem Hightech und Armee-Einsatztruppen. Die Strategien der Flüchtlingsbekämpfung wurden, wie *Helmut Dietrich* rekonstruiert, auf Flüchtlingskonferenzen bis kurz vor den NATO-Bombardierungen im Kosovo europaweit koordiniert. Und auf der nächsten EU-Regierungskonferenz im Herbst 1999, so die Einschätzung von *Claudia Roth* und *Mark Holzberger*, wird versucht, das Asylrecht in Europa weiter auszuhöhlen und die Genfer Flüchtlingskonvention zu demontieren. Die Wirkungen des alten Konstrukts »Überfremdung« und der neue Wegweisungsvollzug in der schweizerischen Asylpolitik festigen nach *Marie-Claire Caloz-Tschopp* eine Sicherheitsdemokratie, die Steuerflüchtlinge durchs Bankgeheimnis deckt und gleichzeitig Tausende von Schutz-, Asyl- und Arbeitssuchenden zurückweist und abschiebt. So auch »Wirtschaftsflüchtlinge« aus Süddostanatolien, wo die schweizerische Exportwirtschaft, wie *Joerg Dietziker* berichtet, mit Milliardeninvestitionen in das türkische GAP-Projekt, mit zu verantworten hat, dass Teile der kurdischen Bevölkerung vertrieben werden.

Das Schlagwort »Das Boot ist voll« entbehrt jeder Grundlage. Die demographischen Lücken in Deutschland und in der Schweiz müssen mittelfristig durch Zuwanderung gefüllt werden. Ohne Migrantinnen, so *Simone Prodolliet*, geht wirtschaftlich längst nichts mehr. Tatsache aber ist auch: Rechtlosigkeit, Illegalisierung und Kriminalisierung der Frauen in der Migration sowie Frauenhandel verletzen, wie *Maritza Le Breton-Baumgartner* ausführt, fundamentale Menschenrechte.

Restriktive Einwanderungspolitik und militärische Überwachung der USA-Grenze zu Mexiko, so *Christof Parnreiter*, regulieren die Zuwanderung nicht. Für die EU ließen sich daraus Lehren ziehen. *Boy Lüthje* und *Christoph Scherrer* diskutieren neue Ansätze multikultureller Selbstorganisierung der Einwanderer, die in den USA im gewerkschaftlichen Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung erprobt wurden. Mit der Personenfreizügigkeit im bilateralen Abkommen stellen sich für *Hans Baumann* aus gewerkschaftlicher Sicht Fragen zur Migration in der EU, zu Sozial- und Lohndumping in der Schweiz und den flankierenden Maßnahmen. Was kommt auf die Arbeitnehmenden zu?

Das Konzept des Staatsbürgers hat sich, so *Immanuel Wallerstein*, als Herrschaftsmittel und Privileg kompromittiert. Die Debatten um Integration, Exklusion und Marginalisierung haben in eine Sackgasse geführt. Die im Mai 1999 beschlossene Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts mit dem Ziel der Integration durch Einbürgerung bedeutet nach *Hubert Heinold* immerhin die Abkehr vom Abstammungsprinzip hin zum Territorialprinzip, zum Republikanismus und zu pluri-kulturelle Toleranz. Und *Gianni D'Amato* sieht in der Transnationalisierung des Staatsangehörigkeitsrechts Ansätze eines europäischen Zukunftsmodells. Davon ist die Einbürgerungspraxis in der Schweiz weit entfernt. Integrationsleitbilder und Integrationspolitik im Einwanderungsland Schweiz: *Annemarie Sancar* zieht eine erste Bilanz. Auf die Schulpolitik ausländerfeindlicher Parteien, die in der Schule eine Apartheid fordern kontert *Urs Loppacher*.

Zur Debatte um den NATO-Krieg gegen Jugoslawien dann drei Beiträge im Diskussionsteil. Die NATO-Intervention hat innerhalb der SPS polarisiert. *Peter Hug* markiert außenpolitische Positionen und Perspektiven einer europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik. Großenteils haben Zivilgesellschaft und Frauenbewegung in Westeuropa dem NATO-Krieg zugestimmt; *Susanne Kappeler* wirft einen Blick auf Menschenrechtsrhetorik, Medienmacht und Militärmachismo. Auf die hegemoniale Geopolitik und die waffentechnologischen Tests der NATO folgt, so *Peter Lock*, der ökonomische Nachkrieg in Südosteuropa. Wieder wird die kosovo-albanische Zivilbevölkerung Verlierer sein.

Marginalien, Literaturbericht und Rezensionen zum Themenschwerpunkt schließen dieses Heft ab.●

u.b.

WIDERSPRUCH 37: Flüchtlinge, Migration und Integration. 216 Seiten, Fr./DM 21–, Buchhandel oder Postfach, CH-8026 Zürich, Tel./Fax 01 - 273 03 02;
E-Mail: widerspruch@access.ch;
http: www.access.ch/widerspruch

Randfigur im Zentrum der Beat-Generation

Ist die Rede von der US-amerikanischen Beat-Generation, dann stehen ständig drei Personen im Mittelpunkt: *Jack Kerouac, Allen Ginsberg* und *William Burroughs*. Alle drei haben ein umfangreiches literarisches Oeuvre hinterlassen. Alle haben bereits zu Lebzeiten literarischen Erfolg und Anerkennung erfahren. Alle drei machten 1946 die Bekanntschaft eines Mannes: *Herbert Huncke*. Alle drei ließen sich von ihm inspirieren und verarbeiteten ihn als literarische Figur in ihren Werken, Burroughs in »Junkie«, Ginsberg in »Howl« und Kerouac in »The Town and the City«.

Doch wer war dieser *Herbert Huncke*? Warum strahlte dieser »Schwule Junkie«, dieser »Philosoph der Straße«, der sich je nach Geschäftslage als feiner Pinkel oder Penner am Times Square herumtrieb, so eine Faszination auf die Beat-Autoren aus?

Der Hamburger Journalist und Filmemacher, *Alfred Hackensberger* hat diese, von der Öffentlichkeit bislang kaum beachtete, Randfigur der Beat-Szene unter die Leselampen eines gespannten Publikums gezerrt.

Hackensberger rekonstruiert Hunckes Biographie nicht auf klassische, chronologische Weise, sondern richtet seine Scheinwerfer auf zwei Dutzend exemplarische Begebenheiten aus dem subkulturellen Großstadtleben. Diese Spots, ergänzt um Stellungnahmen von Zeitzeugen und Äußerungen Hunckes, werfen ein bizarres Zwielicht auf den zerrissenen und eigenwilligen Charakter des Streuners vom Times Square.

Herbert Huncke wurde am 9. Januar 1915 in Greenfield, Massachusetts, geboren. Bereits im Alter von 12 Jahren riss Huncke 1927 erstmals aus seinem wohlsituierten Elternhaus in Chicago aus. Nach der Scheidung seiner Eltern blieb Huncke bei seiner Mutter, von der er keine Grenzen gesetzt bekam. Er blieb nächtelang fort und trieb sich im Nachtleben Chicagos herum. Als 14jähriger rauchte er Marihuana und machte erste Botengänge als Drogenkurier.

Huncke stellte sich gegen bürgerliche Normen, pfiff auf Konventionen, wollte sein Leben genießen, suchte Abenteuer und scheute kein Risiko. Als Jugendlicher verließ er Chicago in Richtung Kalifornien, kehrte nach einem Jahr kurz zurück, um schon bald erneut aufzubrechen. Nach einer 10jährigen Odyssee auf Güterzügen oder per Anhalter quer durch die USA landete Huncke 1939 an der Ostküste. In New York ließ er sich für den Rest seines Lebens nieder und schlug sich als Stricher, Schnorrer, Dealer und Gauner durch. Als einer von wenigen Weißen war Huncke in die schwarze Jazz-Szene New Yorks integriert. Charlie Parker und Billie Holiday gehörten zu seinen Bekannten.

In Allen Ginsbergs Wohnung lernte Huncke 1969 den über 30 Jahre jüngeren Louis Cartwright kennen. Mit ihm verband Huncke eine fast 25jährige Freundschaft, bis Louis eines Nachts in der Lower East Side erstochen aufgefunden wurde. Der unerwartete Tod Cartwrights ließ Huncke verzweifeln, der Verlust warf ihn heftig aus der Bahn. Huncke verspürte Existenzängste. Nie hatte es ihm etwas ausgemacht, auf kriminelle Weise sein Geld zu verdienen und dies auch freimütig zuzugeben. Doch mit 79 Jahren waren die Möglichkeiten sich mit Kleinkriminalität durchzuschlagen gleich Null.

Hackensberger nähert sich der Person Huncke mit viel Einfühlungsvermögen und Verständnis. Gleichwohl macht er die Zwiespältigkeit bei der Einordnung Hunckes deutlich. Hunckes gelebter Individualismus hatte viele dunkle Seiten. So nutzte der rücksichtslose Schnorrer die Hilfsbereitschaft guter Freunde skrupellos aus.

Zweimal nahm der gutmütige Ginsberg den wohnungslosen und abgerissenen Huncke im eigenen Apartment auf. Beide Geschichten endeten in einem Fiasko. Das erste Mal ließ Huncke einige Dutzend Bücher und Schallplatten verschwinden, um sie für Drogen zu versetzen. Das zweite Mal nutzte Huncke die Wohnung als Ausgangspunkt für Diebeszüge und Depot für gestohlene Güter. Eine Hausdurchsuchung und spätere Gerichtsverhandlung brachten Huncke für fünf Jahre ins Gefängnis und Ginsberg für acht Monate in eine psychiatrische Klinik.

Im Gegensatz zu seinen Weggefährten konnte sich Huncke nicht als Buchautor etablieren. Zum Schreiben war er zu unstet. Wenn, dann schrieb er nur nach dem Konsum von Drogen. Sobald er den letzten Satz zu Papier gebracht hatte, galt der Text als fertig. Das Überarbeiten oder Redigieren von Manuskripten kannte er nicht. Hinzu kam, dass durch Hunckes häufigen Umzüge viele seiner Notizen und losen Blätter, die er in einer Holzkiste aufbewahrte, verloren gingen.

Im Herbst 1994 erzählte der knapp 80jährige Huncke auf einer CD die bekanntesten seiner Geschichten und unternahm noch eine Lesereise durch Europa, u. a. standen London, Amsterdam, Berlin und Hamburg auf dem Tourneeplan.

Seine letzten Lebensjahre verbrachte Huncke, unterstützt von freizügigen Freunden, im legendären Chelsea Hotel. Am 8. August 1996 starb er im Alter von 81 Jahren an Herzversagen.●

Kai Böhne

Alfred Hackensberger: I am beat. Das Leben des Hipsters Herbert Huncke – und seine Freunde Borroughs, Ginsberg, Kerouac.
Rotbuch Verlag, Berlin 1998, 190 Seiten, 28 DM, ISBN 3-88022-506-0

Unter Sternen

Am 20. August 1996 starb der Musiker und Schauspieler Rio Reiser. Der kurz nach seinem Tod von seiner Familie, seinen FreundInnen und künstlerischen WegbegleiterInnen ins Leben gerufene und in Berlin und Fresenhagen/NF. beheimatete Verein *Rio Reiser Haus e.V.* archiviert seitdem das künstlerische Vermächtnis von Rio Reiser.

Unter Sternen stellt ab 1999 neben der Produktion von weiteren CDs aus dem umfangreichen Nachlaß als zweimal jährlich erscheinende Buchpublikation eine weitere Form der Öffentlichkeitsarbeit des Vereins dar.

Unter Sternen bietet zum einen historisch orientiert für an Rio Reisers Leben und Werk Interessierte die Möglichkeit, die Biographie von Rio Reiser und *Ton Steine Scherben* nachzulesen, ergänzt durch spurensuchende Texte, Fotos usw. und Beiträgen von Menschen aus Rios Familie, Freundeskreis und künstlerischem Umfeld.

Unter Sternen nimmt zum anderen aktuell und perspektivisch den gedanklichen Faden auf, den Rio Reisers Leben und Werk zum Inhalt hatte und versucht ihn produktiv weiterzuentwickeln. Das Buch unternimmt dabei in einem Teil der jeweiligen Ausgaben den Versuch des Aufbaus eines kontinuierlich erscheinenden musikphilosophischen Forums der unterschiedlichsten deutschsprachigen KünstlerInnen. Im Laufe der verschiedenen Bände werden KünstlerInnen und MultiplikatorInnen zu Wort kommen, die in ihrer Tätigkeit und Ausdrucksform in der vielfältigsten Art und Weise mit einer kritischen deutschsprachigen Rockmusik beschäftigt sind und mit provokativen Thesen sowohl in die Kulturszenen selber wie in die Gesellschaft allgemein hineinwirken.

Das Buch hat eine ansprechende Aufmachung und außergewöhnliche Gestaltung und setzt sich in Format und Inhalt deutlich von anderen aus der Musikbranche ab.●

dp

Rio Reiser Haus e.V. (Hg.): Unter Sternen, Band 1, ca. 100 Seiten, ca. 20 DM, April 1999, ISBN 3-932577-07-8

BUCHBESPRECHUNGEN

Wirtschaft – moralfreie Zone oder ethikverseucht?

Fragen der Moral im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Themen sind wieder oder noch immer gesellschaftsfähig. Zwei Veröffentlichungen mit sehr eigenwilligen Blickwinkeln laden ein, sich hiermit intensiver auseinander zu setzen.

Querdenken in Sachen ökonomischer Moral und moralischer Ökonomie

Fragen der Moral moralisch und Fragen der Ökonomie ökonomisch zu betrachten, ist weitgehend selbstverständlich – nicht für *Birger P. Priddat*. In einer Zusammenstellung sehr fesselnd geschriebenen Essays wechselt er immer wieder den Blickwinkel. Bei moralischen Handlungen arbeitet er das Ökonomische heraus und zeigt, dass in jeder ökonomischen Handlung einschließlich jedem Konsum das Moralische mitschwingt. Er vermittelt so Gedanken, die man normalerweise nicht zu lesen bekommt. Stärken weißt das Buch vor allem in dem Schwerpunkt »Moral und Märkte« auf. Themen wie »Moralischer Konsum«, »Gekaufte und erkaufte Moral«, »Die Transaktionskosten der Moral« werden preistheoretisch durchdacht – auf den ersten Blick ein abschreckendes Unterfangen.

Der Autor veranschaulicht allerdings sehr spitzfindig, dass viele Kaufhandlungen, die wir ganz selbstverständlich vollziehen, wenn wir sie mit unserer persönlichen Moral betrachten, gar nicht vollzogen haben wollten. Seine Konsequenz daraus ist nicht der gehobene Zeigefinger, sondern oftmals eine moralkritische. Gedacht war das Buch ursprünglich vom Rezensenten als Möglichkeit, sich mit Elementen einer Betriebswirtschaftslehre moralischer Ökonomie auseinander zu setzen. Am Ende hat er erstmals seit langem wieder ein Sachbuch gründlich und mit Genuss gelesen, sich richtig mitreissen lassen, und dennoch zahlreiche tiefgründige Anregungen für die kritische Reflexion eigener Denkweisen »aufgesogen«.

Birger P. Priddat: Moralischer Konsum. 13 Lektionen über die Käuflichkeit, Stuttgart / Leipzig (S. Hirzel Verlag) 1998, DM 42,–.

Unternehmensführung anthroposophisch betrachtet

Der Titel des Büchleins »Unternehmen der Zukunft« verspricht mehr, als die Veröffentlichung tatsächlich bietet. Es ist eine Zusammenstellung von zwei Vorträgen, die der Autor *Friedrich Glasl* aus Anlass des 100-jährigen Erscheinens der »Philosophie der Freiheit« von *Rudolf Steiner* gehalten hat. Als Vorträge sind die Aufsätze sicherlich anspruchsvoll und tiefsinnig, sobald der Zuhörer sich auf den anthroposophischen Hintergrund einlassen kann und will. Das gilt besonders für den zweiten Aufsatz, der die Aktualität der »Philosophie der Freiheit« zum Thema hat. Besteht allerdings die Absicht, intensiver in die Fragestellung »Moralische Intuition in der Gestaltung von Organisationen« einzusteigen, bleibt vieles zu allgemein und »assoziativ«.

Dies trifft auch für den ersten Aufsatz »Unternehmen der Zukunft« zu. Glasl greift hier die von Lievegoed und ihm entwickelten Entwicklungsphasen von Organisationen (Pionierphase, Differenzierungsphase, Integrationsphase, Assoziationsphase) auf und beschreibt, graphisch aufbereitet, ihre wichtigsten Merkmale. Sich mit diesen Phasen auseinander zu setzen ist sicherlich für Unternehmensgründer und -berater ein sinnvolles Anliegen, erfolgt aber tiefergehend über das Buch »Dynamische Unternehmensentwicklung« von Glasl / Lievegoed. Die anschliessende Verknüpfung der Entwicklungsphasen mit der Evolution des menschlichen Bewusstseins wirkt dann aber doch zu aufgesetzt. Sie bleibt für nicht anthroposophisch geschulte Geister »nebulös«.

Friedrich Glasl: Das Unternehmen der Zukunft. Moralische Intuition in der Gestaltung von Organisationen, Stuttgart (Verlag Freies Geistesleben), 2. Aufl. 1999, DM 16,80.

Burghard Flieger

JOBS

GréngeSpoun wochenzeitung

Wir suchen eineN
Journalisten / JournalistIn
(30 bis 40 Stunden pro Woche) für die Redaktion »Innenpolitik«
Aufgabengebiete:
- Redaktion journalistischer Beiträge im Themenbereich Umwelt und Wirtschaft;
- Koordination (im Wechsel) der aktuellen Ausgabe.

Wir wünschen uns eineN Mitarbeiter-rIn mit:
- Erfahrungen im journalistischen Bereich;
- guten Sprachkenntnissen (Deutsch, Französisch) und der Bereitschaft, sich Luxemburgisch als Umgangssprache anzueignen;
- Motivation, Verantwortung in einem selbstverwalteten Betrieb zu übernehmen;
- Teamgeist und der Fähigkeit, selbstständig zu arbeiten.

Bewerbungsunterlagen inklusive Arbeitsproben bis zum 10. Oktober an:
GréngeSpoun, b.p. 684, L-2016 Luxembourg.
Zusätzliche Informationen: Telefon (00352) 297999-0, Fax 297979

PROJEKTE

Wir drei, Marita (37), Stefan (36) und Cora (5 Monate), wollen Menschen finden, die ihren Alltag mit uns teilen möchten. Als Basis dafür möchten wir eine lebendige Hausgemeinschaft im Süddtsch. Raum gründen oder uns an einer solchen beteiligen. Wer fühlt sich angesprochen oder weiß mehr? Wir warten gespannt auf Eure Antwort unter
Chiffre: 181-1

Bäuerinnen, Handwerkerinnen u. alle anderen (Lebens)Künstlerinnen, wir suchen Euch. Wir haben viel Platz, viel zu tun, viel zu lachen, viel Land u. 60 Gallowways. Komm steig ein!
☎(0 42 35) 94 22 12

Bauernhof am Stadtrand von Zweibrücken für alternative Gruppen/Projekte frei. Gr. Wohnhaus, ausbaufähige Ställe, 4 Ha. Wiesen.
☎(0 30) 345 44 31

Kaiserslautern – Ortsteil: Doppelhaus, 4 ZKB und 3 ZKB, ca. 250 qm Wohnfläche, etliche Kellerräume auf 4.000 qm Grundstück (leichter, fruchtbarer Boden), Waldrand, an landwirtschaftlich und/oder sozial orientierte (Projekt-)-WG zu vermieten. Unbefristeter Mietvertrag mit 1 od. 2 Hauptmieter(n) erwünscht. Mietpreis VHB
☎Mo-Fr. 11 bis 18.30 Uhr,
(0 63 21) 48 38 02

Hollerhof-Kommune, 5m (45, 32, 18, 17, 16) u. 3w (48, 36, 34), sucht für ihren großen Hof in der Nähe von Bremen Menschen zum miteinander leben, lachen und Ärmel aufkrempeln. Gerne auch älter.
☎(0 42 04) 52 02, Fax/AB 17 82

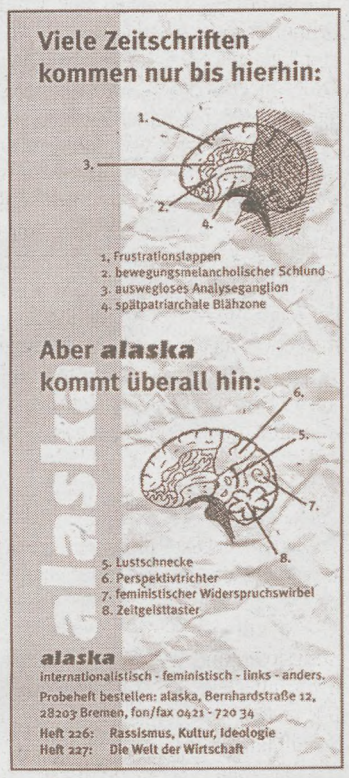
Vielseitige landwirtschaftliche Kommune im Münsterland (7 Erwachsene, 1 Kind), sucht Einsteigerin, schwerpunktmäßig im Milchvieh- und Käsereibereich. Mehr Infos unter
☎(0 25 25) 25 60, nach Hilde fragen.

Handwerker (ungekündigt) + Schriftsteller (ungekrönt) + Fischers Feind (Joschka), bald 50, su. linke, eher ländl., aber unvernagelte Kommune. Will darin alt werden ohne Groll.
Chiffre: 181-3 (Lu.)

Wer hat Lust mit uns, Anke (35), Lara (5), eine neue ÖKO-Kommune auf einem Bauernhof in der Nähe von Schwerte (Ruhr) aufzubauen. Wir haben Lust auf Lebensfreude!
Anke Radtke, Dorfstr. 11, D-37318 Schönhagen

JOBSUCHE

Journalistin (35), mit mehrjähr. Berufserfahrung in Kulturred. u. Öffentlichkeitsarbeit einer gemeinnütz. Organisation (NRO), sucht neuen Wirkungskreis. Vielfältige Erfahrungen in Gestaltung u. Moderation von Sendungen im nichtkommerz. Lokalfunk u. solide EDV- u. Sprachkenntnisse in Englisch, Franz. (Grundkenntn. Spanisch) vorh. Meine inhaltl. Schwerpunkte: Entwicklungspolitik, Medien, Ökologie, Anthropologie, Kultur, Frauen, Reise.
Chiffre: 181-2



INFOLINKS

DIE ARCHIV CD-ROM (1995 BIS APRIL 1999)

Infos unter: www.infolinks.de

Recherchieren in den Texten von neun Publikationen (über 40.000 Artikel):

ak – analyse & kritik
Geheim
Bürgerrechte & Polizei / CILIP
Antifaschistische Nachrichten
POONAL
Lateinamerika Nachrichten
Links (bis Feburar 97)
junge Welt (ab 22.5.97)
ila – Zeitung der Informationsstelle Lateinamerika (1996)

Systemvoraussetzungen: Windows ab 3.1, NT ab 3.51, min. 8 MB RAM, CD-Laufwerk

Preis: 99 DM (49 DM als Abonnentin einer der obigen Publikationen / bitte Abo-Nr. und Publikation angeben). Preis incl. MwSt., zzgl. 5 DM Porto / Verpackung). Bestellung per Vorkasse (104,– DM bzw. 54,– DM per Scheck / bar) bei:
Info Pool Network, Am Treptower Park 28–30, 12435 Berlin, Tel. 030/53602222

WAS NUN?

Arbeits- und Beschäftigungsförderung – Erfahrungen, Perspektiven, Konzepte
• Regelmäßig mit Beiträgen zum Dritten System •

In der aktuellen Ausgabe (Nr. 70):
Ein Konzept, das aus der Praxis kommt
Kriterien des Dritten Systems. Karl Birkhölzer über den Stand der Diskussion in Europa

Noch erhältlich: Restexemplare von *WAS NUN?*-Ausgaben mit folgenden Beiträgen (Preis pro Ausgabe: DM 2,- + Porto):
- *Wirtschaftssektor oder sozialer Kitt? (Ausgabe Nr. 58)*
- *Lassen sich soziale Ziele und Beschäftigung trennen? (Nr. 61)*
- *Regionalisierung der Ökonomie – Gegenkraft zur Globalisierung (Nr. 62)*
- *Haben die Deutschen die Wende verpaßt? Beschäftigungspolitik in der EU (Nr. 64)*
- *Beschäftigungsstrategien vor Ort entwickeln. Zu einem Tagungsband der BAG Arbeit (Nr. 65)*
- *Acht Missverständnisse über den Dritten Sektor (Nr. 67)*

WAS NUN? erscheint zehnmal im Jahr • Einzelexemplar: 2 DM (zzgl. Porto) • Jahresabo: 30 DM • Ab 5 Exemplare Sammelbezug zu ermäßigtem Druckkostenbeitrag

Redaktion: Wiesenstr. 29 • 13357 Berlin
Tel.: 030/4650 7365; Fax: 030/461 2418

ARNie

INFO Express
Info-Rundbrief des Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar

- ★ herausgegeben vom Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN)
- ★ enthält Veröffentlichungen des AARN und seiner Mitgliedsgruppen sowie Texte anderer regionaler Gruppen
- ★ mit großer regionaler Presse-Schau und den aktuellen Ansagen vom Garfield-Infotelefon
- ★ jetzt mit "Kurz & LINKS Bündig"
- ★ Veranstaltungs- und Termine-Übersicht
- ★ erscheint zum 15. jeden Monats

ARNie gibt es:
❒ für 4,- DM pro Ausgabe
❒ im Abo zzgl. 1,- DM Versand
❒ Soli-Abo für 60,-/??,- DM / 10 Ausg.
Briefmarken oder Scheine an:
ARNie, Postfach 1126, 69401 Eberbach

AUSBILDUNG

Suche Ausbildungsplatz zum Fahrradmechaniker; ggf. auch mit späterer Beteiligung oder Übernahme an Fahrradwerkstatt im Nordwesten.
Günther Schlarmann, 46J., Bankkfm.
☎(0 44 42) 91 06 40 ab 18 Uhr

NEUE INTERNETADRESSE

CONTRASTE hat ab sofort eine neue URL:
www.contraste.org

ÖKOSTADT

Eine Vision,
die Realität werden soll:
ökologisch bewußtes, sozial gerechtes städtisches Leben.

Grundsätzliches, Konkretes und Aktuelles dazu alle zwei Monate in den
ÖKOSTADT Nachrichten.

Kostenloses Probeheft:
ÖKOSTADT
Danziger Straße 219
10407 Berlin
Tel. 423 59 53
Fax 423 56 87

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

240 Seiten
10. Jahrgang, Nr. 39, September 1999

Nach dem Balkan-Krieg
Scherer – Geopolitik des Kosovakrieges / Stuby – Abschied von der „Friedensstaatlichkeit"?

Konzentration / Monopolisierung
Binus – Internationale Großfusionen / Bischoff – Konzentrationsprozesse im Übergang zum 21. Jahrhundert / Kisker – Kapitaltheorie, Monopolisierung, Monopoltheorie / Huffschmid – Täter auf den Finanzmärkten: Banken und Finanzkapital / Düe – Autoindustrie im Übernahmefieber / Müller – Konzentration in den HighTech-Industrien / Hautsch – Medienwirtschaft

Arbeit und Politik III
Dähne – Erwerbspersonenpotential: Tendenzen und Perspektiven / Fritsch/Betz – Interessenvertretung in der Automobilzulieferindustrie

Dritte Welt
Wegmann – Global players gegen staatliche Monopole/ Boris – Währungs- und Finanzkrisen in der Dritten Welt

Und: Candeias – Raum und Zeit in der Gesellschaft / Neubert – Der 13. August 1961

Berichte/Diskussionen/Kritik, Rezensionen: „Rethinking progress"; Entstehung des Kapitalismus; neue Marx-Engels-Literatur; 48er Revolution; Kritische Theorie; Weiterbildung; Klimapolitik

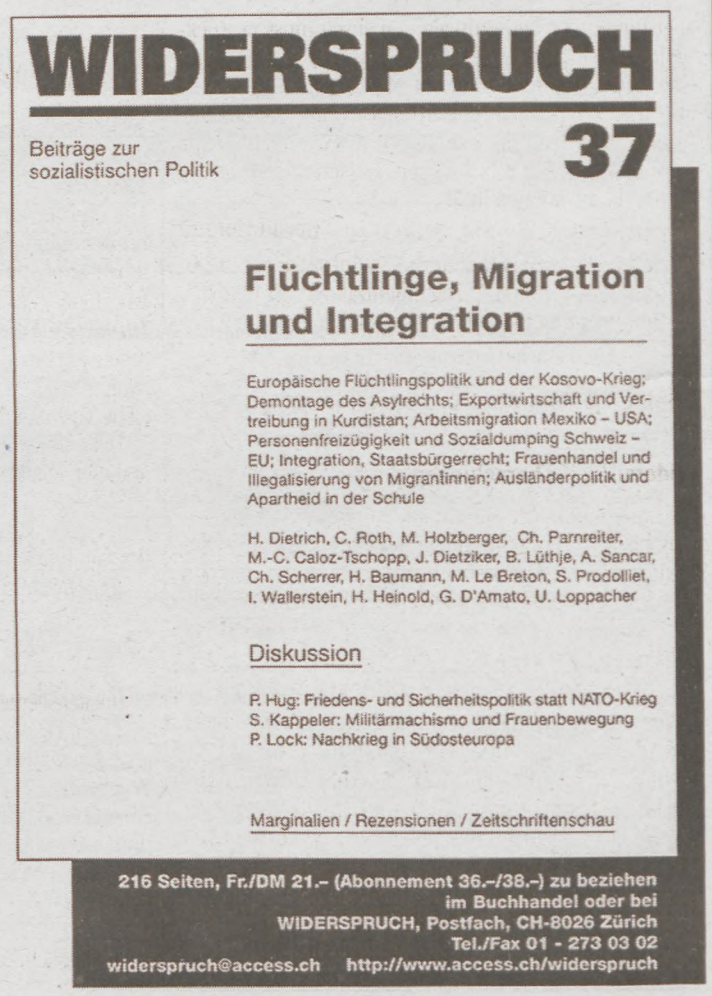
Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 60,-; Auslandsabo 70,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: **Z-Vertrieb**, Postfach 500 936, 60397 Frankfurt / M., Tel./Fax 069 / 53 05 44 06

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL



IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; 10961 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: r.buch@partisan.net; 18546 Saßnitz/Rügen, Redaktion Rügen/MV, Andreas Küstermann, Weddingstr. 1, ☎ (038392) 3 36 49, Fax 3 37 49, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; 22763 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hkgw@vossnet.de, Internet: http://www.web-line.com/bs/contraste; 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 28870 Ottersberg, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de; 51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 59 38 90, (0221) 640 52 43, Fax 640 31 98, E-Mail: ina@link-lev.de; 60313 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, netz Hessen, Uwe Weppler, Schäfergasse 46, ☎ (0 69) 131 04 07, Fax 131 04 08; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 69 35; 71729 Erdmannshausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: p.streiff@link-n.cl.sub.de; 90429 Nürnberg, Redaktion Franken, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, E-Mail: p.rueden@link-n.cl.sub.de; Sozialpolitik: 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎ (06 21) 30 38 13; Tauschringe: 49504 Lotte-Halen, Klaus Kleffmann, Hasenkamp 30, ☎ (0 54 04) 61 97, Fax 48 22, E-Mail: privatier@t-online.de; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 10777 Berlin, Elisabeth Voß E-Mail: elisv10777@aol.com; Regionalentwicklung und Landwirtschaft: 28201 Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56; Information & Kommunikation, 45549 Sprockhövel, Karl Dietz, Zechenstr. 40, E-Mail: dietz@koma.free.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben, anders arbeiten, anders entscheiden
Das Beispiel der Kommune Niederkaufungen soll die TeilnehmerInnen anregen, herauszufinden, welche Vorstellungen und Wünsche sie für ihre Zukunft haben.
Kennzeichnend für die Kommune Niederkaufungen sind:
- zusammen leben und arbeiten,
- gemeinsame Ökonomie,
- Entscheidungsfindung im Konsens,
- gemeinsame Verantwortung füreinander,
- nachhaltige Wirtschaftsweise.

Wir wollen uns fragen, ob diese Lebensform geeignet ist, auf Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluss zu nehmen, und ob sie Anregungen für die Lebens- und Arbeitsweise der TeilnehmerInnen bietet.
Termin: 25.-29.10.99
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40

Arbeit und ökologischer Wohlstand
Stellenwert und Entwicklung von Arbeit
- Annäherung an den Begriff Arbeit
- Zur Geschichte der Erwerbsarbeit

Nachhaltiges Wirtschaften
- Zukunftsfähiges Deutschland
- Toblacher Thesen
- Neue Herausforderungen für die Welt der Arbeit

Ein Beispiel: Anders leben – anders arbeiten: Die Kommune Niederkaufungen
Die Rolle der Gewerkschaft bei der ökosozialen Wende
Termin: 31.10.-5.11.99
Information & Anmeldung:
DGB-Jugendbildungsreferat Nord, Spohrstr. 6-8, D-34117 Kassel
☎(05 61) 720 95 34

INA-Köln

Veranstaltungsreihe:
»Neue Arbeit« statt Ausgrenzung
»Neue Arbeit « auf der Industriebrache Alter Güterbahnhof Mülheim – Ein Projekt stellt sich vor.
Filme, Gespräche, Diskussion
Seit zwei Jahren plant die »Initiative für Neue Arbeit in Mülheim« (INAM) auf dem Brachegelände ein neues Stadtquartier. Dort soll Arbeiten und Wohnen neu verknüpft werden, eine neue soziale Stadt entstehen, wo auch die an den Rand gedrängten Menschen integriert sind.
Peter Kleinert hat die Initiative von Anfang an filmisch begleitet und präsentiert eine Auswahl.
VertreterInnen von INAM stellen ihre vielfältigen Ideen und die bisherigen Planungsergebnisse vor. Bei Kölsch und Schnittchen stehen sie für Gespräche und Diskussionen bereit. Die Initiative ist offen für weitere Ideen und Anregungen.
Termin: Freitag 22. Oktober 19.30 Uhr
INAM-Veranstaltungsraum, Schanzenstr. 28, 5.Etage

20 Jahre SSM

20 Jahre gelebte Utopie
1979 besetzte die SSM das Gelände der ehemaligen Fabrik in der Düsseldorfer Straße 74 und verhinderte den Abriss der Gebäude. Seitdem hat die Gruppe dort viel Wohnraum geschaffen, während die Lagerräume für den Verkauf von Gebrauchtmöbel und Secondhand-Kleidung genutzt werden. Bei der SSM wurden von Anfang an auch Obdachlose und Behinderte Besitzer der selbstverwalteten Firma, die unabhängig von staatlichen Zuschüssen den Lebensunterhalt sichert. Stets hat sich die SSM in das Stadtteilgeschehen eingemischt und viele Projekte auf den Weg gebracht. Das Neueste, das »Institut für Neue Arbeit«, wird in den Räumen der SSM realisiert.
Termin: Freitag 5. November
15 Uhr: Tag der offenen Tür
- Ausstellung
- Filme
- Führungen
- Kaffee und Kuchen

18 Uhr: Bunte Geburtstagfeier
- Sekt und Suppe
- Festrede
- Überraschungen
- Secondhand-Modeschau
- Spendenaktion für die SSM
- Oldies mit »Midlife Crisis«

Institut für Neue Arbeit, Düsseldorfer Str. 74, D-51063 Köln
☎(02 21) 640 52 45, Fax 640 31 98

NETZ

Selbständig im Handwerk ohne Meisterbrief
Ein Seminar für HandwerkerInnen, die ohne Meisterbrief legal selbständig sein wollen.
Termin: 15.10.99, Dortmund

Mitarbeitergespräch – Mitarbeiterführung
Voraussetzung für die Planung, Entscheidung, Delegation und Ergebniskontrolle ist das Mitarbeitergespräch. Lernen Sie die verschiedenen Formen des Mitarbeitergesprächs, wie Beratungen, Diskussionen, Konferenzen, Fragen und Antworten kennen und anwenden. Dieses Seminar in Kooperation mit dem Frankfurter Frauenbetriebe e.V. richtet sich an Unternehmerinnen und Mitarbeiterinnen aus den Bereichen Dienstleistungen, Groß- und Einzelhandel sowie der Gastronomie.
Termine: 15.-16.10.99 und 29.-30.10.99, Frankfurt

Sichern Sie Ihren Erfolg – Controlling für KMU
Diese Veranstaltung schafft Ihnen einen schnellen Überblick über die Kosten des Unternehmens mit dem Ziel, diese Zahlen zu bewerten und zu beeinflussen. Durch die Planung der Kosten planen Sie Ihren Erfolg. So schaffen Sie es, dass nicht Sie von Zahlen gesteuert werden, sondern Sie die Zahlen steuern.
Termin: 22.-23.10.99, Dortmund

Stellenbeschreibung – Anforderungsprofile
In diesem Seminar in Kooperation mit dem Frankfurter Frauenbetriebe e.V. lernen Sie die teamorientierte Variante der Einführung von Stellenbeschreibungen und Anforderungsprofilen kennen, die besonders für Kleinbetriebe geeignet ist. Wie Sie die Stellenbeschreibungen und Anforderungsprofile als flexibles Führungsinstrument nutzen können, ist ebenfalls Thema dieses Seminars. Zielgruppe dieses Seminars sind Unternehmerinnen und Mitarbeiterinnen aus den Bereichen Dienstleistungen, Groß- und Einzelhandel sowie der Gastronomie.
Termine: 1.-2.11.99 und 8.11.99, Frankfurt

Im Team erfolgreich
Termin: 10.-12.11.99, Bonn
Information & Anmeldung:
Netz e.V., Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen
☎(04 21) 794 90 44, Fax 749 90 46
E-Mail: netz@aries.de
Internet: http://www.aries.de

WOHNBUND NRW

Selbstverwaltung und Sicherung von Wohnungsbeständen durch kleinere Bewohnergenossenschaften
Tagung am 16.12.1999
Information:
Wohnbund Beratung NRW GmbH, Herner Str. 299, D-44809 Bochum
☎(02 34) 90 44 00, Fax 904 40 11
E-Mail: wohnbundnw@aol.com

MEDIENARBEIT

Die eigene Homepage
Ihre eigene Seite gestalten mit HTML, Links und Anker setzen, Graphiken einbinden und Tabellen anlegen.
Termin: 4.-5.11.99, München

Internet für Einsteiger/innen
Internet-Mythos entzaubert: Was kostet, was bringt der Anschluss ans »Netz der Netze«? Welchen Service bieten Provider und Online-Dienste?
Termin: 2.11.99, München

Professionelle Online-Recherche
Welche kostenlosen Datenbanken bietet das Internet? Wie findet man Informationen mit den »Suchmaschinen«? Sie recherchieren in Adress- und Literaturdatenbanken und führen eine Zeitschriftenrecherche durch.
Termine: 19-20.10.99 u. 3.11.99, München

HTML für Fortgeschrittene
Termin: 5.11.99, München

Online präsent sein
Web-Publishing gilt als Zauberformel für die PR- und Öffentlichkeitsarbeit von Vereinen und Verbänden. Vorteil: es ist nicht teuer; Nachteil: Web-Seiten müssen aktualisiert und mit anderen Medien beworben werden. Sie lernen Grundlagen, Technik, Kosten der Öffentlichkeitsarbeit online kennen und gestalten Ihre erste Homepage für die politische Arbeit.
Termin: 23.-24.10.99, München
Information & Anmeldung
Münchener Medienladen, Postfach 19 04 18, 80604 München,
☎(0 89) 167 51 06, Fax 13 14 06,
e-mail: g.hooffacker@link-m.de, www.hooffacker.de

Public Relations
Pressearbeit effektiv organisieren
Unser Ziel: in den redaktionellen Teil der Medien zu kommen, mit unseren Stellungnahmen, Aktionen, Vorschlägen, Personalien. Unsere Ansprechpartner: Redakteure in den Medien, die unsere Pressearbeit in den Zeitungen, Radio und Fernsehen aufnehmen und daraus eigene Beiträge machen. Wie formuliert, wie gestaltet man eine Pressemitteilung? Wie baut man einen funktionierenden Presseverteiler auf? Welche Anlässe erfordern eine Pressekonferenz? Wir zeigen, wie Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit mit Journalisten funktionieren.
Termin: 23.-24.10.99, Nürnberg

Image und Öffentlichkeit
Außendarstellung für Institutionen und Initiativen
Wer von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden möchte, muss Ziele und Persönlichkeit der eigenen Einrichtung mit positiven Image seiner Zielgruppe nahebringen. Corporate Image: Wie sorgen wir für eine einheitliche Darstellung nach außen? Corporate Design: Was gilt für Drucksachen und Kommunikationsmittel, mit denen wir uns nach außen wenden? Wie setzen wir Farben, Logos, Formate ein? Welche Schritte sind nötig, um Corporate Image und Corporate Design in der eigenen Einrichtung umzusetzen? Die Kommunikationsmittel, mit denen wir uns an die Öffentlichkeit wenden, sind ein Schwerpunkt des Seminars.
Termin: 13.-14.11.99, Nürnberg

Pressearbeit I: Die Pressemitteilung
Presseinformationen reichen von der aktuellen Zehnzeilenmeldung über den Veranstaltungshinweis bis hin zum Hintergrundbericht. Auf unserem Seminar der politischen Bildung verfassen Sie eine Pressemitteilung, versetzen sich in die Rolle eines Journalisten und erfahren alles über Presseaussendungen, Bildmaterial und Presseverteiler.
Termin: 29.-30.10.99, Frohburg/Leipzig

Pressearbeit II: Die Pressekonferenz
Direkter Kontakt mit den Journalisten bringt in der politischen Arbeit die besten Veröffentlichungsergebnisse. Damit weder Sie noch die Journalisten ihre Zeit vergeuden, müssen Pressegespräche/Pressekonferenzen gut vorbereitet sein. Wie plane ich eine Pressekonferenz? Was gehört in die Pressemappe?
Termin: 19.-20.11.99, Frohburg/Leipzig
Information & Anmeldung:
Nürnberger Medienakademie e.V., Peter Lokk, Humboldtstr. 117, 90459 Nürnberg, Kosten jeweils: 120,- (Verdienende), 90,- (Nichtverdienende), incl. Unterbringung und Verpflegung.

Kurs Projektarbeit
Der Kurs Projektarbeit vermittelt bausteinartig Grundlagenwissen für alle, die sich mit konkreten Projekten engagieren wollen. Ob ihr vor Ort eine politische Gruppe gründen wollt oder eine größere Kampagne plant – der Kurs kann Euch helfen, den Frust, dass alles doch nicht so wie geplant klappt, zu vermeiden. Ihr erfahrt in den »Bausteinen« z.B., wie Ihr in einer Gruppe gleichberechtigt zusammenarbeiten könnt, was für Aktionsformen wann Sinn machen oder wie Ihr die Presse für Euer Projekt interessiert. Der Kurs bietet einen Einstieg in politische Projektarbeit für junge Leute, die sich engagieren (wollen).
Termin: 6.-13.11.99, Verden
Information & Anmeldung:
Bildungsgruppe für Ökologie und Selbstbestimmung, Herrlichkeit 1, D-27283 Verden
☎(0 42 31) 8 10 46, Fax 8 10 48

Intensivschulung für Grafikerinnen auf Mac – nur für Auswärtige gefördert!
Wohnen Sie in Rosenheim, Freising, Köln, Nürnberg, Ingolstadt, Berlin oder Augsburg? Dann haben Sie gute Chancen, für eine Weiterbildung in München Geld vom Arbeitsamt zu bekommen. Die Kürzungsorder des Arbeitsamts München machts möglich. Nur diejenigen, die außerhalb des Einzugsgebiets München wohnen, und deren Arbeitsamt noch Gelder zur Verfügung hat, können Kurse besuchen. Alle anderen dürfen sich die Weiterbildung selbst finanzieren. Die von der Frauen-Computer-Schule München angebotene Schulung ist geplant vom 15.11. bis 18.12.99 jeweils von 9 bis 17 Uhr. Sie ist konzipiert für Grafikerinnen und Frauen, die bisher schon mit Layouts auf konventionelle Weise gearbeitet haben und jetzt auf die EDV umsteigen wollen.
Wer sich dafür interessiert, bekommt genaue Infos unter Tel. (0 89) 167 55 89, Fax 168 80 25 oder Mail FCS-M@link-m.de.

GEGEN BUCH MASSE

Jedes Jahr wird auf der Frankfurter Buchmesse tonnenweise frisch bedrucktes Papier präsentiert. Der Infoladen Exzess, das Dritte Welt Haus wollen linken AutorInnen und Verlagen während der Buchmesse ein Forum für kritische Gedanken bieten. Hier die geplanten Veranstaltungen:
Mittwoch 13.10.99, 20.00 Uhr
Nach Norden – Buchvorstellung mit den beiden Herausgebern Boris Kanzleiter und Dario Azzellini und Film 'Al Norte' (den die beiden 1998 für das Schweizer Fernsehen gedreht haben). Mexikanische ArbeitsmigrantInnen zwischen neoliberaler Umstrukturierung, Militarisierung der US-Grenze und amerikanischem Traum.
ExZess, Leipzigerstr. 91, Frankfurt/Bockenheim

Donnerstag, 14.10.99, 20.00 Uhr
Kolumbien – Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung – Autor Ratil Zelik stellt sein neues Buch vor.
Dritte Welt Haus, Falkstr. 74, Frankfurt/Bockenheim

Freitag 15.10.99, 20.00 Uhr
Dalai Lama – Fall eines Gottkönigs, Autor Colin Goldner stellt sein Buch vor
ExZess, Leipzigerstr. 91, Frankfurt/Bockenheim

Samstag 16.10.99, 20.00 Uhr
Podiumsdiskussion Gegenöffentlichkeit?
Perspektiven linker Kommunikation.
Mit Jürgen Heiser (Assoziation Linker Verlage), Winfried Wolf (Autor angefragt), rat (AutorInnen-Kollektiv), N.N. (SOVA, angefragt), Walter Bauer (Buchhändler und Organisator der Linken Literaturmesse in Nürnberg). Danach Party »5 Jahre aLiVe«.
ExZess, Leipzigerstr. 91, Frankfurt/Bockenheim

Sonntag, 17.10.99, 20.00 Uhr
hoch die kampf dem – Zwanzig Jahre Plakate autonomer Bewegungen.
Buchvorstellung und Dias: ausgewählte Plakate werden von zwei Autoren gezeigt und erläutert.
ExZess, Leipzigerstr. 91, Frankfurt/Bockenheim

Dienstag, 19.10.99, 20.30 Uhr
Cuzcatlán – Roman aus dem revolutionären El Salvador
Buchhandlung Ypsilon, Berger Str. 18, (Merianplatz)

Donnerstag, 21.10.99, 18.00 Uhr
Nur für Frauen! – Kia Kaha Cowrie – Cathie Dunsford. Lesung mit Performance und anschließender Diskussion.
ExZess, Leipzigerstr. 91, Frankfurt/Bockenheim

JUNGE LINKE

Sprache und Sprachkritik
Perlen linker Sprachkritik:
Seit Marx gehört zum guten Ton der guten Linken nicht nur die eigene virtuose Beherrschung des Wortes. Ob bei Karl Kraus, Adorno oder Hermann L. Gremliza, immer gehörte zur Ideologiekritik auch die Kritik ideologischer Sprache. An ausgewählten Beispielen wollen wir klären: elitärer Bildungsdünkel, spaßige Besserwisserei – oder mehr?
Die Ordnung des Sprechens, des Denkens und der Welt
Vom Denken erfahren wir nur etwas, wenn es sich in Worte fasst. Vernunft und Sprache lassen sich nicht trennen. Heißt das aber auch, dass Sprache selbst vernünftig ist? Adäquates Medium auch und gerade der Kritik der Gesellschaft? Oder gibt es da ein Spannungsverhältnis?
Materialistische Theorie der Sprache, linguistische Theorien über die Wirklichkeit
Wie haben sich MarxistInnen die Sprache erklärt? Was heißt mimetische und magische Sprache bei Adorno und Horkheimer, was »unsinnliche Ähnlichkeit« bei Benjamin? – Und was haben demgegenüber die Strukturalistinnen, auf die sich heute ebenfalls Linke beziehen, mit der Sprachwissenschaft gemacht? Ist die ganze Welt ein Text, Herrschaft ein Diskurs – und Linguistik der Schlüssel? Wird da einfach »die Wirklichkeit« geleugnet – oder gibt es sinnvollere Kritik daran?
Termin: 29.-31.10.99

Das Verbrechen Kommunismus
Termin: 19.-21.11.99
Information & Anmeldung:
junge linke, Borriesstr. 28, D-30519 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de
www.junge-linke.de

ÖKODORF-INSTITUT

Seminar zur Gemeinschaftssuche / -gründung
Termin: 22.-24.10.99,
ökol.-spirituelle Siedlung Lebensgarten bei Hannover

Die inneren Fesseln sprengen
Visions-/Entscheidungsfindung, Konfliktlösung, Aufarbeitung von Kindheitserfahrungen ... für Einzelne, Paare, Gemeinschaften, Betriebe, Initiativen... in der Delphin-Gemeinschaft Schwarzwald
Termin: 29.-31.10.99
Vorankündigung: 5. Ökodorf-Festival in Gemeinschaft am Bodensee mit über 20jähriger Erfahrung
Termin: 6.-12.6.2000
Info: Ökodorf-Institut, Bergwerkstr. 33, D-79688 Hausen
☎/Fax (0 76 22) 67 13 22

GLOBALISIERUNG VON UNTEN

Zweiteiliger Workshop
Vom 22.-24.10.99 findet in Münster der erste Teil eines Workshops »Bausteine für eine Globalisierung von unten« statt. Ziel dieser Tagung ist es, die bisher nur vagen Vorstellungen einer »Globalisierung von unten« vor allem – aber nicht nur – aus der Perspektive der Solidaritätsbewegung zu konkretisieren.
Weiter soll der zweite Teil dieses Workshops, der vom 20.-29.4.2000 in Santiago de Chile stattfindet, vorbereitet werden. In Chile wollen wir unsere Vorstellungen und gemeinsame Handlungsperspektiven mit VertreterInnen aus sozialen Bewegungen und einigen ReferentInnen unseres Kongresses vom Herbst 1998 vorantreiben. Außerdem ist Zeit für Projektbegegnungen eingeplant. Die Kosten für das Wochenendseminar, das in Münster stattfindet, betragen 90/70 DM, für das gesamte Projekt (Flug Chile / Unterkunft / Verpflegung) 2.000 DM.
Information & Anmeldung: Institut für Theologie und Politik, Graelstr. 9, D-48153 Münster
☎(02 51) 52 47 38, Fax 52 47 88

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg